



Thomas Milic, Christian Frommelt, Philippe Rochat

EINSTELLUNGEN JUNGER MENSCHEN ZU POLITIK, GESELLSCHAFT UND BERUF

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

BEITRÄGE 52/2023

Thomas Milic, Christian Frommelt, Philippe Rochat

Einstellungen junger Menschen zu Politik,
Gesellschaft und Beruf
Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

Beiträge Liechtenstein-Institut
52/2023

Verantwortliche Autoren:

Thomas Milic, Forschungsleiter Politik, Liechtenstein-Institut
Christian Frommelt, Direktor und Forschungsbeauftragter Politik, Liechtenstein-Institut
Philippe Rochat, Forschungsbeauftragter Politik, Liechtenstein-Institut

Diese Studie wurde ermöglicht durch die Unterstützung
der Toni Hilti Stiftung.

Thomas Milic, Christian Frommelt, Philippe Rochat: Einstellungen junger Menschen zu Politik,
Gesellschaft und Beruf. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage.
Beiträge Liechtenstein-Institut 52/2023. Gamprin-Bendern.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autoren.

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2, 9487 Gamprin-Bendern, Liechtenstein
www.liechtenstein-institut.li

Druck: Gutenberg AG, Schaan
ISBN 978-3-9525-7401-0

Diese Publikation steht auf der Website des Liechtenstein-Instituts zum Download zur Verfügung.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung.....	4
1 Einleitung	7
2 Jugend und Politik in Liechtenstein.....	10
2.1 Politisches Engagement der Jugendlichen: Was ist bislang bekannt?	10
2.2 Plattformen und Förderprogramme politischer Beteiligung Jugendlicher in Liechtenstein.....	11
2.3 Wahlalter 16	13
2.4 Jugend und Politik in einem speziellen Umfeld.....	13
3 Die Befragung.....	15
4 Interesse an und Beschäftigung mit Politik.....	16
4.1 Das politische Interesse der Jugendlichen: Null Bock auf Politik oder Re-Politisierung?.....	16
4.2 Was interessiert an Politik? Global oder lokal, je nach Gestaltungsmöglichkeiten	18
4.3 Beschäftigung mit Politik: Eine tägliche Portion an Instagram	20
5 Politische Partizipation.....	24
5.1 Was umfasst politische Beteiligung?.....	24
5.2 Institutionalierte Partizipationsformen	27
5.3 Unkonventionelle Partizipationsformen	31
5.3.1 Kollektiv-demonstrative Partizipationsformen.....	31
5.3.2 Individuell-expressive Partizipationsformen	33
5.4 Abstimmung vom 18. September 2022.....	34
5.5 Partizipationstypen	35
5.5.1 In Liechtenstein wahlberechtigte Jugendliche	36
5.5.2 In Liechtenstein nicht-wahlberechtigte Jugendliche	39
5.6 Zusammenfassung.....	41
6 Gründe für politisches Engagement und Abstinenz.....	42
6.1 Aussagen über politische Diskussionen.....	42
6.2 Was motiviert oder hemmt politisches Engagement?	45
6.3 Zusammenfassung.....	48
7 Einstellungen und Haltungen der Liechtensteiner Jugendlichen.....	49
7.1 Parteisympathien und Links-Rechts-Selbsteinstufung	49
7.2 Vertrauen in Institutionen.....	51
7.3 Politische Sorgenagenda der Jugendlichen	56
7.4 Haltungen zur Demokratie in Liechtenstein.....	60
7.5 Zusammenfassung.....	64
8 Beruf und Ausbildung.....	65
8.1 Vorstellungen zum Beruf.....	65
8.2 Umgang mit Geld.....	69
8.3 Mediennutzung	70
9 Bewertung	72
10 Methodisches.....	74
10.1 Die Befragung	74
10.2 Die Stichprobe	74
11 Literatur.....	76

ZUSAMMENFASSUNG

Das Liechtenstein-Institut führte Ende 2022 eine Online-Befragung von Liechtensteiner Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren durch. Rund 1'000 Jugendliche nahmen daran teil. Das Ziel bestand darin, mehr über das Verhältnis der Jugend zur Politik in Erfahrung zu bringen.

Eine tägliche Dosis an Politik über Instagram

Die Liechtensteiner Jugendlichen sind an Politik durchaus interessiert – einige gar sehr, andere hingegen kaum. Konkret gaben 13 Prozent in der Stichprobe an, sehr interessiert zu sein, und weitere 38 Prozent sind «eher interessiert». Die Hälfte der Jugendlichen (49 %) interessiert sich indessen weniger oder überhaupt nicht für Politik bzw. weiss darauf keine Antwort zu geben. Der aus anderen Untersuchungen bekannte Gender-Gap ist auch in den Liechtensteiner Daten erkennbar: Männer sind häufiger politisch «sehr interessiert» als Frauen. Abstimmungsthemen wecken das Interesse der jungen Menschen zudem am ehesten, die Politik in den Nachbarländern Schweiz und Österreich kümmert hingegen nicht so sehr. Die allermeisten erfahren über Medien, aber auch in Diskussionen in der Schule oder am Arbeitsplatz über politische Angelegenheiten. Der Ort, wo am häufigsten über Politik geredet wird, ist indessen das Elternhaus: 40 Prozent der jungen Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner diskutieren dort häufig über Politik, weitere 50 Prozent gelegentlich. Das Elternhaus bleibt demnach die primäre politische Sozialisierungsinstanz. Abgesehen von Diskussionen ist Instagram eine der wichtigsten Informationsquellen: Ein Viertel der Jungen konsumiert nach eigenen Angaben täglich politische Inhalte auf diesem sozialen Medium. Gefolgt wird Instagram in der Rangliste der Nutzungshäufigkeit vom Fernsehen, vom Radio und von Gratiszeitungen. «Out» sind Facebook, Telegram und Twitter – zumindest als Quelle politischer Informationen. Diese Kanäle werden von den Jungen zwecks politischer Informierung kaum genutzt.

Politische Partizipation: Ganz oder gar nicht

Politische Partizipation wird spontan meist mit der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen oder mit klassischer Parteiarbeit verbunden. Doch politische Teilhabe erschöpft sich nicht bloss in diesen konventionellen Partizipationsformen. Politisches Engagement kann weitere Formen annehmen. Unkonventionelle Formen wie etwa die Beteiligung an bewilligten oder unbewilligten Protestaktionen, aber auch individuell-expressive Formen wie der politische Konsum oder das Liken und Posten politischer Inhalte im Internet, um nur einige Beispiele zu nennen.

Niederschwellige Partizipationsformen wie Abstimmen und Wählen werden am häufigsten wahrgenommen: Rund 80 Prozent der stimmberechtigten Jugendlichen haben beispielsweise schon einmal an einer Sachabstimmung teilgenommen. Auch Petitionen oder Volksinitiativen und Referenden werden relativ häufig (36 bzw. 28 %) unterschrieben. Wann immer eine direkte Aufforderung zur politischen Teilnahme erfolgt, sei es dadurch, dass einem das Stimm- und Wahlmaterial individuell zugesandt wird oder sei es, dass man auf der Strasse angesprochen wird, um eine Petition zu unterschreiben, so wird diese Teilnahmemöglichkeit wahrgenommen. Voraussetzungsvolleres politisches Engagement ist hingegen seltener. Etwa ein Fünftel hat schon an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, 15 Prozent an einer bewilligten Demonstration und 6 Prozent haben selbst schon Unterschriften für ein Volksbegehr oder ein Referendum gesammelt. Individuell-expressive Teilhabeformen sind beliebter: Bewusst eingekauft oder Produkte boykottiert haben rund vier von zehn Jugendlichen, während etwa ein Fünftel schon einmal etwas Politisches im Netz gepostet hat. Der klassische Leserbrief gehört hingegen selten (4 %) zum Beteiligungsrepertoire des oder der typischen Liechtensteiner Jugendlichen.

Die Analyse zeigt überdies, dass es kaum Jugendliche gibt, die sich auf *bestimmte* Beteiligungsformen *spezialisiert* haben. Jugendbeteiligung ist keine Frage des *Wie*, sondern des *Wieviel*. Hoch Politisierte – in diesem Bericht werden sie als «Politikenthusiasten» bezeichnet – nutzen meist alle Beteiligungsmöglichkeiten – *allen voran* die klassischen Instrumente Wählen und Abstimmen. Daran nehmen auch, ja gar vor allem jene teil, die politisch aktiv sind, aber dies «in Massen» tun. Diese Gruppe von Jugendlichen unterschreibt zudem Petitionen und Volksinitiativen, postet dann und wann auch politische Inhalte, engagiert sich aber kaum in Parteien oder Organisationen. Die grösste Gruppe unter den Jugendlichen sind indessen jene, die dann teilnehmen, wenn sie direkt aufgefordert werden und die Teilhabe wenig kostet. «Stealth Democrats» (zu Deutsch: «Tarnkappen-Demokraten») wurden sie in der Forschung auch schon genannt: Meist fliegen sie unerkannt vom Radar, aber werden sichtbar, wenn es um zentrale Richtungsentscheide geht. Schliesslich gibt es auch die politisch Apathischen: Sie haben überhaupt keinen Zugang zur Politik und sind politisch komplett abstinent. Ihr Anteil zu schätzen, ist schwierig. Es sind wohl mindestens gleich viele wie am anderen Ende des Partizipationskontinuums, also unter den Politikenthusiasten.

Zuletzt zeigt die Analyse, dass das ab und an auch in der Forschung bemühte Bild des hoch politisierten jungen Menschen, der die «alte» Politik des Wählens, der Parteiarbeit und des Abstimmens für nutzlos hält und stattdessen neue, unkonventionelle Formen sucht, in Liechtenstein nicht zutrifft. Politikenthusiasten unter den Jugendlichen nutzen alle Formen, klassische wie neue, konventionelle wie unkonventionelle. Die politisch weniger Interessierten nehmen hingegen vor allem an Wahlen und Abstimmungen teil. Wer aber mit Politik nichts anfangen kann, hält sich von allen Partizipationsformen fern.

Motive und Hemmgründe der politischen Partizipation: Man sollte eigentlich, kann und will aber bisweilen nicht

Die meisten Jugendlichen stimmen den Gründen, weshalb sich politische Beteiligung lohnen soll, zu: Man kann Neues lernen, soll aktiv etwas ändern, soll eine Verbesserung der Welt anstreben und kann interessante Netzwerke knüpfen. Oft bleibt es aber beim «Sollen». Am Ende «will» oder «kann» man oftmals eben doch nicht. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Den meisten fehlt die Zeit oder sie haben derzeit andere Prioritäten. Sodann wollen sich viele (51 %) nicht öffentlich exponieren. Vielleicht aus Angst, vielleicht aus Scheu, vielleicht, weil damit gewisse Nachteile verbunden sind. Auch die politische Diskussionskultur schreckt bisweilen ab. Rund ein Viertel äusserte ein gewisses Unbehagen vor konfliktiven politischen Diskussionen. Hinzu kommt, dass sich einige Jugendliche (36 %) einen direkten Anstoss oder eine direkte Aufforderung zur politischen Teilnahme wünschen. Man nähme (wohl) mehr teil, wenn man bloss dazu aufgefordert würde. Interessant ist dabei, dass sich politisch Aktive solche Anstösse eher erhoffen als die nur sehr selektiv Partizipierenden.

Politische Verdrossenheit und das Gefühl von Macht- und Wirkungslosigkeit sind hingegen selten ein Problem. Dass die eigene Stimme zählt, davon ist eine grosse Mehrheit (75 %) überzeugt. Ausserdem ist erfreulich, dass die wenigsten Jungen Angst davor haben, ihre Meinung offen zu sagen. Auch nehmen die meisten Jugendlichen (80 %) es nicht gleich persönlich, wenn jemand anderer Meinung ist. Die mancherorts geäusserte Befürchtung, dass die Auseinandersetzung um die Corona-Massnahmen die Diskussionskultur nachhaltig «vergiftet» habe, ist aus den Aussagen der Jungen nicht zu spüren.

Sorgen und Probleme: Klimawandel dominiert, ist aber bei mehr als der Hälfte der Jugendlichen keine der drei Top-Sorgen

Der Klimawandel/Umweltschutz beschäftigt die Jugendlichen hierzulande am stärksten. Kein anderes Problemfeld wurde auch nur annähernd so häufig (42 %) als eines der drei drängendsten Probleme

genannt. Gleichwohl landete der Klimawandel bei mehr als der Hälfte der jugendlichen Befragten (58 %) nicht in den Top Drei der Probleme. Der Verkehr und die Gleichberechtigung beschäftigen die Jugendlichen ebenfalls, Ersteres primär die Männer (38 %), Letzteres vor allem die Frauen (38 %). Auf Platz vier der Sorgenagenda folgt die langfristige Finanzierung der Altersvorsorge. Insgesamt unterscheiden sich die Sorgen der Jugendlichen nicht allzu sehr von jenen der Gesamtbevölkerung und decken sich damit mit Kernthemen der nationalen und internationalen Politik.

Demokratiezufriedenheit hoch, Vertrauen in Institutionen ebenfalls

Mit dem politischen System Liechtensteins sind die Jugendlichen weitestgehend zufrieden. Die allgemeine Demokratiezufriedenheit ist hoch: 15 Prozent sind sehr zufrieden, 60 Prozent eher zufrieden. Aufschlussreich ist überdies, dass die Tarnkappen-Demokraten, welche sich bloss selektiv beteiligen, mit der Demokratie hierzulande zufriedener sind als beispielsweise die politisch Aktiven unter den Jugendlichen. Kurzum, man hält sich nicht deshalb von der Politik fern, weil man von ihr enttäuscht ist, sondern weil man grundsätzlich zufrieden ist. Gewünscht wird allerdings eine stärkere Vertretung der Jugend in politischen Ämtern und eine stärkere Ausrichtung an den Interessen der Jugendlichen. Es soll in der Politik zudem mehr gehandelt und weniger debattiert werden, meinen die Jugendlichen. Grossmehrheitlich abgelehnt werden jedoch alternative Herrschaftsmodelle wie eine Technokratie oder ein von der Wirtschaft gesteuerter Staat.

Das Vertrauen in die Institutionen ist ebenfalls hoch. Das Fürstenhaus im Besonderen, aber auch Regierung und Landtag geniessen vergleichsweise hohes Vertrauen. Eine Einschränkung der Demokratie zum Zwecke der Bekämpfung des Klimawandels soll der Ansicht einer Minderheit (8 %) gemäss «ohne Weiteres» möglich sein, während ein Viertel eine Einschränkung zumindest «manchmal» zulassen würde.

Was die eigene Zukunft angeht, so blicken ihr 73 Prozent der Jugendlichen zuversichtlich entgegen. Allerdings machen sich viele Sorgen um die Zukunft der Gesellschaft: Etwa die Hälfte ist diesbezüglich wenig oder gar überhaupt nicht zuversichtlich. Die Werte zeigen, dass die eigene Zukunft und jene der Gesellschaft getrennt betrachtet werden.

Vorstellungen zum beruflichen Leben: Liechtensteiner Jugendliche wollen am liebsten alles: Selbstverwirklichung, Work-Life-Balance, Karriere und Geld

Die Liechtensteiner Jugendlichen wollen beruflich am liebsten alles – Work-Life-Balance, Karriere, Spannung, Erfüllung und Geld. Interessant ist der Vergleich zu den Schweizer Jugendlichen: Karriere machen und viel Geld verdienen wollen Schweizer Jugendliche in deutlich geringerem Ausmass als Liechtensteiner Jugendliche, und selbst das Gegenprogramm dazu – nämlich Freizeit und Beruf im Gleichgewicht zu halten – wird in der Schweiz seltener angestrebt als in Liechtenstein. Generell rechnet sich eine Mehrheit gute Chancen im Berufsleben aus, sofern die Leistung stimmt. Berufliche Misserfolge gehören, so denkt eine überwiegende Mehrheit, zum Leben. Trotzdem fühlt sich eine Mehrheit von rund 60 Prozent stark unter Druck gesetzt, in Zukunft Erfolg zu haben. Vor allem Frauen, die Karriere machen wollen, spüren diesen Druck. Der Leistungsgedanke ist also bei den Jugendlichen in Liechtenstein durchaus präsent.

Die Vorstellungen der Jugendlichen von ihrem beruflichen Leben sind bisweilen widersprüchlich, was wohl damit zusammenhängt, dass sie erst am Anfang ihres beruflichen Lebens stehen. Wie mit Blick auf das Verhältnis zur Politik kann man die Jugendlichen aber auch bezüglich ihrer Vorstellungen vom beruflichen Leben nicht als homogenen Block betrachten.

1 EINLEITUNG

Die Jugend ist die Zukunft. Deshalb ist «die Frage des Verhältnisses der Jugend zur Politik [...] in Demokratien von kaum zu überschätzender Bedeutung, denn das Verhältnis der nachwachsenden Generationen zur Politik beeinflusst wesentlich die Reproduktionsbedingungen demokratischer Verhältnisse» (Gerdes und Bittlingmayer 2016: 45). Wie aber sieht dieses Verhältnis der Jugend zur Politik in Liechtenstein aus?

Das Bild, welches die Öffentlichkeit von der Jugend¹ und ihrem Verhältnis zur Politik hat, ist ambivalent. Einerseits wird der Jugend oft nachgesagt, unpolitisch, konsumorientiert, am Gemeinwohl uninteressiert und kritisch gegenüber traditionellen Pflichtwerten zu sein. In der Tat ist die Wahlbeteiligung junger Menschen vielerorts chronisch tief, Parteien klagen regelmässig über Nachwuchssprobleme und Amtsträger darüber, wie es zunehmend schwerfalle, Jugendliche zu einem politischen oder wenigstens gesellschaftlichen Engagement zu motivieren. «Schweizer Jugendliche wissen wenig über Demokratie und scheren sich nicht um Politik», bilanzierte etwa der «Beobachter» die Ergebnisse der «International Civic and Citizenship Education»-Studie (2010). Andererseits wird aber von einer massenhaften Politisierung der Jugend gesprochen. «Deutsche Jugendliche sind politisiert wie lange nicht mehr», schrieb etwa die Deutsche Welle² in ihrer Zusammenfassung der 18. Shell-Jugendstudie zu den politischen Ansichten der Jugendlichen in Deutschland (Albert et al. 2019). Tatsächlich gingen in den vergangenen Jahren Abertausende von Jugendlichen weltweit auf die Strasse, um für stärkeren Klimaschutz, sozialen Wandel oder gegen Diskriminierung zu protestieren – auch in Liechtenstein. Die Klimaschutzbewegung ist im Wesentlichen eine Jugendbewegung. So oft waren die jugendlichen Klimastreikenden in den Medien, dass «Klima-Jugend» im alltäglichen Sprachgebrauch zu einem stehenden Begriff geworden ist.

Was stimmt nun: «Generation Null Bock» oder «Generation Greta»³? Stimmt vielleicht beides zugleich? Zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen führte das Liechtenstein-Institut eine Befragung unter den 16- bis 24-Jährigen in Liechtenstein durch. Ein erstes Ziel dieser Studie bestand darin, zu erfahren, wie viele Jugendliche in Liechtenstein politisch partizipieren. Wer hat beispielsweise bereits an Wahlen teilgenommen, Initiativen unterschrieben, Parteiarbeit geleistet oder für ein Amt kandidiert? Darüber ist hierzulande kaum etwas Empirisches bekannt. Politische Partizipation beschränkt sich indessen nicht nur auf konventionelle, institutionalisierte Teilnahmeformen, sondern umfasst auch neue und unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten wie etwa die Teilnahme an Demonstrationen, das Posten und Liken von politischen Botschaften im Internet oder der bewusste, politische Konsum. Deshalb hat sich die Studie des Weiteren zum Ziel gesetzt, zu prüfen, ob es tatsächlich so ist, wie bisweilen behauptet wird (z. B. Hurrelmann et al. 2004), dass sich Jugendliche sukzessive von den klassischen Teilnahmemöglichkeiten entfremden und stattdessen neue, «unverbrauchte» und «unvermachtete» Partizipationsformen wie Streiks oder den «Buycott» bevorzugen.

Ohne die Ergebnisse jetzt schon vorwegnehmen zu wollen, steht jedoch von vornherein fest: Egal, wie viele Jugendliche sich politisch beteiligen, es sind längst nicht alle. Wer als Jugendlicher aber den Einstieg in das politische Leben verpasst, bleibt auch später politisch oft abstinenter. Darum beschäftigt sich die Untersuchung auch mit den Schub- und Bremsfaktoren politischer Beteiligung. Was motiviert Jugendliche, sich politisch zu beteiligen, und, nicht minder wichtig, was hindert sie umgekehrt daran?

¹ Wenn von der «Jugend» gesprochen wird, sind in dieser Studie die 16- bis 24-Jährigen gemeint. Mehr dazu im Kapitel 2.

² <https://www.dw.com/de/shell-jugendstudie-deutsche-jugend-zwischen-klimaschutz-und-populismus/a-50842590> (abgerufen am 24.5.2023).

³ <https://www.zeit.de/kultur/2021-10/generation-greta-soziologie-junge-generation-bundestagswahl-fdp-klimakrise> (abgerufen am 24.5.2023).

Fehlt das politische Interesse, ist die Politik zu kompliziert, ist ein Anstoss von aussen nötig oder schrecken gewisse Merkmale der politischen Auseinandersetzung (Kontroversität, Exponierung etc.) von der politischen Teilhabe ab? Die Antworten darauf können helfen, an der richtigen Stelle anzusetzen, wenn es darum geht, das politische Engagement für Jugendliche schmackhaft zu machen. Denn was nützt es, fieberhaft allerlei Massnahmen in einem bestimmten Bereich zu beschliessen, wenn es in jenem Bereich gar kein Problem gibt?

Schliesslich geht es in der Studie auch um die politischen Ansichten und Haltungen der Jugendlichen. Aufgrund ihres Lebensalters und ihrer eigenen generationellen Erfahrungen dürfen wir nicht einfach davon ausgehen, dass die politischen Meinungen und Wünsche der Jugendlichen zwangsläufig dieselben sind wie jene älterer Generationen. Junge sind indessen in Exekutive, Legislative und auch in den Behörden untervertreten. Trotz dieser Unterrepräsentation sollen ihre Ansichten gleichgewichtig in den politischen Entscheidungsprozess einfließen. Deshalb ist es essenziell, diese Interessen, Bedürfnisse und politischen Wunschvorstellungen der untervertretenen Jugendlichen in Erfahrung zu bringen. Nun glauben viele (Erwachsene) zu wissen, was Jugendliche wollen. «Jugend will rasch Massnahmen zu Klimawandel» titelte etwa die Liewo am 11. März 2019.⁴ Indes, man sollte zumindest nicht voreilig von der Medienpräsenz einer Bewegung auf die Präferenzen aller Jugendlichen schliessen. Denn in der Politik gilt generell: Es werden vornehmlich die Stimmen jener vernommen, die sich organisieren und Gehör verschaffen können. Längst nicht immer bilden diese auch eine Mehrheit, sondern bisweilen «bloss» eine intensive Minderheit (Kendall and Carey 1968). Deshalb soll nicht nur jenen Jugendlichen eine Stimme gegeben werden, die diese Stimme bereits oft (aber möglicherweise vergebens)⁵ erhoben haben, sondern auch solchen Jugendlichen, die sich bisher politisch nie oder kaum geäußert haben.

Was dieser schweigende Teil der Jugendlichen über Politik denkt, ist aus naheliegenden Gründen nicht so einfach in Erfahrung zu bringen. Umfragen sind freiwillig. Deshalb nehmen eher jene daran teil, die am Befragungsgegenstand – in der vorliegenden Befragung die Politik – auch eher interessiert sind. Wir haben dieser Verzerrung zum einen durch Gewichtung Rechnung getragen, aber zum anderen auch dadurch, dass wir bei der Angabe von Partizipationszahlen stets Vorsicht walten liessen. Generell geht es im Bericht nicht um die exakte Verteilung politischer Merkmale in Liechtenstein. Vielmehr sollen die unterschiedlichen Motive und Ansichten verschiedener Gruppen – etwa der politisch Engagierten oder der politisch Desinteressierten – unabhängig von ihrer tatsächlichen Grösse genauer betrachtet werden. Daraus können am ehesten auch Schlüsse gezogen werden im Hinblick darauf, wie den Jugendlichen Politik nähergebracht werden kann.

In einem zweiten Hauptteil geht die Studie auf Erwartungen und Vorstellungen betreffend Ausbildung und Beruf ein. Die beiden zentralen Fragestellungen dieses Teils lauten: Wie blicken Liechtensteiner Jugendliche in ihre berufliche Zukunft? Was erwarten sie idealerweise von ihrem Job? Auch diesbezüglich gibt es – und zwar vornehmlich unter den Erwachsenen – divergierende Ansichten. Zum einen wird eine Erosion der klassischen Pflicht- und Leistungswerte beklagt. (Vollzeit-)Arbeit, Karriere und Leistung stünden nicht mehr im Vordergrund. Gefragt seien vielmehr eine Work-Life-Balance, in welcher im Zweifelsfall «Life» der Vorzug gegeben wird, oder immaterielle Stimuli wie Anerkennung, Sinnhaftigkeit und Erfüllung. Polemisch wird ab und an eingeworfen, die Generation «Y» und mehr noch die Generation «Z» seien «Schneeflocken-Generationen», die mit Druck nicht umgehen können und Stresssituation, wo es nur geht, meiden. Zum anderen warnen – wiederum Erwachsene –, dass keine bisherige Generation unter derartigem Leistungsdruck gestanden sei wie die heutige Jugend.

⁴ <https://www.liewo.li/regional/schweiz/jugend-will-rasch-massnahmen-zu-klimawandel-art-375165> (abgerufen am 24.5.2023).

⁵ <https://www.helvetas.org/de/schweiz/was-sie-tun-koennen/dran-bleiben/blog/polit-sichten/jugendpolitik> (abgerufen am 24.5.2023).

Schon früh werde immenser Druck auf die jungen Menschen ausgeübt, gute Schulnoten zu erzielen und die richtige berufliche Ausbildungswahl zu treffen, um im späteren Leben Erfolg haben zu können. Die Jugendlichen würden viel zu früh in die Rolle von «Mini-Erwachsenen» gedrängt⁶ und würden die Kindheit regelrecht verpassen.

Die vorliegende Studie will weder polemisieren noch kann sie auf die Frage, inwieweit der Leistungsdruck tatsächlich zugenommen hat, eine schlüssige Antwort geben. Aber sie kann und möchte zeigen, inwieweit Jugendliche in Liechtenstein diesen Druck subjektiv verspüren und welche Erwartungen sie an Ausbildung und Beruf haben. Denn, wie gesagt, das meiste, was wir darüber wissen, stammt von Erwachsenen. In den Medien diskutieren meist Erwachsene über die Gefühlswelt der Jugendlichen, werfen ihnen entweder Leistungsscheu vor oder bemitleiden sie umgekehrt wegen des gestiegenen Leistungsdrucks. Was aber denken Jugendliche selbst darüber, was ihnen abverlangt wird? Welche Erwartungen haben sie selbst von der beruflichen Zukunft? Was wollen sie erreichen? Wie meist im Leben werden längst nicht alle Erwartungen erfüllt. Manche Erwartungen müssen revidiert, allenfalls «nach unten» geschraubt werden, andere werden von der Realität vielleicht gar übertroffen. Für Entscheidungsträger in der Politik und der Wirtschaft bietet die vorliegende Studie Einblicke in die Vorstellungswelt der Jugendlichen, die helfen können zu verstehen, mit welchen Erwartungen aufseiten der Jugendlichen man beispielsweise bei einem Bewerbungsgespräch oder einem politischen Rekrutierungsversuch konfrontiert wird.

⁶ https://www.t-online.de/leben/familie/schulkind-und-jugendliche/id_55021024/sinus-jugendstudie-so-ticken-jugendliche-2012.html (abgerufen am 24.5.2023).

2 JUGEND UND POLITIK IN LIECHTENSTEIN

Bevor auf die Umfrageergebnisse eingegangen wird, soll die Ausgangslage der politischen Beteiligung der Jugendlichen in Liechtenstein geschildert werden. Zunächst einmal: Was ist über das politische Engagement der Jugendlichen in Liechtenstein bekannt und worauf stützen sich diese Erkenntnisse? Sodann: Welche Partizipationsforen und Förderprogramme gibt es bereits? Weiter soll auf eine konkrete Forderung eingegangen werden, von der man sich einen Beteiligungsschub unter den Jugendlichen erhofft und die in jüngster Zeit eifrig diskutiert wurde: Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Schliesslich gehen wir auch auf gewisse Spezifika Liechtensteins ein, die im Sinne von Kontextbedingungen das politische Engagement der Jugendlichen hierzulande massgeblich prägen.

2.1 Politisches Engagement der Jugendlichen: Was ist bislang bekannt?

Was die Beteiligung von Jugendlichen an Wahlen und Abstimmungen im Speziellen anbelangt, so liegen seit 2019 amtliche Registerdaten vor. Die Regierungskanzlei weist seither (unter anderem) die Beteiligungshöhe der 18- bis 24-jährigen Stimm- und Wahlberechtigten an Abstimmungen und Wahlen aus.⁷ Wir gehen im Abschnitt 5.2 detailliert auf diese Daten ein. An dieser Stelle sei lediglich gesagt, dass die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen vergleichsweise hoch ist – gewiss höher als etwa in der benachbarten Schweiz. Besorgniserregend ist die hiesige Jugendbeteiligung demnach nicht. Aber ein Vergleich mit den Partizipationsraten der Seniorinnen und Senioren zeigt (siehe dazu: Abschnitt 5.2), dass diesbezüglich durchaus Luft nach oben vorhanden ist. Auf jeden Fall kann festgehalten werden, dass dank den amtlichen Registerdaten die Jugendbeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen bestens bekannt ist. Allerdings erschöpft sich politisches Engagement nicht bloss in der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, die alle Jahre mal stattfinden. Über weitere Formen des politischen Engagements ist von amtlicher Seite aber nur wenig bekannt: Gesichert ist etwa der Anteil Junger (hier: 18- bis 29-Jähriger) unter den Kandidierenden bei Landtags- und Gemeinderatswahlen. Er betrug in den letzten zwanzig Jahren insgesamt lediglich ca. 3 Prozent. Hier besteht womöglich mehr Grund zur Besorgnis als bei der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung. Denn in der Schweiz beträgt der Anteil 18- bis 29-Jähriger unter den Kandidierenden für den Nationalrat rund 15 Prozent, demnach etwa das Fünffache des Liechtensteiner Anteils.⁸ Damit ist keine normative Aussage beabsichtigt. Höhere Anteile oder Beteiligungsquoten sind nicht per se besser (aber auch nicht per se schlechter). Was ist damit gewonnen, wenn, sagen wir einmal, die Beteiligung durch irgendwelche Massnahmen zwar erhöht wird (zum Beispiel: Wahlpflicht), aber der dazugehörige Entscheid auf einer dürftigen Informationsgrundlage gefällt wird? Eine Erhöhung der Beteiligungsrate um jeden Preis kann demnach nicht das Ziel sein. Aber immerhin lässt sich aufgrund der Kandidierendenzahlen aus Liechtenstein und der Schweiz sagen, dass das repräsentative Kernstück des politischen Systems Liechtensteins, der Landtag, eine gewisse Repräsentationslücke bei den Jungen aufweist.⁹

⁷ https://etab.llv.li/PXWeb/pxweb/de/eTab/eTab_Staat%20und%20Politik_Wahlen%2C%20Abstimmungen/ (abgerufen am 1.6.2023).

⁸ Betrachtet man nur die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, ist die Unterrepräsentation sogar noch deutlicher. Seit 2001 kandidierten nur fünf Personen dieser Altersgruppe bei den Landtagswahlen, wovon vier 2001 kandidierten. Anders ausgedrückt, in den letzten 20 Jahren kandidierte nur eine Person der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre für den Landtag. Dass 2001 gleich vier Personen aus dieser Altersgruppe für den Landtag kandidierten, hängt wohl mit der 2000 erfolgten Senkung des Wahlrechtsalters zusammen und dem damit verbundenen Versuch beider Grossparteien, gezielt junge Leute anzusprechen.

⁹ Allerdings traten bei den Gemeinderatswahlen 2023 erstmals vier Kandidierende unter 25 Jahren an, wovon zwei gewählt wurden. Beide Werte sind Rekordwerte für Gemeinderatswahlen in Liechtenstein.

Darüber hinaus ist relativ wenig Empirisches in gesicherter, systematischer Form¹⁰ über das politische Engagement der Jugendlichen bekannt. Umfragen haben diese Lücke zu schliessen gesucht: 2009 wurde im Auftrag der Regierung eine Befragung unter den Schülerinnen und Schüler der 8. Klassenstufe durchgeführt ($n=357$). Die Befragung war Teil einer internationalen Vergleichsstudie (ICCS-Projekt), an der insgesamt 38 Länder, darunter auch Liechtenstein, teilnahmen. Im Kern ging es um die politische Bildung junger Menschen, wozu Fragen zum politischen Wissen gestellt wurden. Darüber hinaus gab die Studie (Biedermann und Oser 2011) auch Einsicht in die sozialen, religiösen und staatspolitischen Vorstellungen der im Schnitt knapp 15-Jährigen in Liechtenstein.

2014 führte der Jugendrat Liechtensteins eine Befragung unter 591 Schülerinnen und Schülern diverser Klassen durch (Jugendrat 2014). Die Befragung deckte einiges Aufschlussreiches über Interesse, Informationsverhalten und insbesondere auch über das politische Wissen junger Menschen in Liechtenstein auf. Die Befragung beschränkte sich indessen auf Schüler und Schülerinnen (Durchschnittsalter 16.5 Jahre), schloss demnach berufstätige Jugendliche aus. 2017 führte die Universität Liechtenstein unter den 16- bis 25-Jährigen in Liechtenstein eine Studie durch, die sich auf eine Online-Befragung (bereinigtes $n=354$) sowie Gruppengespräche abstützte (Litscher und Mazzurana 2017). Dabei bildete das Verhältnis der Jugendlichen zur Politik eines der Untersuchungsgegenstände. Die Studie lieferte wertvolle Erkenntnisse zum politischen Interesse, zum Medienverhalten und zu den staatspolitischen Ansichten junger Menschen in Liechtenstein.

Kurz, einiges ist bekannt, vieles aber nicht. Insbesondere zu den weniger formalen, unkonventionellen Formen des politischen Engagements (politischer Konsum, Teilnahme an Demonstrationen, das Liken und Posten politischer Inhalte im Internet etc.), aber auch zu den Treibern und Bremsfaktoren politischer Beteiligung junger Menschen ist empirisch wenig gesichert. Die vorliegende Untersuchung möchte diese Lücke zu schliessen helfen.

2.2 Plattformen und Förderprogramme politischer Beteiligung Jugendlicher in Liechtenstein

Plattformen oder Institutionen, in denen sich speziell junge Menschen politisch einbringen können, gibt es. Die wohl bekannteste politische Jugendplattform ist der Jugendrat Liechtensteins, der 2012 aus einem Partizipationsnetzwerk von Schülerinnen und Schülern hervorging. Der Jugendrat richtet sich an junge Erwachsene zwischen 15 und 28 Jahren. Gemäss Statuten hat er sich primär der Förderung der politischen Bildung und Teilnahme Jugendlicher verschrieben. Ein bekanntes Projekt des Jugendrates ist «easyvote», eine für Jugendliche verständlich geschriebene Wahlhilfe, die seit 2013 im Vorfeld von Landtags- und Gemeindewahlen veröffentlicht wird. Zudem veranstaltet der Jugendrat zahlreiche Formate zum Austausch von Meinungen, etwa die Jugendsession, Workshops und die Jugendrat Arena. Schliesslich ist der Jugendrat auch in internationalen Netzwerken eingebunden wie etwa der Europäischen Jugendpartizipationskonferenz.

Neben dem Jugendrat gibt es weitere Jugend-Plattformen, die auch Programme zur Förderung des politischen Engagements mittragen. Ein wichtiger Akteur in der Jugendarbeit ist der Verein «aha – Jugendinformation Liechtenstein» mit der 1999 eröffneten Geschäftsstelle «aha – Tipps & Infos für junge Leute». Das aha versteht sich selbst als Jugendinformationszentrum und richtet sich an Personen

¹⁰ Natürlich ist sehr viel Anekdotisches über die politischen Haltungen und das Verhalten Liechtensteiner Jugendlichen bekannt. Politikerinnen und Politiker machen in ihrer Gemeinde oder im Land allerlei Erfahrungen mit Jugendlichen, haben selbst Kinder etc. Man tappt demnach nicht im Dunkeln, was die politischen Haltungen der Jugendlichen betrifft. Dieses anekdotische Wissen ist wahrscheinlich viel detaillierter als systematisch erhobene Daten. Der Nachteil von anekdotisch gesammeltem Wissen ist indessen, dass es (mutmasslich) nicht repräsentativ ist. Es stammt in aller Regel aus dem eigenen Umfeld, welches, egal, wie gross es ist, kein repräsentativer Querschnitt einer Bevölkerung darstellt. Systematisch erhobene Befragungsdaten hingegen mögen weniger detailliert sein, sind aber repräsentativ(er).

im Alter von 13 bis 30 Jahren. Die Basis seiner Arbeit sieht das aha in dem in der Menschenrechtserklärung und der Kinderrechtskonvention formulierten Recht auf Information und Partizipation sowie in der «Europäischen Charta der Jugendinformation» (Eryica) und dem liechtensteinischen Kinder- und Jugendgesetz. Unter anderen unterhält das aha die Plattform «Jugendbeteiligung Liechtenstein (JUBEL)», mit dem Zweck, «Kindern und Jugendlichen in Angelegenheiten, die sie besonders betreffen, ein Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsrecht einzuräumen.»¹¹

An den liechtensteinischen Schulen finden regelmässig Veranstaltungen mit Bezug zur Politik statt. So wird z. B. am Liechtensteinischen Gymnasium seit einigen Jahren jeweils der Internationale Tag der Demokratie für eine Veranstaltung der politischen Bildung genutzt. Auch die in Liechtenstein ansässige Internationale Alpenschutzkommission CIPRA sowie CIPRA Liechtenstein haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Veranstaltungen und Projekte durchgeführt, mit dem Ziel, die Beteiligung junger Menschen an der Politik zu fördern.¹² Dies gilt auch für die Stiftung Offene Jugendarbeit Liechtenstein, welche beispielsweise im Jahr 2019 zusammen mit anderen Akteuren eine Aktion gegen Sexismus im Rahmen der interregionalen Kampagne «Kein Platz für Sexismus» plante und durchführte. Gar gesetzlich verankert ist der Kinder- und Jugendbeirat (kijub). Gemäss dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG) vom 10. Dezember 2009 vertritt der Kinder- und Jugendbeirat die Interessen von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene und ist von der Regierung in Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, anzuhören und bei politischen Entscheidungen von landesweiter Bedeutung für Kinder und Jugendliche miteinzubeziehen. Nachdem der Kinder- und Jugendrat in den vergangenen Jahren nicht sehr aktiv war, veranstaltete er jüngst zusammen mit dem Jugendrat eine Veranstaltung zu Jugendpartizipation auf Gemeindeebene. Auch die Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche setzt sich regelmässig für die Einbindung von Jugendlichen in Politik und Gesellschaft ein. Wie vielfältig die Akteurslandschaft in der Kinder- und Jugendarbeit ist, zeigt das Netzwerk «Kinderlobby», welchem zwischenzeitlich 28 Organisationen angehören, welche sich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Liechtenstein einsetzen.

Drei der Liechtensteiner Parteien haben ausserdem auch Jungparteien oder Jugendorganisationen, die mit der jeweiligen Mutterpartei verbunden sind: Die Jugendunion (VU), die Junge FBP (FBP) und die Junge Liste (FL). Die drei Jungparteien sind unterschiedlich «jung»: Die Jugendunion wurde 1960 gegründet, die Junge FBP (ehemals Liechtensteinisches Jugendreferat) 1962, während die Junge Liste erst in jüngerer Zeit, 2019, gegründet wurde.¹³ Über die Organisations- und Mitgliederstrukturen ist in der Forschung selbst wenig bekannt. Mitgliederzahlen im engeren Sinne sind lediglich von der Jungen Liste öffentlich bekannt: Sie zählt gemäss eigener Auskunft «rund 60 Jugendliche».¹⁴ Bei allen drei Parteien ist aktuell mindestens eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Jungpartei in das Parteipräsidium bzw. den Parteivorstand eingebunden. Im Falle der VU und FBP ist diese Einbindung der Jungparteien sogar statutarisch festgehalten. Über den tatsächlichen Einfluss der Jungpartei auf die Politik ihrer Mutterpartei lässt sich jedoch nicht viel sagen. Generell hängt die Sichtbarkeit einer Jungpartei stark von den zum jeweiligen Zeitpunkt in der Jungpartei engagierten Personen zusammen und schwankt deshalb im Zeitverlauf. Auffällig ist im internationalen Vergleich jedoch, dass sich Vertreterinnen und Vertreter der Jungparteien bei Wahlen nur selten als Kandidierende zur Verfügung stellen. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass das liechtensteinische Wahlrecht keine starren Listen kennt und somit die Mutterparteien jungen Kandidierenden keine Listenplätze mit erhöhten Wahlchancen zuweisen kann. Da aber bei den jüngsten Gemeinderatswahlen (2023) jüngere Personen

¹¹ <https://www.aha.li/was-ist-jubel> (abgerufen am 1.6.2023).

¹² <https://www.cipra.org/de/cipra/liechtenstein> (abgerufen am 1.6.2023).

¹³ Bereits 2013 wurde die Junge Freie Liste gegründet, welche aber bereits einige Jahre vor der Gründung der Jungen Liste kaum noch aktiv war und danach gänzlich von der Jungen Liste ersetzt wurde.

¹⁴ <https://www.freieliste.li/partei/junge-liste/> (abgerufen am 1.6.2023).

im Vergleich zu früheren Wahlen überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben, ist es durchaus denkbar, dass es bei den nächsten Wahlen mehr Kandidaturen von jungen Personen gibt und auch wieder Personen unter 30 Jahre für den Landtag kandidieren werden.

Daneben gibt es natürlich noch eine Vielzahl weiterer Jugendinstitutionen, die unpolitischer Natur sind bzw. nicht primär auf die politische Beteiligung junger Menschen abzielen. Aber das heisst nicht, dass sie keinen Beitrag für die «Politisierung» Jugendlicher leisten. Vereine, und zwar explizit auch solche, die mit Politik vordergründig nichts zu tun haben (z. B. ein Sportverein), gelten zu Recht als «Schulen der Demokratie», wo soziales Kapital angesammelt wird und «demokratische» Umgangsformen und Normen erlernt werden. Schliesslich ist die Chance, dass man über Politik spricht, umso höher, je regelmässiger man sich in einem bestimmten – wenn auch unpolitischen – Umfeld trifft und austauscht. Was die Vereinsdichte im Allgemeinen anbelangt, so liegt Liechtenstein international auf den vorderen Plätzen. Kurzum, zur Förderung der politischen Beteiligung wird einiges getan – ob dies normativ gesprochen ausreicht oder nicht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Der ICCS-2009-Bericht (Biedermann und Oser 2011: 114f.) führt beispielsweise zehn Desiderata zur Förderung der politischen Bildung in Liechtenstein auf, sah damals also Verbesserungsbedarf. In diesem Abschnitt ging es allerdings nicht um eine Bewertung von Massnahmen, sondern um eine rein deskriptive Aufzählung.

2.3 Wahlalter 16

Ein Thema bzw. eine Forderung, auf die in diesem Überblicksteil speziell eingegangen werden soll, ist das Wahlrecht 16. Es ist beileibe nicht das einzige und ebenso wenig das wichtigste Thema, welches die Jugend interessiert (zur Themenagenda der Jugendlichen siehe Abschnitt 7.3). Aber die Argumente pro bzw. contra Wahlrecht 16 betreffen einige der Befragungsthemen – politische Kompetenz (oder politische «Reife»), politisches Interesse und politische Beteiligungsbereitschaft – direkt. Eine Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre wurde in jüngster Zeit eifrig diskutiert. Die Junge Liste übergab dem Landtag im Mai 2021 eine Petition mit über 1'000 Unterschriften für ein aktives Wahl- und Stimmrechtsalter 16. Der Landtag überwies die Petition der Regierung, nicht ohne vorher einige der auch hier behandelten Fragen («Wollen die Jugendlichen überhaupt wählen?») im Plenum zu diskutieren. Die Petition blieb erfolglos. Daher wurde mit einer Motion «nachgedoppelt». Freie Liste und Junge Liste reichten im März 2022 eine Motion ein, die in der Folge knapp (13 Gegenstimmen) abgelehnt wurde. Angesichts dieses knappen Resultats ist davon auszugehen, dass die Diskussion über das Wahl- und Stimmrechtsalter 16 weitergehen wird. Vielleicht mögen die Befunde der vorliegenden Studie etwas dazu beitragen.

2.4 Jugend und Politik in einem speziellen Umfeld

Nur kuriosisch soll auf gewisse Spezifika Liechtensteins eingegangen werden, welche die Ausgangslage Liechtensteiner Jugendlichen von derjenigen der Nachbarländer unterscheidet und bei der Interpretation der Resultate von gewisser Bedeutung sind. Die Kleinräumigkeit Liechtensteins macht es für Jugendliche bisweilen unumgänglich, zu Ausbildungszwecken ins Ausland zu ziehen. Wer, sagen wir einmal, Politikwissenschaften studieren möchte, muss hierfür an eine ausländische Universität. Dies ist selbstverständlich nicht nur in Liechtenstein so, aber aufgrund des im Vergleich zu grösseren Staaten knappen Bildungsangebots natürlich besonders ausgeprägt. Ist die Ausbildungsstätte (z. B. eine Universität) relativ grenznah (z. B. Zürich), haben diese jungen Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nicht selten den Status von Wochenaufenthaltern. An den Studien- oder Ausbildungstagen übernachten Wochenaufenthalter am Arbeitsort, an den Wochenenden kehren sie regelmässig zum Familienort zurück. Zumindest ist es in der Theorie so. Weil aber nicht nur das Bildungs-, sondern auch das Unterhaltungsangebot im benachbarten Ausland reichhaltiger ist, werden einige, vielleicht gar viele

von ihnen, auch das Wochenende im Ausland verbringen. Kurz, der effektive Lebensmittelpunkt verlagert sich gerade in den hier untersuchten Lebensjahren (16–24 Jahre) wohl oft ins Ausland. Das kann aber – ungeachtet des Alters – einen natürlichen, politischen Abnabelungseffekt zur Folge haben. Das gilt im Prinzip selbst dann, wenn man sich strikt an die Wochenaufenthalterdefinition hält, die eine Rückkehr an Wochenenden gewissermassen vorschreibt. Diese «Abnabelung» kann zur Folge haben, dass das Interesse am tagespolitischen Geschehen der Ursprungsheimat sinkt. Aus der klassischen Beteiligungsforschung wissen wir beispielsweise, dass die Dauer der Ansässigkeit ein guter Prädiktor der Wahlbeteiligung ist. Neuzüge, gleich welchen Alters, haben eine geringere Teilnahmewahrscheinlichkeit, weil die Verwurzelung am Ort (noch) fehlt. Anzunehmen ist, dass auf Wochenaufenthalter Ähnliches zutrifft.

Hinzu kommen unter Umständen logistische Probleme bei der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Zwar ist man als Liechtensteiner Wochenaufenthalterin resp. Wochenaufenthalter im Ausland gleichwohl stimm- und wahlberechtigt (nicht aber als Auslandsliechtensteiner/in)¹⁵. Aber um das Stimmmaterial auszufüllen, muss man im Vorfeld von Wahlen oder Abstimmungen vor Ort sein. Denn der Versand des Stimmzettels erfolgt nicht ins Ausland – etwa im Gegensatz zur Schweiz, die ihren «Auslandschweizern» das Stimmmaterial auch im Ausland zukommen lässt. Wie viele davon betroffen sind, ist unbekannt. Statistiken zu Liechtensteiner Wochenaufenthalter fehlen. Indes, gerade in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen dürften es nicht wenige sein.

Kurzum, politische Abstinenz hat wahrscheinlich teilweise auch mit der spezifischen Ausbildungssituation in Liechtenstein zu tun.¹⁶

¹⁵ Die Ausübung der politischen Rechte ist in Liechtenstein mit dem Erfordernis eines ordentlichen Wohnsitzes hierzulande verknüpft.

¹⁶ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Registerdaten zur Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen in Liechtenstein zeigen, dass nicht etwa die 18- bis 24-Jährigen, sondern die 25- bis 34-Jährigen die tiefste Beteiligung aller Altersgruppen aufweisen. Hat das mit der oben beschriebenen Ausbildungssituation oder generell mit dem Wochenaufenthalterstatus zu tun? Das ist schwer zu sagen. Die Beteiligung wird nicht für Jahrgänge, sondern für Altersklassen ausgewiesen. Wir wissen deshalb nicht, wann genau dieser «Beteiligungsbruch» erfolgt. Außerdem finden in diesen beiden Altersphasen weitere natürliche Prozesse statt (z. B. Heirat und Gründung einer Familie), die sich unter Umständen auf das politische Engagement auswirken könnten. Eine weitere Erklärung könnte sein, dass bei 18- bis 24-Jährigen der Einfluss des Elternhauses grösser ist – sprich die Jugendlichen von den Eltern eher zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen aufgefordert werden bzw. auf diese aufmerksam gemacht werden.

3 DIE BEFRAGUNG

Kernstück einer jeden empirischen Untersuchung sind Daten. Die Datenbasis dieser Studie bilden Umfragedaten. Das Liechtenstein-Institut führte zwischen Anfang und Ende Dezember 2022 eine Befragung der 16- bis 24-Jährigen in Liechtenstein durch. Grundgesamtheit bildete dabei die ständige Wohnbevölkerung Liechtensteins mit den Jahrgängen 1998 bis 2006. Mit anderen Worten: Nicht nur die stimmberechtigten Jugendlichen in diesem Land wurden befragt, sondern auch Ausländerinnen und Ausländer. Die Erhebung war auf der ersten Ziehungsstufe eine Vollerhebung: Sämtliche in Liechtenstein wohnhaften 16- bis 24-Jährigen wurden postalisch angeschrieben. Die Adressdaten wurden vom Amt für Statistik auf Basis des Zentralen Personenregisters zur Verfügung gestellt. Damit verknüpft sind auch gewisse Begriffsdefinitionen: Wenn in dieser Studie von Jugendlichen oder jungen Menschen die Rede ist, dann sind damit 16- bis 24-Jährige gemeint. Diese Definition deckt sich nur teilweise mit der herkömmlichen juristischen (14- bis 18-Jährige) oder herkömmlichen soziologischen Definition (13- bis 21-Jährige).¹⁷ Sie ist im Wesentlichen praktisch bedingt. Mit 18 Jahren erhält man das Wahl- und Stimmrecht, gefordert wird von gewissen Kreisen aber ein Stimm- und Wahlrechtsalter 16. Deshalb die untere Grenze von 16 Jahren. Die obere Grenze von 24 Jahren ist etwas willkürlich. Aber mit Erreichen dieses Alters hat eine Mehrheit die Ausbildung abgeschlossen und ist ins Berufsleben eingetreten. Gewiss, längst nicht alle 24-Jährigen sind bereits (voll) erwerbstätig, wohl aber eine Mehrheit. Das Gegenstück zu den «Jugendlichen» und «jungen Menschen» bilden die «Erwachsenen». In unserer Studie bilden die über 24-Jährigen diese «Erwachsenen».

Die Befragungsdaten wurden sodann ausschliesslich online erhoben. Aufgrund der digitalen Affinität der Jungen war dies aber kein Problem, sondern der Teilnahme wohl eher förderlich (Rothenbühler et al. 2012: 9). Die Jugendlichen hatten die Möglichkeit, sich mit QR-Code oder per Eingabe der Internetadresse in die Befragung einzuloggen und sie auszufüllen. Am 17. Dezember wurde all jenen, die die Umfrage bis zu jenem Zeitpunkt noch nicht ausgefüllt hatten, ein Erinnerungsschreiben zugesandt. Ausserdem wurden zwecks Erhöhung der Ausschöpfungsquote 10 Gutscheine à 100 CHF verlost.

Insgesamt nahmen 1'002 der 3'588 Zielpersonen teil. Das entspricht einer Ausschöpfungsquote von rund 28 Prozent. Die Stichprobendaten wurden in der Folge nach bekannten Bevölkerungsparametern gewichtet. Zu diesen Parametern gehörten das Geschlecht, die Staatszugehörigkeit(en) und die Beteiligung an der Abstimmung über das 2G-Gesetz vom 18.9.2022.¹⁸

¹⁷ Eine einheitliche juristische Definition der Jugendlichen gibt es nicht und noch weniger gibt es eine entsprechende einheitliche soziologische Definition. Das Jugendstrafrecht begrenzt das Kindesalter zwischen 10 und 18 Jahren. Allerdings gibt es Spezialnormen für junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Im schweizerischen Kindes- und Jugendfördergesetz reicht die Jugend indessen bis 25 Jahre.

¹⁸ Für die Abstimmung über das 2G-Gesetz liegen die Beteiligungsdaten der 18- bis 24-Jährigen vor, während für die Staatszugehörigkeit und das Geschlecht die Werte für alle 15- bis 29-Jährigen verwendet wurden.

4 INTERESSE AN UND BESCHÄFTIGUNG MIT POLITIK

Eine zwar nicht hinreichende, aber in der Regel notwendige Voraussetzung für politisches Engagement ist das Interesse an Politik. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Politik indessen ein «peripherer Lebensbereich» (Gille 2018). Das gilt umso mehr für Jugendliche, deren politische Sozialisation unter Umständen noch nicht abgeschlossen ist und die im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben meist nicht derart tief verankert sind wie Erwachsene (German 2014, Mazzoleni und Masulin 2004). Zudem sind Jugendliche von gewissen politischen Massnahmen nicht oder noch nicht unmittelbar betroffen, weshalb der Anreiz, sich intensiv damit auseinanderzusetzen, gering ist. Warum soll man sich beispielsweise mit einer Steuervorlage beschäftigen, wenn man selbst noch keine Steuern bezahlen muss? Von anderen Massnahmen sind Jugendliche aber (prospektiv) stärker betroffen als Erwachsene. Das Klima im Jahre 2050 wird Jugendliche eines Tages direkt betreffen, eine Seniorin oder einen Senior hingegen weniger oder indirekt.¹⁹ Deshalb interessiert im folgenden Abschnitt, wie stark das politische Interesse im Generellen ausgeprägt ist, aber auch, wofür sich Jugendliche im Speziellen in der Politik interessieren. Zuletzt wird auch auf die Beschäftigung mit Politik eingegangen. Wie oft werden politischen Medieninhalte konsumiert, auf welchen Kanälen und wie oft wird mit anderen Menschen über Politik diskutiert?

4.1 Das politische Interesse der Jugendlichen: Null Bock auf Politik oder Re-Politisierung?

Politisches Interesse ist in der Liechtensteiner Jugend vorhanden. 13 Prozent geben in der Stichprobe an, sehr interessiert zu sein, und weitere 38 Prozent sind «eher interessiert» (Abbildung 1). Die Hälfte der Jugendlichen (49 %) interessiert sich indessen weniger («eher nicht interessiert») oder überhaupt nicht für Politik bzw. konnte ihr eigenes Interesse nicht so recht abschätzen («Weiss nicht»). Kurz, das Glas ist halb voll oder halb leer – je nach Perspektive. Auf jeden Fall aber sind diese Liechtensteiner Werte im internationalen Vergleich²⁰ weder ungewöhnlich hoch noch ungewöhnlich tief. Der easyvote-Jugendmonitor (2022: 8) weist fast identische politische Interessenswerte für Schweizer Jugendliche aus: 49 Prozent sind dort «eher» oder «sehr interessiert», 49 Prozent «weniger» bzw. «überhaupt nicht», während 2 Prozent es nicht wissen.²¹ Die Schweizer YASS-Befragung 2019 (Mischler et al. 2022: 127) kommt auf ähnliche Werte. 45 Prozent bezeichnen sich selbst als «eher» oder «sehr interessiert», während 55 Prozent an Politik «eher nicht» bzw. «überhaupt nicht» interessiert sind.²² Aufschlussreich ist indessen, dass der Anteil politisch komplett Desinteressierter (23 %) erheblich höher ist als in anderen Jugendbefragungen. Das liegt wohl hauptsächlich an der Erhebungsmethode: Die YASS-Befragung wird im Rahmen der militärischen Aushebung in der Schweiz an über 30'000 19-jährigen Rekruten (und ergänzend auch an rund 2'000 Frauen im gleichen Alter) durchgeführt. Die im

¹⁹ Damit sei keineswegs gesagt, dass sich Seniorinnen und Senioren darüber (oder über andere Themen, welche die fernere Zukunft betreffen) keine Gedanken machen. Im Gegenteil, viele Erwachsene haben wahrscheinlich ein vitales Interesse, ihrer Nachkommenschaft möglichst gute Zukunftschancen zu ermöglichen, oftmals bessere, als sie selbst hatten. Indes, die direkte Betroffenheit ist gewiss geringer.

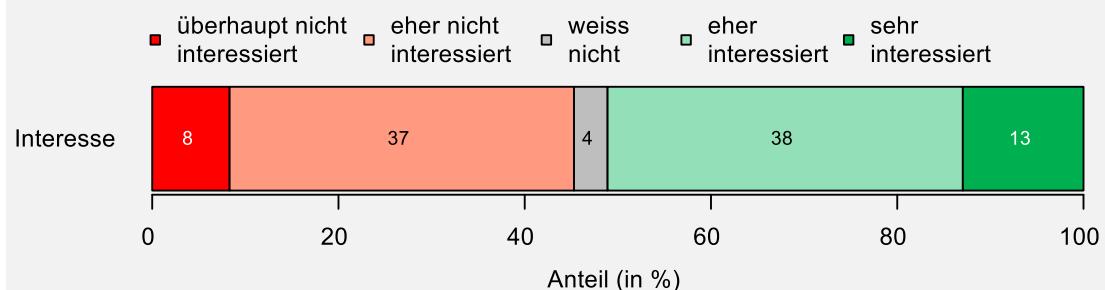
²⁰ Eine generelle Bemerkung zum Vergleich von Jugendstudien: Die Zahl der Jugendstudien in der Schweiz, Österreich und Deutschland ist fast schon Legion. Viele Ergebnisse sind in der Tat ähnlich. Mitunter variieren jedoch die interessierenden Werte gehörig. Dabei ist nicht immer klar, warum sich diese Werte derart unterscheiden. Bisweilen dürfte dies daran liegen, dass die Differenzen real sind, also beispielsweise Liechtensteiner Jugendliche tatsächlich zufriedener sind mit dem Funktionieren der Demokratie als, sagen wir einmal, deutsche Jugendliche. Aber ab und an wird es daran liegen, dass sich die Art der Stichprobenziehung, die Erhebungsform und auch die Grundgesamtheit voneinander unterscheiden. Kurz, all diese Untersuchungen sind untereinander nur bis zu einem gewissen Grad vergleichbar.

²¹ Der easyvote-Jugendmonitor (2022) im Auftrag des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente (DSJ) befragte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II zwischen 15 und 25 Jahren. In der vorliegenden Studie bildeten indessen alle Liechtensteiner Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren die Grundgesamtheit. Überdies wurde im easyvote-Jugendmonitor nicht nach dem politischen Interesse im Generellen, sondern dem Interesse an Schweizer Politik gefragt.

²² «Weiss nicht»-Antworten wurden in der YASS-Studie nicht ausgewiesen.

doppelten Sinne «rekrutierten» jungen Männer (für die Befragung an den militärischen Rekrutierungszentren Rekrutierten) nahmen (zwangsläufig) oft ungeachtet ihres politischen Interesses teil. Die entsprechenden Werte für das politische Interesse dürften deshalb repräsentativer sein als in anderen Jugendstudien und sind demnach auch ein guter Gradmesser für das politische Interesse Liechtensteiner Jugendlicher. Auch im Vergleich zu Österreich und Deutschland fallen die Liechtensteiner Werte nicht aus dem Rahmen.

Abbildung 1: Interesse an Politik (n=994)



© Liechtenstein-Institut

Indes, das politische Interesse war mutmasslich eines der Hauptmotive der Umfrageteilnahme: Wer keinerlei Interesse an Politik hat, dem fehlt oft der Anreiz, an einer politischen Befragung teilzunehmen. Mit diesem Problem sind indessen alle politischen Umfragen konfrontiert – auch die Vergleichsstudien aus den Nachbarländern. Daraus folgt, dass der Anteil politisch Uninteressierter unter den Liechtensteiner Jugendlichen wohl höher ist als hier ausgewiesen, aber nichtsdestotrotz vergleichbar mit dem politischen Interesse in den Nachbarländern.

Kurzum, ein erheblicher Teil der Jugendlichen hat durchaus «Bock» auf Politik, aber längst nicht alle. Generalisierende Aussagen wie «die Jugend ist politisiert»²³ sind deshalb irreführend, weil es «die Jugend» im Sinne eines monolithischen Blocks mit homogenen Ansichten und Interessen schlicht nicht gibt – genauso wenig wie es «die Erwachsenen» als homogene Interessengruppe gibt. Vielmehr gibt es Jugendliche, die politisch stark interessiert sind, aber auch solche, die es nicht sind. Schliesslich ist auch zu berücksichtigen, dass politisches Interesse einem lebenszyklischen Wandel unterworfen ist: Das Interesse steigt im Schnitt mit zunehmendem Alter (Erkulwater 2012). Jene Jugendlichen, die sich also heute noch wenig für Politik interessieren, tun dies vielleicht später. Die Chancen, dass sich solche Jugendliche später für Politik zu interessieren beginnen, sind auf jeden Fall intakt.

Der in Schweizer Studien (Mischler et al. 2022: 127, Beyeler et al. 2015) wiederholt kolportierte Gender-Gap ist teilweise auch in Liechtenstein zu erkennen. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern liegt hauptsächlich darin, dass Männer öfter sehr interessiert sind als Frauen. In der vorliegenden Befragung gaben 16 Prozent der Männer an, sehr interessiert zu sein, während dieser Anteil bei den Frauen die Hälfte beträgt (8 %).²⁴

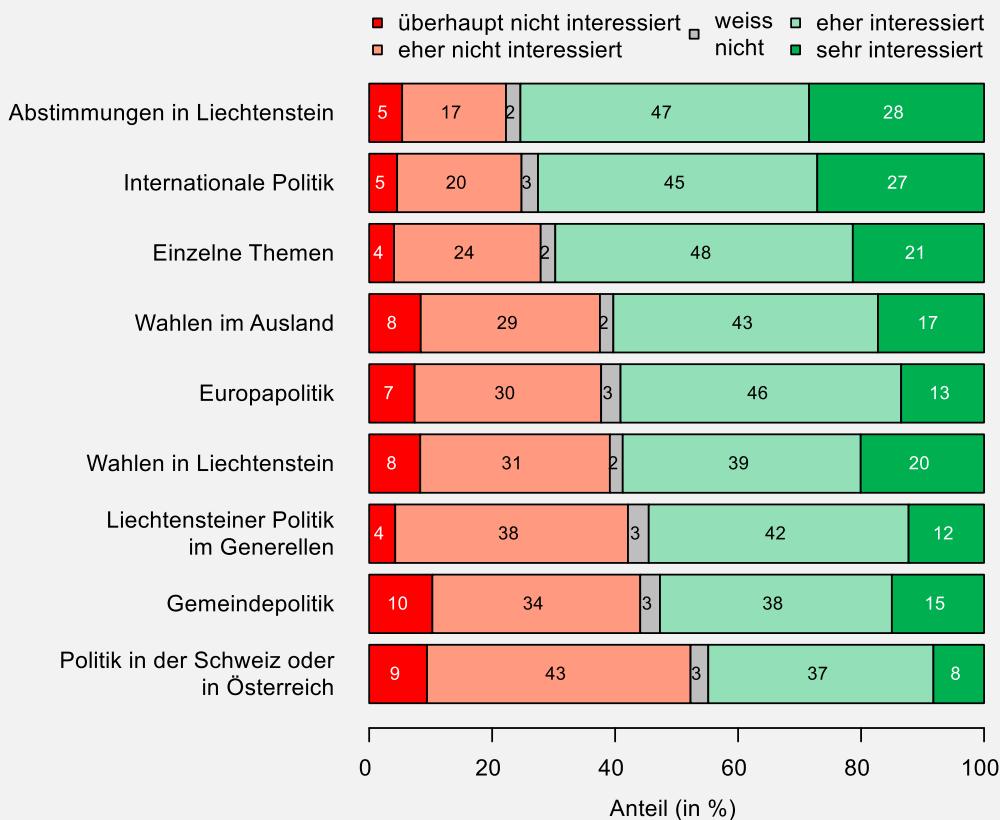
²³ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/jugend-und-politik-der-nachwuchs-misstraut-den-parteien-100.html> (abgerufen am 24.5.2023).

²⁴ Zum Vergleich: Dieser Anteil beträgt in der YASS-Studie für Männer 15 Prozent, für Frauen 10 Prozent.

4.2 Was interessiert an Politik? Global oder lokal, je nach Gestaltungsmöglichkeiten

Politik hat unterschiedliche Aspekte. Zur Politik gehören Inhalte (*policies*), Institutionen (*polity*), aber auch das, was im deutschen Sprachgebrauch mit Politik im engeren Sinne bezeichnet wird, also Verhandlungen und Prozesse der politischen Gestaltung (*politics*). Politik findet des Weiteren auf unterschiedlichen Staatsebenen statt. In der internationalen Politik geht es um Beziehungen der Staaten untereinander, mithin also um «grosse» Themen wie Diplomatie, Allianzen, aber auch um Konflikte, bisweilen gar um militärische Auseinandersetzungen. Nationale Politik beschäftigt sich hingegen vornehmlich damit, wie allgemeinverbindliche Entscheidungen in allerlei Bereichen des Lebens gefällt werden. In der lokalen Politik geht es zwar um ähnliche Dinge wie in der nationalen Politik, aber mit dem Unterschied, dass die Entscheidungsgegenstände, etwa ein Kredit für den Bau eines lokalen Hallenbads, vertrauter, weil lokaler sind. Nicht alle Politikaspekte interessieren die Menschen gleichermaßen. Gewisse Aspekte bzw. Themen sind vertrauter, zugänglicher, konfrontativer oder in den Medien präsenter als andere. Was interessiert Jugendliche in Liechtenstein an der Politik?

Abbildung 2: Interesse an Aspekten der Politik (nur Befragte, die politisch nicht völlig uninteressiert sind, n=898)



© Liechtenstein-Institut

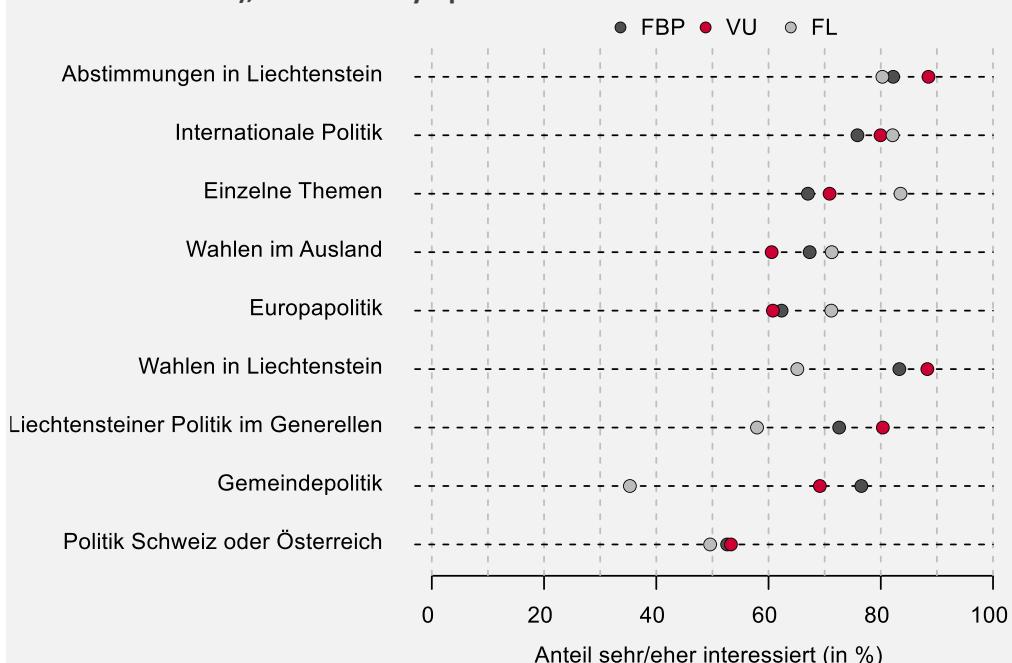
Interesse wecken²⁵ zunächst einmal Abstimmungen (Abbildung 2). 28 Prozent sind daran sehr interessiert, weitere 47 Prozent eher interessiert. Das liegt auch daran, dass das Abstimmungsverfahren – etwa im Vergleich zum Wahlverfahren – leicht verständlich ist und die Abstimmungsthemen oftmals konkret und alltagsnah sind. Deshalb bieten Abstimmungen für «Neulinge» im Politikgeschäft einen

²⁵ Gefragt wurden jene, die bei der Frage nach dem politischen Interesse zumindest «eher nicht interessiert» angaben. Solche, die überhaupt kein politisches Interesse haben (n=80), wurden aus dieser Teilanalyse ausgeschlossen.

guten Einstieg in das selbige. Sodann motivieren einzelne Politikthemen zur Auseinandersetzung mit Politik. Rund 70 Prozent interessieren sich stark oder eher für spezifische Politikthemen. Hinzu kommt, dass rund 13 Prozent aller Jugendlichen von sich aus bestimmte Themen nannten. Der Anteil der spezifisch themeninteressierten Jugendlichen ist demnach höher als 70 Prozent.²⁶ Häufig genannt wurde dabei der Klima- bzw. Umweltschutz. Dieses Thema politisiert also auch einen erheblichen Teil der Liechtensteiner Jugend (mehr dazu im Abschnitt 7.3). Ähnlich stark ist das Interesse am politischen Weltgeschehen: 73 Prozent zeigen zumindest ein gewisses Interesse daran.

Die Wahlen in Liechtenstein stossen ebenfalls auf ein bestimmtes, wenn auch geringeres Interesse. Rund ein Fünftel bekundet ein sehr starkes Interesse am nationalen Wahlgeschehen. Etwa gleich stark ist das Interesse an Wahlen im Ausland, etwa an amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Gemeindepolitik fesselt die Jugend weniger. Aber immerhin gaben 15 Prozent an, daran sehr interessiert zu sein. Europapolitik ist ebenfalls kein Thema, welches die Jugend mitreisst. 13 Prozent sind zwar sehr daran interessiert, aber fast 40 Prozent können damit wenig anfangen. Die Politik in den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich kümmert wenig. Das betrifft auch Jugendliche mit doppelter Staatsbürgerschaft (darunter wohl viele mit einem Schweizer oder einem österreichischen Pass).

Abbildung 3: Interesse an Aspekten der Politik (nur Befragte, die politisch nicht völlig uninteressiert sind), nach Parteisympathie



© Liechtenstein-Institut

Bemerkenswert ist, dass es mitunter erhebliche Unterschiede zwischen Jugendlichen mit unterschiedlichen Parteivorlieben gibt, wenn es um den Gegenstand des politischen Interesses geht (Abbildung 3). Die FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten interessieren sich primär für einzelne Themen (in erster Linie Klimaschutz und Gleichberechtigung) und Internationales (Europa, Wahlen in den USA), hingegen kaum für lokale Politik²⁷, Gemeindepolitik oder Wahlen in Liechtenstein. Umgekehrt interessieren sich die Jugendlichen, die der VU oder der FBP nahestehen, stark für inländische Themen

²⁶ Die Werte lassen sich indessen nicht einfach addieren, denn es gab Doppeleinträge u.a.

²⁷ Zur Veranschaulichung folgender Wert: 35 Prozent der FBP-Sympathisierenden sind an lokaler Politik sehr interessiert, während dieser Wert bei den FL-Sympathisierenden knapp 5 Prozent beträgt.

(Wahlen in Liechtenstein, Liechtensteiner Politik im Generellen und Gemeindopolitik), aber weniger für Europapolitik. Wie so oft stellt sich das Henne-Ei-Problem: Was war zuerst da? Die Parteinähe oder ein bestimmtes politisches Interesse? Wir wissen es nicht. Aber es erscheint zumindest möglich, dass selbst im jungen Alter das Interesse von den (zukünftigen) politischen Gestaltungsmöglichkeiten beeinflusst wird. Wer mit der Oppositionspartei FL sympathisiert, malt sich möglicherweise geringere Chancen aus, die lokale oder liechtensteinische Politik inskünftig mitgestalten zu können, als jemand, der sich mit einer der Regierungsparteien identifiziert. Warum sollte man sich brennend für Landtagswahlen interessieren, wenn man mittelfristig kaum Chancen auf Regierungsbeteiligung hat? Stattdessen sehen FL-Sympathisantinnen eher Chancen, als Teil einer europaweiten oder globalen Bewegung Politik (auf «Umwegen»²⁸ auch in Liechtenstein) zu machen. Generell lässt sich sagen, dass linke Parteien eher eine kosmopolitisch orientierte und geprägte Wählerschaft zählen, was sich in Liechtenstein also bereits bei den Jugendlichen und deren Interesse für bestimmte Aspekte von Politik zeigt.

4.3 Beschäftigung mit Politik: Eine tägliche Portion an Instagram

Wie intensiv beschäftigen sich Jugendliche mit Politik? Zu diesem Zweck wurde gefragt, wie oft man politische Themen in verschiedenen Medien verfolgt (**Abbildung 4**). Zunächst gibt es kaum jemanden, der zumindest ein Mindestmaß an politischem Interesse hat,²⁹ sich aber nie mit politischen Angelegenheiten auseinandersetzt. Die allermeisten Jugendlichen konsumieren politische Nachrichten – wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Es gibt einige wenige, die aufgrund ihres politischen Medienkonsums (tägliche Nutzung mehrerer Medien) beinahe schon als «Politikenthusiasten» zu bezeichnen sind. Andere konsumieren hingegen nur selten politische Informationen. Rund die Hälfte aller politisch grundsätzlich Interessierten (49 %) verfolgt politische Inhalte offenbar täglich. Damit ist noch nicht gesagt, dass sie sich täglich intensiv mit Politik auseinandersetzen. Aber immerhin schenken diese Jugendlichen politischen Inhalten zumindest regelmässige, wenn auch bisweilen nur flüchtige Aufmerksamkeit. Anders gesagt: Die «Dosis» Politik, die diese Jugendlichen einnehmen, ist mitunter gering, aber sie wird täglich eingenommen.

Das von den Liechtensteiner Jugendlichen am häufigsten genutzte Medium in Sachen Politik ist Instagram (**Abbildung 4**). Rund ein Viertel aller Befragten nutzt es nach eigenem Bekunden täglich, um das politische Geschehen zu verfolgen. Möglicherweise haben dabei einige³⁰ Befragte nicht gross zwischen allgemeinen Medienkonsum und spezifisch politischem Medienkonsum differenziert. Für das Gegenteil spricht indessen, dass ausländische Studien ein ähnliches Bild zeichnen: Instagram ist bei österreichischen Jugendlichen ebenfalls das beliebteste soziale Medium für politische Angelegenheiten.³¹ Und 63 Prozent der jungen Deutschen informiert sich durch Social Media über Politik.³²

²⁸ Beispielsweise als Teil einer globalen Klimabewegung Druck auf die nationale Politik ausüben.

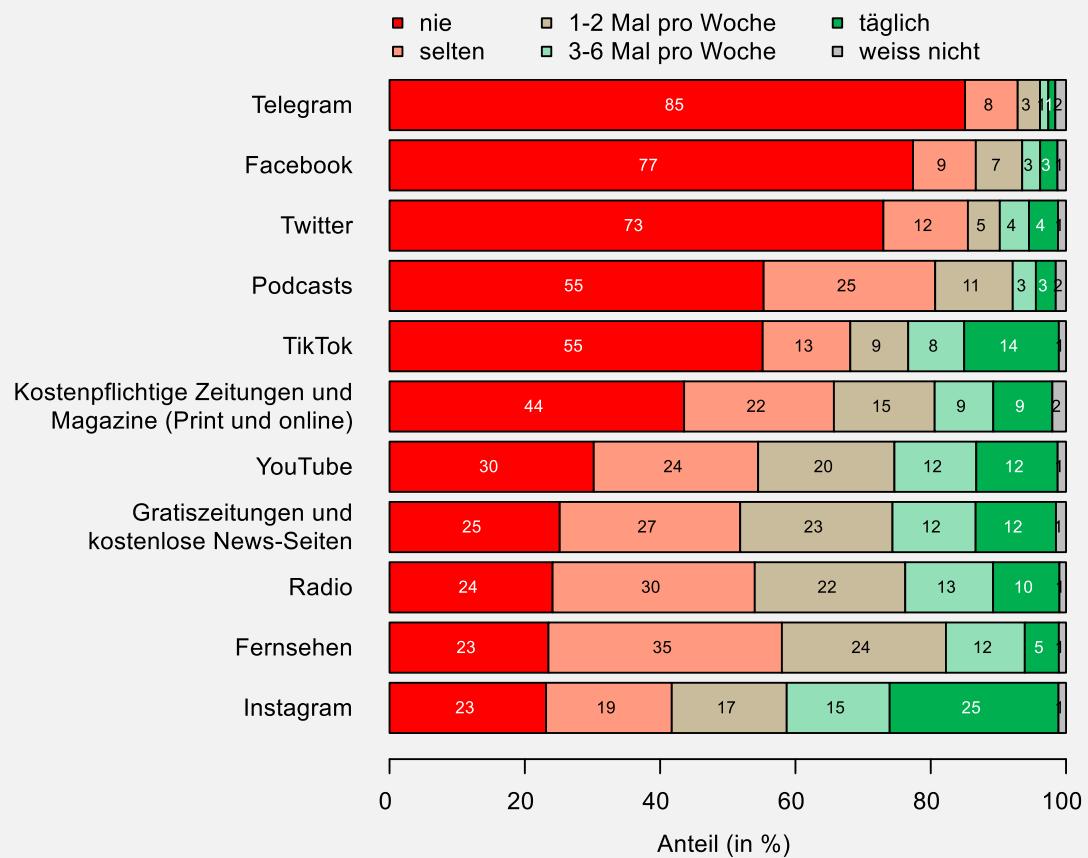
²⁹ Die Frage nach der Nutzung von Medien zur politischen Information wurden nicht allen gestellt. Jene, die sagten, sie hätten überhaupt kein politisches Interesse, wurden nicht nach der Nutzung von Medien gefragt.

³⁰ In der Umfrage wurde am Ende auch nach der generellen Nutzung von Instagram (und weiteren Medien) gefragt (siehe **Abbildung 35**). In der Tat lauten diese generellen Nutzungswerte anders. Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn Instagram (und andere Medien) wird primär für Unterhaltungszwecke genutzt und nicht zur politischen Informierung. Aber immerhin zeigen die Werte, dass die Befragten diese Differenzierung zwischen genereller und spezifisch-politischer Nutzung bewusst vorgenommen haben.

³¹ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/11/demokratiemonitoring-zeigt-interesse-der-jugend-an-politik.html> (abgerufen am 24.5.2023)

³² Schnetzer et al. (2023: 23).

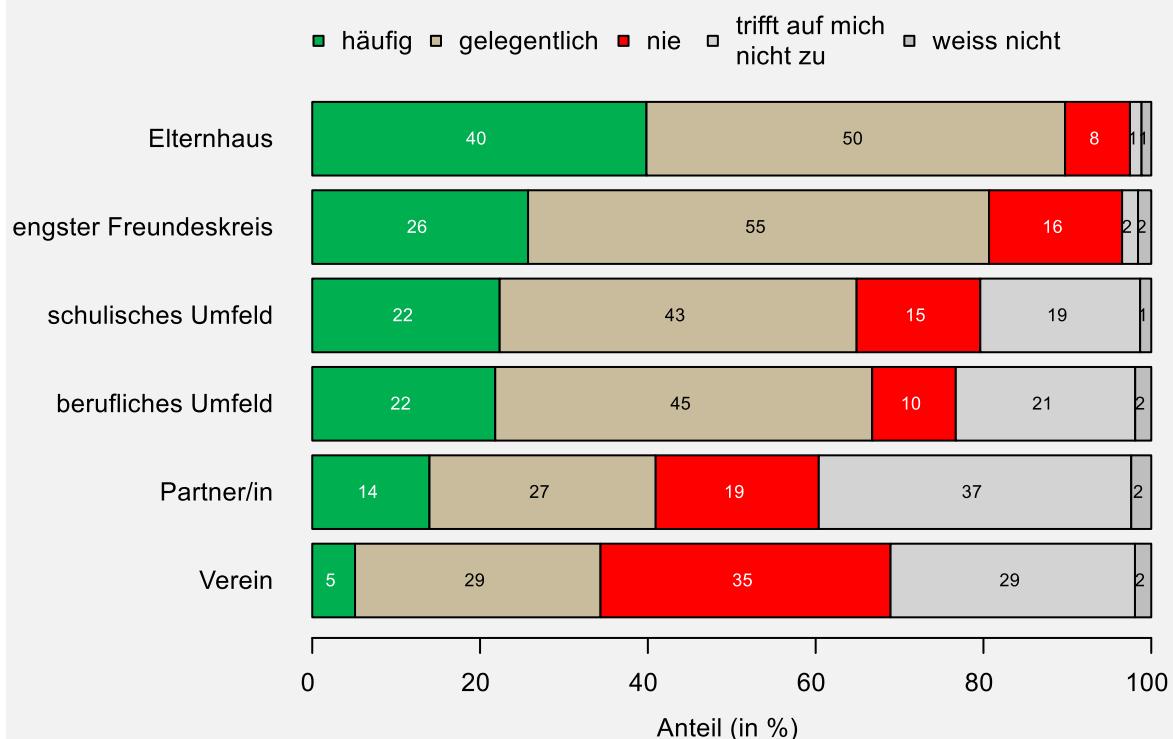
Abbildung 4: Beschäftigung mit Politik in verschiedenen Medienkanälen (nur Befragte, die politisch nicht völlig uninteressiert sind, n=898)



© Liechtenstein-Institut

Soziale Medien haben dem Fernsehen und dem Radio bei den Jugendlichen generell den Rang abgelaufen oder bieten den klassischen Medien bezüglich politischer Informierung zumindest Paroli. YouTube und TikTok werden beispielsweise von 12 bzw. 14 Prozent der Jugendlichen täglich genutzt, während die Anteile für das Fernsehen 5, für das Radio 10 und Gratis-Zeitungen bzw. News-Seiten (im Internet) 12 Prozent betragen. Gleichzeitig ist aber der Anteil jener, die klassische Medien nie nutzen, (meist) geringer als jener, die die neuen sozialen Medien nie nutzen. Ein Beispiel: Mehr als die Hälfte aller Befragten nutzt TikTok nie zum Zwecke politischer Informierung, während diese Anteile für die klassischen Medien Fernsehen und Radio jeweils rund 25 Prozent betragen.

Nicht alle neuen Medien sind bei den Jugendlichen indessen (gleichermassen) populär. Gewisse Medien haben ihren Popularitätszenit offenbar überschritten, andere sind bei der Jugend nie richtig angekommen. Dazu gehören Telegram, Facebook und Twitter. Sie spielen für die politische Informierung der Jugendlichen bloss eine marginale Rolle. Auch Podcasts werden vergleichsweise selten gehört. Fernsehen, Radio und auch kostenpflichtige Zeitungen werden zwar von relativ vielen Jugendlichen genutzt, aber oftmals unregelmässig.

Abbildung 5: Häufigkeit politischer Diskussionen in unterschiedlichen Umfeldern (n=972)

© Liechtenstein-Institut

Politische Informierung ist nicht nur Konsum politischer Informationen, sondern findet auch in der Form des Austauschs statt. Konkreter formuliert: Man spricht mit anderen über Politik und erfährt so mehr darüber. Tatsächlich reden fast alle Liechtensteiner Jugendlichen zumindest ab und zu über Politik oder sind dabei, wenn über Politik geredet wird. Nur gerade 1 Prozent gab an, dass im eigenen Umfeld nie über Politik geredet wird.³³ Dabei kommen Jugendliche am ehesten im eigenen Elternhaus mit Politik in Berührung (Abbildung 5). Neun von zehn Jugendlichen werden im Elternhaus zumindest gelegentlich mit Politik konfrontiert. Das bedeutet noch nicht zwingend, dass sich die Jugendlichen selbst in politische Diskussionen einbringen. Vielleicht hören einige bloss zu oder bekommen nur am Rande davon mit. Aber in ihrem primären verwandtschaftlichen Umfeld wird immerhin zeitweilig über Politik gesprochen. Auch im engsten Freundeskreis wird über Politik diskutiert. Rund ein Viertel tut dies häufig, weitere 55 Prozent gelegentlich. Auffallend ist, dass in linken (Freundes-)Kreisen häufiger diskutiert wird als anderswo: Wer sich mit der FL identifiziert, spricht im Freundeskreis öfter («häufig»: 37 %) über Politik als der Rest (23 %). Sodann tun dies Männer öfter (30 %) als Frauen (19 %).³⁴ Auch in der Schule bzw. im beruflichen Alltag bekommen die meisten etwas über Politik mit.

³³ Interessant wäre hier die Frage, wie stark die jüngsten Krisen wie die Corona-Pandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einer stärkeren Präsenz von politischen Themen geführt haben. Dies lässt sich rückwirkend [rückblickend?] nicht beantworten.

³⁴ Aufgrund der politischen Ausrichtung der Befragten kann nicht zwingend auf die politische Orientierung ihrer Freundeskreise geschlossen werden. Denn es ist durchaus möglich, dass man einem – politisch gesprochen – bunt gemischten Kreis angehört. Aber aufgrund dessen, was wir über soziale und kommunikative Netzwerke wissen (siehe z. B. Gärtner und Wuttke 2019), ist dies oftmals nicht so. Erwachsene sind vielfach einem politisch ziemlich homogenen Netzwerk angeschlossen, also einem sozialen Kreis, in welchem vielfach dieselben gesellschaftspolitischen Werte geteilt werden. Natürlich kommt man gleichwohl in Kontakt mit anderslautenden Meinungen und Haltungen, sei es am Arbeitsplatz, im Sportverein oder sonst wo im alltäglichen Leben. Aber der innere Zirkel eines Freundeskreises ist politisch oftmals (erstaunlich) homogen. Da Politik gerade für die jüngsten Befragten (16- und

Die entsprechenden Werte sind nicht derart hoch wie beim Freundeskreis oder im Elternhaus, aber das liegt im Wesentlichen daran, dass ein erheblicher Teil der Befragten gar nicht (mehr) zur Schule geht oder noch nicht erwerbstätig ist. Ähnliches trifft auch auf den Partner bzw. die Partnerin zu: 37 Prozent haben (noch) keine feste Beziehung. Wer aber einen Freund oder eine Freundin hat, redet oftmals mit ihr/ihm auch über Politik. Rund zwei Drittel tun dies. Im Umkehrschluss heisst das aber auch, dass die Politik bei rund einem Drittel keine Rolle spielt. Vielleicht wird die Politik gar bewusst aus der Beziehung ferngehalten. Ob man die Beziehung nicht aufs Spiel setzen möchte oder ob dieser vergleichsweise hohe Wert bloss ein Skaleneffekt ist,³⁵ ist nicht ganz klar. Wahrscheinlich eher Letzteres, da die Diskussionshäufigkeit innerhalb einer Beziehung stark mit dem eigenen politischen Interesse korreliert. Im Verein schliesslich wird noch seltener über Politik gesprochen. Knapp die Hälfte derer, die in einem Verein sind, bekommt dort nichts von Politik mit. Selbstredend werden diese Vereine unpolitische Vereine sein. In diesem Alter – 16 bis 24 Jahre – dürften aber viele in solchen unpolitischen Vereinen, primär wohl Sportvereinen, aktiv sein.

17-Jährige) nicht immer so furchtbar wichtig ist, sind politisch diverse (oder vielmehr wohl eher unpolitische) Freundeskreise eher denkbar als bei Erwachsenen. Aber eine Art politische «Segregation» dürfte schon früh einsetzen, weshalb auch für Jugendliche von bisweilen politisch recht homogenen Netzwerken ausgegangen werden muss.

³⁵ Die Wahrscheinlichkeit, einer politischen Diskussion beizuhören, ist in einem kleinen, unpolitischen Netzwerk – und eine Beziehung umfasst in der Regel bloss zwei Personen – aus rein mathematisch-logischen Gründen von vornherein unwahrscheinlicher als in einem grossen Netzwerk (berufliches Umfeld, Schule).

5 POLITISCHE PARTIZIPATION

In diesem Abschnitt geht es um die politische Partizipation der Jugendlichen. Wie häufig wird politisch partizipiert? Welche Partizipationsformen sind unter Jugendlichen beliebt, welche weniger? Doch zunächst muss geklärt werden, was unter politischer Partizipation zu verstehen ist. Welche Handlungen schliesst dies ein und was zählt nicht zur politischen Beteiligung? Sodann geht es darum, welche generelleren Formen der Beteiligung unterschieden werden können. Gibt es unter den Liechtensteiner Jugendlichen bestimmte «Partizipationstypen»? Bevorzugen Jugendliche eher unkonventionelle Formen der Beteiligung? Diese Fragen sollen im nachfolgenden Abschnitt beantwortet werden.

5.1 Was umfasst politische Beteiligung?

Was versteht man gemeinhin unter «politischer Beteiligung»? Politische Beteiligung umfasst alle Handlungen, «die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen» (Kaase 1997: 160). Diese Definition schliesst demnach den reinen Konsum von politischen Inhalten (z. B. Zeitung lesen)³⁶, die Tätigkeit von Politikerinnen und Beamten (z. B. die Arbeit des Regierungschefs), die gemeinwohlorientierte Selbsthilfe (z. B. Nachbarschaftshilfe), aber auch staatlich verordnete (Zwangs-)Teilhabe aus (van Deth 2016: 170). Diese Handlungen sind entweder keine aktiven Tätigkeiten, gehen nicht von Bürgerinnen aus, sind unfreiwillig oder haben nicht zum Ziel, Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zu nehmen.

Die aktive, freiwillige Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen kann freilich unterschiedlichste Formen annehmen. Sie kann institutionalisiert bzw. verfasst oder unverfasst sein. Sie kann konventionellen oder unkonventionellen Charakter haben. Sie kann legal oder illegal, individuell oder kollektiv sein. Sie kann einen instrumentellen oder expressiven Charakter haben, aber auch formell oder informell sein. Und ausserdem kann die politische Mitbestimmung in unterschiedlichen «Sphären» (Kersting 2013) beheimatet sein. Tatsächlich gibt es in der relevanten Forschung eine ganze Reihe von Klassifikationen. In dieser Studie lehnen wir uns primär an die dichotome Typologie von Kaase (1997) an, haben sie aber um einen weiteren Typus ergänzt.

Wenn nach Beispielen für politische Beteiligung gefragt wird, kommt den meisten wohl als erstes die Mitwirkung an institutionalisierten, demokratischen Entscheidungsverfahren in den Sinn, also primär die Teilhabe an Wahlen und Abstimmungen. Die Hürden zur Mitwirkung sind dabei (vergleichsweise) gering; es reicht, einen Stimm- oder Wahlzettel auszufüllen und einzusenden (niederschwellige oder «Low Cost»-Partizipation).³⁷ Gleichzeitig ist der Handlungsspielraum eng: Die Thematik, der Zeitpunkt, die Entscheidungsoptionen und das Entscheidungsverfahren sind fix vorgegeben. Als Beispiel: Bei einer Sachabstimmung ist die Abstimmungsfrage und der Abstimmungszeitpunkt vorgegeben, man kann nur ein Ja oder ein Nein einlegen, nicht aber eigene Alternativen ausarbeiten, und das Ergebnis wird nach dem Majorzverfahren ermittelt. Weitere Teilhabeformen setzen zwar einen höheren Aufwand voraus, bewegen sich aber nach wie vor im institutionalisierten Raum der Politik. Beispielsweise die Mitarbeit in einer Partei, die Kandidatur für oder die Arbeit in einem (Jugend-)Parlament, das Kontaktieren von Politikerinnen oder das Sammeln von Unterschriften für ein Begehr. All diese Formen zeichnen sich dadurch aus, dass sie im institutionalisierten Bereich der Politik stattfinden und überdies stark formalisiert sind. Diese Teilhabeformen werden deshalb auch als institutionalisierte

³⁶ Das der Partizipation zugrunde liegende lateinische Wort *participare* kann mit «teilnehmen» oder «teilhaben» übersetzt werden. Das aber wiederum bedeutet, dass der reine Konsum von politischen Inhalten keine Partizipation ist. «Einfach nur fernzusehen oder zu behaupten, auf Politik neugierig zu sein, ist noch keine Partizipation» (van Deth 2009: 143). Partizipation ist also Tätigkeit oder Aktivität.

³⁷ Dazu gehört beispielsweise auch das Unterzeichnen von Initiativbegehren oder Petitionen.

(Kaase 1997)³⁸ oder konventionelle Partizipation bezeichnet, weil sie (früher) – im Gegensatz etwa zu Demonstrationen – als allgemein akzeptierte Beteiligungsformen gelten (bzw. galten).

Daneben gibt es aber auch politische Mitwirkungsformen, die nicht im institutionell-verfassten Raum stattfinden: Sie werden in der Regel als unverfasste Partizipationsformen bezeichnet. Das können legale, aber auch illegale Aktivitäten sein: Beispielsweise genehmigte Demonstrationen³⁹, Sitzstreiks, Kundgebungen, Blockaden, die Teilnahme an unverfassten Bürgerinitiativen, aber auch unbewilligte Proteste, Hausbesetzungen, Streiks und im Prinzip gar Gewalt.⁴⁰ All diese unverfassten (d. h. nicht-institutionalisierten) Partizipationsformen finden im Gegensatz zu den konventionellen Partizipationsformen unter offenen Rahmen- und Durchführungsbedingungen statt (Kaase 1997: 161). Gemeint ist beispielsweise, dass der Zeitpunkt, der genaue Inhalt und auch die Folgen solcher unverfasster Teilhabeformen nicht wie bei einer Landtagswahl fest vorgegeben sind, sondern von den Teilnehmenden (mit-)bestimmt werden. Daraus erwachsen auch andere Beteiligungskosten: Während man beispielsweise ziemlich genau weiß, wie viel eine Wahlteilnahme an Zeit (und anderen Ressourcen) kostet, ist dies bei einer Demonstration weniger gut abschätzbar, aber wahrscheinlich höher. Weil diese Beteiligungsformen früher (und teilweise auch heute noch) zumindest nicht allgemein akzeptierte Teilhabeformen waren (bzw. sind), wird dafür auch die Bezeichnung «unkonventionelle Partizipation» verwendet.

Indes, das Repertoire unverfasster politischer Partizipationsformen ist in jüngerer Vergangenheit als Folge der Internet-Revolution und der wachsenden Bedeutung der Konsumentenmacht stark expandiert. Neue Formen der politischen Einflussnahme sind hinzugekommen: Etwa der «buycotton» (d. h. der bewusste, politisch motivierte Konsum mit dem Ziel der Einflussnahme auf die Politik), aber beispielsweise auch all die Internetaktivitäten⁴¹ wie das Verfassen von Kommentaren, das «Liken» von Posts oder auch Blogs, die inzwischen eine bemerkenswerte Reichweite aufweisen können. Diese neuen Beteiligungsformen haben mit den «alten», zuvor genannten Beteiligungsformen eines gemeinsam: Sie sind nicht-institutionalisiert und unkonventionell. Einige Autoren (Gaiser und Rijke 2016, Kersting 2013: 53) bezeichnen diese Formen überdies als expressive Partizipationsformen, um sie von den althergebrachten unkonventionellen Teilhabemöglichkeiten zu unterscheiden. Gemeint ist damit, dass diese Formen der Beteiligung nicht nur zum Zwecke der Einflussnahme auf politische Entscheidungen ausgeübt werden, sondern gleichzeitig auch der Signalisierung dienen, also eine Art Bekenntnis sind, welches öffentlich gemacht wird. Das Tragen von Kampagnenstickern, das Niederknien vor Sportereignissen oder das prominente Anheften von bestimmten Symbolen auf dem eigenen Twitter- oder Facebook-Account (z. B. «Je suis ...», Nationalfarben der Ukraine etc.) sind klassische Beispiele hierfür. Generell liesse sich sagen, dass diese Beteiligung demnach nicht bloss Mittel zu einem bestimmten Zweck ist, sondern für den Teilnehmenden einen Wert an sich aufweist. Aus unserer Sicht

³⁸ Kersting (2013, 2016) unterscheidet zusätzlich zwischen repräsentativer (Wahlen) und direktdemokratischer Beteiligung (Sachabstimmungen). Auf diese typologische Unterscheidung wurde hier verzichtet, wenngleich die Beteiligung an Sachabstimmungen und Wahlen gesondert abgefragt wurde.

³⁹ In der Partizipationsforschung ist die Zuweisung der einzelnen Partizipationsformen zu den drei hier genannten Formen nicht unumstritten. Beispielsweise die Klassifikation von Demonstrationen als unverfasste Partizipationsform. Demonstrationen waren einst nicht verfasst bzw. institutionalisiert. Damit ist nicht gesagt, sie seien nicht organisiert gewesen. Protest ist immer (auch) von der Fähigkeit abhängig, Unzufriedenheit oder Unmut zu organisieren. Aber diese Demonstrationen wurden nicht staatlich organisiert oder unterstützt – im Gegenteil, nicht selten wurden sie vom Staat bekämpft oder zumindest opponiert. Das trifft auch heute noch auf gewisse Demonstrationen zu, aber längst nicht mehr auf alle. Gewisse Demonstrationen werden von den Behörden, staatsnahen Betrieben und der Regierung offen unterstützt (z. B. Frauenstreik), haben also eine stark formalisierte, verfasste Form angenommen.

⁴⁰ Politische Gewalt wird in der Partizipationsforschung in der Regel gesondert behandelt. In der vorliegenden Studie wird politische Gewalt gar nicht behandelt.

⁴¹ Im Prinzip könnte man, wie Kersting (2013: 258) dies tut, die Online-Partizipationsformen auch zu einer selbstständigen Kategorie zusammenfassen.

besteht allerdings das Problem, dass im Prinzip jede politische Mitwirkung – auch konventionelle Mitwirkung wie das Wählen – potenziell einen expressiven Nutzen aufweisen kann. Wer wählt, erhält als Gegenleistung möglicherweise eine gewisse seelische Gratifikation (z. B. gutes Gefühl der «Erfüllung» der Bürgerpflicht). Aber richtig ist wohl, dass dies bei institutionalisierten Partizipationsformen seltener im Vordergrund steht als bei nicht-institutionalisierten Formen. Der Unterschied ist demnach gradueller, nicht prinzipieller Natur.

Tabelle 1: Typologie der politischen Partizipationsformen

Typ	Formen
Verfasste (oder auch konventionelle) Partizipation	<p>Low Cost:</p> <p>Teilnahme an Abstimmungen, Teilnahme an Wahlen, Unterschreiben von Initiativen, Referenden, Petitionen</p> <p>Higher Cost:</p> <p>Teilnahme an Sitzung einer politischen Partei, Politiker/in wegen eines Problems kontaktieren, sich für Partei oder Politiker/in engagieren, Teilnahme an Jugendparlament oder -session, Unterschriften für Volksinitiative oder Referendum sammeln, für politisches Amt kandidieren</p>
Demonstrativ-kollektive, unverfasste Partizipationsformen	Teilnahme an bewilligter Demonstration, Teilnahme an politischen Protestaktionen
Individuell-expressive, unverfasste Partizipation	Bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen boykottieren oder bewusst kaufen, politische Geschichten oder Artikel in sozialen Medien posten oder teilen, damit andere sie lesen können, in sozialen Medien Kommentare zu politischen oder sozialen Themen verfassen, Leserbrief schreiben

Was sodann die «alten» von den «neuen», unverfassten Teilhabemöglichkeiten unterscheidet, sind die organisatorischen Voraussetzungen: Der politische Konsum oder die politischen Aktivitäten im Internet benötigen in der Regel keine kollektiven, organisatorischen Vorbereitungen, während dies bei Demonstrationen oder beim Sammeln von Unterschriften für rechtlich nicht-bindende Petitionen meist der Fall ist (van Deth 2016: 172). Aus diesem Grund führen wir innerhalb der unverfassten Partizipationsformen zusätzlich die Unterscheidung zwischen demonstrativ-kollektiven Partizipationsformen und den individuell-expressiven Formen ein.

Die verschiedenen Partizipationsformen unterscheiden sich hinsichtlich verschiedener Merkmale, beispielsweise hinsichtlich der Beteiligungskosten. Der Aufwand, der geleistet werden muss, um an einer Wahl teilzunehmen oder ein «Like» unterhalb eines politischen Tweets zu setzen, ist gewiss geringer als jener, der mit dem Sammeln von Unterschriften auf der Strasse oder dem Ausüben eines politischen Amtes verbunden ist. Insofern ist davon auszugehen, dass Ersteres verbreiteter ist als Letzteres. Legale Beteiligungsformen sind, um ein weiteres Unterscheidungskriterium zu nennen, gewiss mit geringerem Risiko verbunden als illegale politische Aktivitäten. Sodann stellen gewisse Partizipationsformen eine grösere Belohnung in Aussicht als andere. Die Kandidatur für ein politisches Amt oder die Parteiarbeit sind aufwändiger als die Teilnahme an einer Sachabstimmung, aber unter Umständen auch deutlich lohnender. Diese «Belohnung» muss dabei keineswegs nur materieller, d. h. letztlich finanzieller Art sein. Sie kann auch in der Form hoher seelischer Gratifikation oder sozialer Anerkennung erfolgen. Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass gewisse Partizipationsformen nur einer bestimmten Gruppe offenstehen (Wahlrechtsalter, Staatszugehörigkeit), während sie anderen verwehrt bleiben. Oder die Hürden der Teilnahme sind derart hoch, dass sie bestimmten Gruppen zwar nicht de jure, aber de facto verwehrt sind.

Nachfolgend wollen wir herausfinden, wie verbreitet diese einzelnen Teilhabeformen sind und ob es richtig ist, dass – wie oftmals behauptet wird – die Jungen sich von den konventionellen Partizipationsformen abwenden und stattdessen den unkonventionellen zuwenden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Liechtensteiner Jugendlichen an Politik durchaus interessiert sind – einige gar sehr, andere hingegen nur am Rande. Immerhin aber bekommen die allermeisten in Diskussionen oder via Medienkonsum etwas über Politik mit. Abstimmungsthemen wecken am ehesten Interesse. Meist geht es dabei um alltagsnahe, vertraute Themen, über die sich vortrefflich diskutieren lässt. Insofern bildet die direkte Demokratie einen ausgezeichneten, weil leichten Einstieg in die Politik, der Jugendlichen anderswo in der Welt oft verwehrt bleibt. Instagram ist eine der wichtigsten Informationsquellen, gefolgt vom Fernsehen, vom Radio und von Gratiszeitungen. «Out» sind Facebook und Twitter – zumindest als Quelle politischer Informationen.

5.2 Institutionalisierte Partizipationsformen

Eine vergleichsweise voraussetzungsarme,⁴² institutionalisierte Form der politischen Teilhabe ist die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Diese Partizipationsform unterscheidet sich von allen anderen darin, dass sie vielerorts als (Mindest-)Pflicht einer Bürgerin bzw. eines Bürgers betrachtet wird. Sie unterscheidet sich zusätzlich auch darin, dass hierzu eine Fülle an Daten vorliegt. Diese Daten stammen nicht nur aus Umfragen, sondern aus Vollerhebungen, die keinerlei Unschärfe aufweisen. Die Regierungskanzlei weist seit Kurzem die Beteiligungshöhe an Wahlen und Abstimmungen nach Altersgruppen aus. Diese Registerwerte sind «unkontaminiert» vom Phänomen der sozialen Erwünschtheit.⁴³ Die Registerdaten erlauben also einen unverfälschten Blick auf die Teilnahmewerte der Jugendlichen und ermöglichen zugleich eine Kalibrierung der vorliegenden Stichprobenwerte.

Zuerst zu diesen offiziellen Beteiligungszahlen. Sie stammen, wie gesagt, nicht aus der vorliegenden Umfrage, sondern aus prozessgenerierten amtlichen Daten. Diese Registerdaten nach Altersgruppen liegen für acht Urnengänge⁴⁴ vor. Wie Abbildung 6 zeigt, weisen die zwei ältesten Altersgruppen die höchsten Beteiligungswerte auf. Es sind jedoch nicht die jüngsten Stimberechtigten im Alter von 18 bis 24 Jahren, die am wenigsten teilnehmen. Tatsächlich liegen ihre Teilnahmequoten über den gesamten betrachteten Zeitraum stets über denjenigen der nächsthöheren Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen. Die Gründe hierfür können mit den vorliegenden Daten nicht abschliessend geklärt werden, zumal immer auch individuelle Gründe eine Rolle spielen. Es kann jedoch vermutet werden, dass Politik für 25- bis 34-Jährige oftmals nicht die oberste Priorität geniesst, sondern auch andere Dinge von

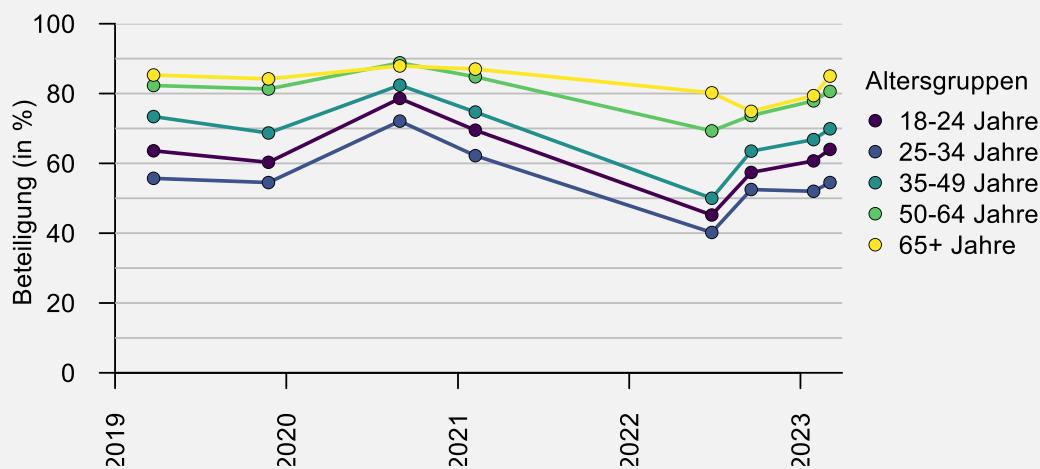
⁴² Der Aufwand, der betrieben werden muss, um sich hierzulande an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen, ist gering. In Liechtenstein wird das Stimmmaterial kostenfrei zugesandt. Man muss hierzu keine Eigeninitiative übernehmen. Auch die Stimmabgabe ist mit geringen Kosten verbunden; die meisten Stimberechtigten stimmen brieflich ab. Gewiss, will man sich vorab auch ausführlich über den Entscheidungsgegenstand informieren, ist unter Umständen ein grosser (Informierungs-)Aufwand nötig. Aber diese aufwendige Informationssuche, so sie denn überhaupt als «Bürgerpflicht» betrachtet und tatsächlich geleistet wird, geht über eine rein formale Teilnahme hinaus, die im Übrigen auch darin bestehen kann, leer einzulegen (wozu man sich gar nicht informieren muss).

⁴³ Soziale Erwünschtheit ist ein Problem, welches just bei der Frage nach der Wahl- oder Abstimmungsbeteiligung akut ist, wofür sich in der englischen Fachliteratur auch ein eigener Begriff eingebürgert hat: «Overreporting». Gemeint ist das Phänomen, wonach bei der Frage nach der Wahlteilnahme oftmals lieber eine Teilnahme zu viel als zu wenig angegeben wird, um eben dem sozial erwünschten Ideal eines vorbildlichen Citoyens zu genügen. Tatsächlich konnte dieser Effekt in Studien, die Befragungsdaten mit offiziellen Registerdaten verknüpften, also solche, die in der Befragung angegebene Teilnahmen auch anhand von behördlichen Registerdaten nachträglich überprüfen konnten, nachgewiesen werden.

⁴⁴ Gemeindewahlen vom 24.03.2019 und 05.03.2023, Landtagswahlen vom 07.02.2021 sowie Abstimmungen vom 24.11.2019, 30.08.2020, 26.06.2022, 18.09.2022 und 29.01.2023.

grosser Bedeutung sind (Familiengründung, Karriereplanung etc.).⁴⁵ Demgegenüber kann die Möglichkeit zur politischen Partizipation für die jüngste Altersgruppe einen gewissen Neuigkeitswert haben und es kann vermutet werden, dass diese Gruppe stärker durch das Elternhaus zur Teilnahme motiviert wird. Abschliessende, fundierte und vergleichende Analysen dahingehend fehlen aber bis dato.

Abbildung 6: Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen 2019–2023 nach Alter



Quellen: Amtliche Kundmachungen, Regierungskanzlei, Gemeinden.

Aufschlussreich ist überdies ein Vergleich der Liechtensteiner Beteiligungsquoten mit jenen aus ausgewählten Schweizer Gemeinden. Das Statistische Amt des Kantons St. Gallen weist seit geraumer Weile die offiziellen⁴⁶ Beteiligungszahlen für verschiedene Altersgruppen aus, unter anderem auch für die Altersklasse der 18- bis 24-Jährigen. Abbildung 7 enthält die Beteiligungshöhe für die 18- bis 24-Jährigen bei Urnengängen in Liechtenstein, der Stadt St. Gallen und der Gemeinde Mels.⁴⁷ Zu beachten ist, dass Abstimmungs- und Wahltermine in den beiden Schweizer Gemeinden häufiger sind als in Liechtenstein. Deshalb liegen für die Stadt St. Gallen und Mels auch mehr Datenpunkte vor. Überdies fanden die Schweizer Urnengänge auch an anderen Terminen statt als die betrachteten Urnengänge in Liechtenstein.

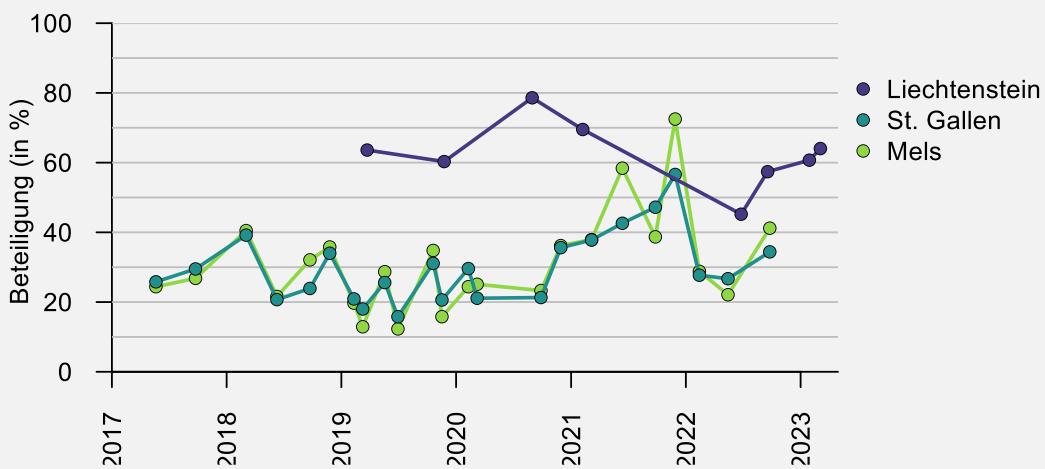
⁴⁵ Möglicherweise sind einige, allenfalls gar viele dieser Altersklasse (25–34 Jahre) zwar in Liechtenstein angemeldet (und somit stimm- und wahlberechtigt), aber aus beruflichen oder schulischen Gründen selten vor Ort. Typisches Beispiel wäre die Studentin, die von Montag bis Freitag beispielsweise an einer Schweizer Universität studiert und bloss an den Wochenenden (vielleicht) nach Liechtenstein zurückkehrt. Diese Verlagerung des Lebensmittelpunktes verringert möglicherweise die Teilnahmebereitschaft an Wahlen und Abstimmungen in Liechtenstein. Über das exakte Ausmass dieser Verlagerung ist allerdings wenig Konkretes bekannt, weshalb darüber bloss spekuliert werden kann.

⁴⁶ Mit «offiziell» sind Registerdatenwerte gemeint. Mit anderen Worten: Diese Werte stammen nicht aus Umfragen (sind demnach nicht mit einem Zufallsfehler behaftet), sondern sind das Resultat der amtlichen Auszählung der Stimmen. Deshalb sind sie – was die Erhebungsmethode anbelangt – ohne Einschränkung mit den Beteiligungsdaten des Amtes für Statistik vergleichbar.

⁴⁷ Inwieweit stehen diese beiden Gemeinden stellvertretend für die restliche Deutschschweiz? Gemäss einer Studie (Arnold 2014) ist die Stadt St. Gallen bezüglich Wahl- und Abstimmungsverhalten ein ziemlich gutes Abbild der Deutschschweiz.

Sofort fällt auf, dass die Liechtensteiner Jugendlichen sich markant öfter an Wahlen und Abstimmungen beteiligen als die Jugendlichen in den beiden St. Galler Gemeinden. Die Differenz variiert zwar von Urnengang zu Urnengang. Das liegt primär an den Schweizer Jugendlichen, die sich bisweilen emsig beteiligen (Abstimmung über die Agrarinitiativen in Mels, Abstimmung über das 2G-Gesetz in beiden Schweizer Gemeinden), um beim nächsten Urnengang der Urne wieder massenhaft fernzubleiben (Beteiligungsquoten von nur knapp über 20 %). Die generelle Partizipationsbereitschaft ist unter den Liechtensteiner Jugendlichen aber deutlich höher, und das, obwohl sich die politischen Systeme und politischen Kulturen zwischen Liechtenstein und der Schweiz nicht sonderlich stark unterscheiden. Nur ausnahmsweise, dann, wenn das Thema der Abstimmung (2G-Regel) aufrüttelt, beteiligen sich Schweizer Jugendliche in einem Ausmass, das für Liechtenstein normal ist. Beteiligungswerte um 80 Prozent, wie sie bei der S-Bahn-Abstimmung in Liechtenstein erzielt wurden, liegen in der Schweiz im Prinzip jenseits des Vorstellbaren. Woran dies liegt, ist unklar. Die Kleinräumigkeit Liechtensteins und alles, was damit verbunden ist – etwa die Wahrscheinlichkeit, die ausschlaggebende Stimme zu geben –, können diesen Unterschied nicht befriedigend erklären. Schweizer Kleinkantone mit vergleichbarer Einwohnerzahl wie Liechtenstein haben auch bei kantonalen Abstimmungen nicht dieselbe Beteiligungskultur wie Liechtenstein. Auf jeden Fall aber zeigt der Vergleich, dass die Liechtensteiner Jugendlichen sich zwar weniger häufig beteiligen als Liechtensteins Seniorinnen und Senioren, aber deutlich öfter als die Jugendlichen auf der Schweizer Seite des Rheins. Die durchschnittliche Differenz betrug in jüngerer Vergangenheit mehr als 30 Prozentpunkte.

Abbildung 7: Vergleich Beteiligung der 18- bis 24-Jährigen an Wahlen und Abstimmungen 2017–2023 zwischen Stadt St. Gallen, Gemeinde Mels und Liechtenstein



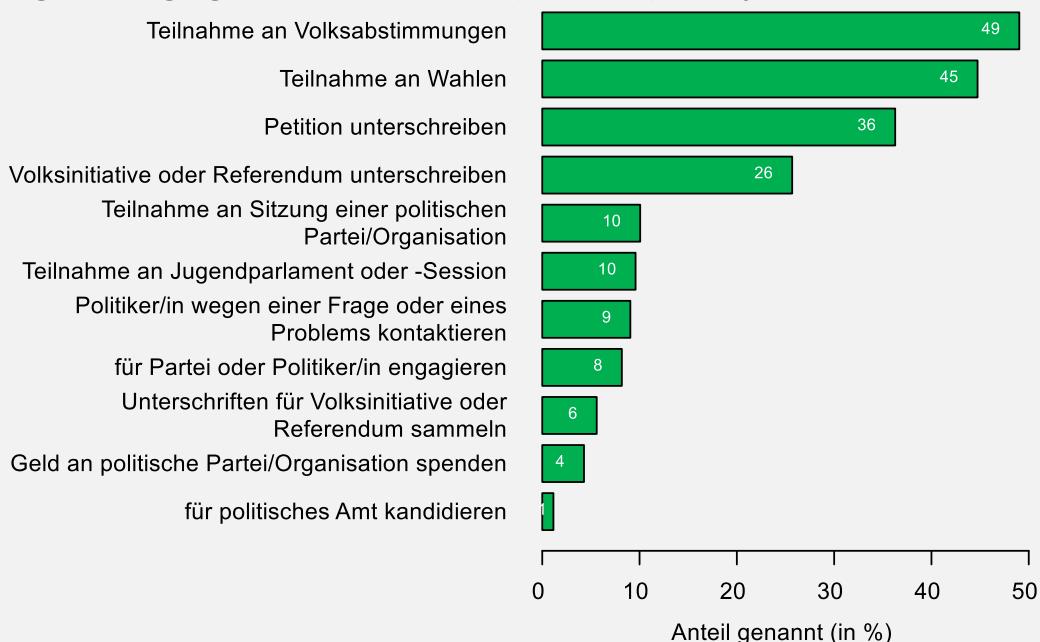
Quellen: Amtliche Kundmachungen, Regierungskanzlei, STISTAT Fachstelle für Statistik St. Gallen.

Zu den Umfragedaten: Von den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich fast die Hälfte (49 %) schon einmal an Sachabstimmungen beteiligt (Abbildung 8). Zu bedenken ist dabei, dass nicht alle Befragten in Liechtenstein stimmberechtigt sind.⁴⁸ Wenn nur jene berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt der 2G-Abstimmung hierzulande stimmberechtigt waren, so steigt dieser Teilnahmewert auf fast 80 Prozent. Ferner haben 45 Prozent der Befragten bereits an Wahlen teilgenommen. Unter den Befragten, die zum Zeitpunkt der letzten Landtagswahlen bereits wahlberechtigt waren,

⁴⁸ Aber: Auch wenn diese Jugendlichen nicht in Liechtenstein stimmberechtigt sind, können sie sich gleichwohl schon an Wahlen oder Abstimmungen anderswo beteiligt haben. Auslandschweizerinnen und -schweizer können beispielsweise an Schweizer Wahlen oder Abstimmungen teilnehmen.

steigt dieser Anteil auf 66 Prozent.⁴⁹ An Wahlen und Abstimmungen nimmt ein Gros der Jugendlichen demnach teil – vielleicht nicht immer, aber zumindest ab und an. In unserer Stichprobe ist die Teilnahme an Abstimmungen überdies vom Alter (der Stimmberechtigten)⁵⁰ abhängig. Je älter die Jugendlichen – wohlgemerkt, die ältesten Befragten sind gerade einmal 24-jährig –, desto eher haben sie bereits an Sachabstimmungen oder Wahlen teilgenommen. Das liegt aber an der Fragestellung. Gefragt wurde nicht, ob man an einer bestimmten Abstimmung oder einer bestimmten Wahl teilgenommen habe, sondern generell. Je älter, desto höher ist aber die Wahrscheinlichkeit, schon irgendwann einmal an einer Abstimmung oder Wahl partizipiert zu haben. 24-Jährige hatten schon ein halbes Dutzend Möglichkeiten abzustimmen, 18-Jährige vielleicht erst eine. Derselbe Umstand erschwert die Überprüfung der Hypothese, wonach das Elternhaus stimmdisziplinierend wirke. Denn 18-Jährige leben viel eher bei den Eltern als 24-Jährige. In unserer Stichprobe sind im Elternhaus lebende Jugendliche auf jeden Fall nicht «stimmfleissiger» als «flügge» gewordene Jugendliche (d. h., solche, die nicht mehr im Elternhaus leben).

Abbildung 8: Beteiligung an institutionalisierten (verfassten) Partizipationsformen



© Liechtenstein-Institut

Neben der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen als Klassiker politischer Partizipation hat mehr als ein Drittel der Befragten bereits mindestens eine Petition⁵¹ und rund ein Viertel eine Volksinitiative oder ein Referendum unterschrieben. Auch diese beiden, eher voraussetzungsarmen Partizipationsformen finden also Anklang. Wenig überraschend sind es vor allem politisch linksstehende Jugendli-

⁴⁹ In der österreichischen SORA-Jugendstudie (2020: 26) wird für Wahlen ein ähnlicher Wert (75 %) ausgewiesen, ebenso in der Schweizer YASS-Studie (64 %).

⁵⁰ Selbstredend wurden hier nur jene berücksichtigt, die auch stimmberechtigt sind, also 18- bis 24-Jährige.

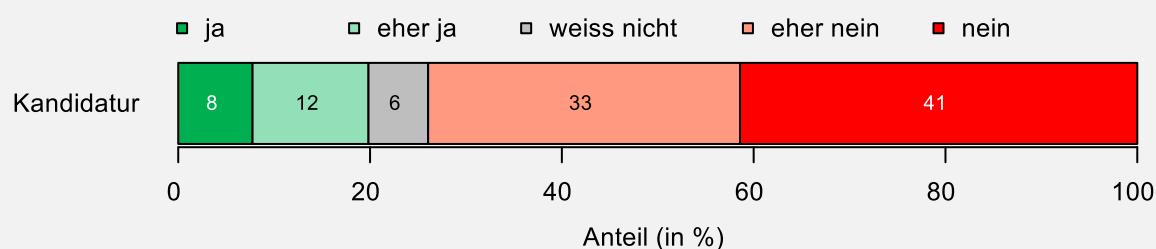
⁵¹ Es ist angesichts der hohen Zustimmungswerte kombiniert mit dem relativ seltenen Gebrauch von Petitionen in Liechtenstein davon auszugehen, dass die Teilnehmenden an der Umfrage hier nicht nur an Petitionen an den Landtag gedacht haben, sondern auch andere Formen von politischen Bittschriften.

che, die das tun. Fast zwei Drittel (63 %) der FL-Sympathisierenden haben schon eine Petition unterschrieben, knapp 40 Prozent für ein Referendum oder eine Initiative. Petitionen und teils auch Initiativen bzw. Referenden werden vornehmlich von den Oppositionsparteien lanciert.⁵²

Aktiv Unterschriften für eine Volksinitiative oder ein Referendum gesammelt haben demgegenüber bislang nur 6 Prozent der Befragten. Darüber hinaus hat etwa jede zehnte befragte Person an einer Sitzung einer politischen Partei oder Organisation oder an einem Jugendparlament oder einer Jugendsession teilgenommen.

Für ein politisches Amt kandidierte erst eine winzige Minderheit der Befragten. Das ist aufgrund des Alters auch nicht anders zu erwarten. Deshalb wurde zusätzlich gefragt, ob man sich vorstellen kann, in der Zukunft für ein politisches Amt zu kandidieren. Gewiss, bekanntlich sind Prognosen schwierig, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. Man kann aufgrund dieser Einschätzung nicht linear auf das zukünftige Potenzial an Kandidierenden schliessen. Aber ein erster Richtwert ist es immerhin. 41 Prozent schliessen eine Kandidatur kategorisch aus. Weitere 33 Prozent können sich das «eher nicht» vorstellen. 6 Prozent wissen es nicht, während 12 Prozent sich dies eher vorstellen können. 8 Prozent schliesslich können sich gut vorstellen, für ein politisches Amt zu kandidieren. Überproportional viele gehören jetzt schon der Gruppe der politisch (sehr) Aktiven an.

Abbildung 9: Zukünftige Kandidatur für ein politisches Amt vorstellbar



© Liechtenstein-Institut

5.3 Unkonventionelle Partizipationsformen

5.3.1 Kollektiv-demonstrative Partizipationsformen

Nebst konventionellen Teilhabeformen stehen den Jugendlichen aber auch unkonventionelle Partizipationsinstrumente offen. Sie werden auch genutzt. Ein Fünftel der Jugendlichen hat etwa bereits einmal an einer Veranstaltung zu einem politischen Thema teilgenommen (Abbildung 10).⁵³ An einer bewilligten Demonstration⁵⁴ haben gemäss eigenem Bekunden 15 Prozent teilgenommen. Dieser Wert verdient eine nähere Betrachtung. Denn über die Zahl der Klimademonstranten wurde immer wieder

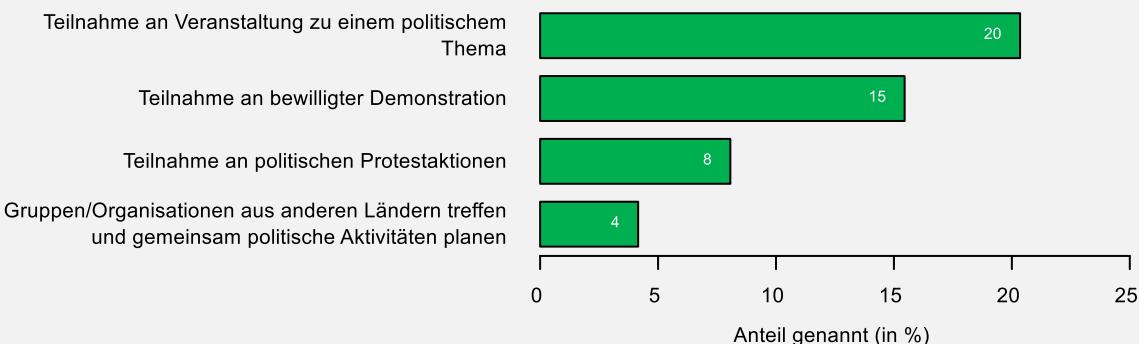
⁵² Tatsächlich haben auch DpL-Sympathisierende hohe Werte beim Unterschreiben von Initiativen und Referenden – sogar höhere als FL-Sympathisierende. Aber aufgrund der geringen Fallzahl ist diese Aussage – wiewohl plausibel – mit starker Unsicherheit behaftet.

⁵³ Hierunter fallen auch Veranstaltungen an den Schulen zur politischen Bildung. Am liechtensteinischen Gymnasium wurden in den vergangenen Jahren beispielsweise pro Schuljahr ein bis zwei solcher Veranstaltungen durchgeführt. Hierbei handelt es sich jedoch um eine jüngere Entwicklung.

⁵⁴ Eine wichtige Randnotiz: Diese Demonstrationen müssen nicht in Liechtenstein stattgefunden haben. In der Umfrage wurde nicht gefragt, ob man in Liechtenstein an einer bewilligten Demonstration teilgenommen hat, sondern ob man generell an solchen Demos teilgenommen hat. Deshalb ist es durchaus möglich (und überdies auch wahrscheinlich), dass im Ausland Studierende sich beispielsweise dort schon einmal an einer Klimademonstration beteiligt haben.

heftig diskutiert, da die Angaben von Organisatoren und Polizei oft stark voneinander abwichen.⁵⁵ Wie stark ist die Demonstrationsbewegung hierzulande?

Abbildung 10: Beteiligung an kollektiv-demonstrativen Partizipationsformen



© Liechtenstein-Institut

Zunächst ist klarzustellen, dass nicht explizit nach der Teilnahme an Klimademonstrationen gefragt wurde. Nichtsdestotrotz ist davon auszugehen, dass die von den Befragten angegebenen, bewilligten Demonstrationen vornehmlich Klimademos waren. Denn FL-Sympathisierende beteiligten sich daran mit Abstand am häufigsten (44%).⁵⁶ Zudem nannten zwei Drittel jener, die schon an Demos teilgenommen haben, den Klimawandel als Hauptproblem unserer Zeit – ein Wert, der deutlich über dem Durchschnittswert (42%) zu liegen kommt. Kurz, der Anteil der an bewilligten Demonstrationen Teilnehmenden dürfte eine gute Annäherung an die Grösse der demonstrierenden Klima-Jugendbewegung hierzulande sein. Dieser Anteil beträgt in unserer Stichprobe, wie gesagt, 15 Prozent. Nun sind 15 Prozent zwar ein beachtlicher Wert; man stelle sich eine Demonstration vor, an welcher 15 Prozent der Gesamtbevölkerung teilnimmt! Aber der Wert ist immer noch weit entfernt von 100 Prozent. Zudem liegt dieser Anteil real wohl tiefer, weil der apolitische Teil der Liechtensteiner Jugend in der Stichprobe unterrepräsentiert sein dürfte.⁵⁷ Kurz, ein Teil der Jugendlichen hat in der Tat schon mal demonstriert. Aber dieser Teil ist blass eine Minderheit aller Jugendlichen. Ignoriert man das, wird man wie bei der «Klima-Abstimmung» vom 13. Juni 2021 (Abstimmung über das CO₂-Gesetz) in der Schweiz davon überrascht,⁵⁸ dass etwa die Hälfte der Jugendlichen nicht einmal teilnahm und von den Teilnehmenden überdies eine starke Minderheit (38%) gegen das Gesetz stimmte.⁵⁹

⁵⁵ <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/tausende-beim-klima-protest-gegen-die-iaa-in-frankfurt,iaa-demonstrationen-100.html> (abgerufen am 24.5.2023).

⁵⁶ Gewiss, bei diesen Demonstrationen könnte es im Prinzip um alles Mögliche gegangen sein. Indes, es ist schwer vorstellbar, dass FL-Sympathisierende beispielsweise an einer (bewilligten) Anti-Corona-Demo oder, sagen wir einmal, einer «Rächt uf Läbe»-Demonstration teilgenommen haben. Denkbar ist doch auch, dass auf die Corona-Demo vom 8. November 2021 Bezug genommen worden ist – eine Demonstration, die von der Jungen Liste organisiert wurde und an welcher dementsprechend auch vornehmlich Sympathisierende dieser Partei teilgenommen haben dürften.

⁵⁷ In der Schweizer YASS-Studie (Mischler et al. 2022) wird beispielsweise ein Wert von 10 Prozent an Demonstrationen Teilnehmender ausgewiesen. Gewiss, mittlerweile – die YASS-Erhebung selbst wurde 2019 durchgeführt – könnte dieser Wert in der Schweiz gestiegen sein. Aber plausibler scheint, dass der Anteil an Demonstrationen Teilnehmender geringer ist als die oben ausgewiesenen 15 Prozent und näher bei den auf einer Rekrutenbefragung basierten Schweizer Werten liegt.

⁵⁸ Siehe beispielsweise: <https://www.nzz.ch/schweiz/laut-aber-wirkungslos-nach-dem-absturz-des-co2-gesetz-stehen-klima-jugendlichen-ploetzlich-als-umweltmuffel-da-zu-recht-ld.1630492?reduced=true> (abgerufen am 24.5.2023).

⁵⁹ https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2021/10/d_vox_schlussbericht_def_v5.pdf (abgerufen am 24.5.2023).

An (unbewilligten) politischen Protestaktionen haben lediglich 8 Prozent teilgenommen. Noch geringer ist der Anteil jener, die sich mit Gruppen/ Organisationen aus anderen Ländern getroffen und gemeinsam politische Aktivitäten geplant haben.

5.3.2 Individuell-expressive Partizipationsformen

Der politische Konsum ist unter Jugendlichen in Liechtenstein durchaus verbreitet (**Abbildung 11**). Rund vier von zehn Jugendlichen (39 %) haben bestimmte Produkte schon aus politischen oder ethischen Gründen boykottiert oder bewusst gekauft. Wiederum sind es vor allem FL-Sympathisierende, die das tun (75 %), während es anderswo weniger verbreitet, aber doch praktiziert wird. Pikant: Boykott oder bewusster Konsum – was wahrscheinlich oftmals mit höheren Preisen einhergeht – wird seltener (29 %) praktiziert, wenn man sein eigenes Geld verdient (Voll- oder Teilzeiterwerb). Politische Geschichten oder Artikel in sozialen Medien werden von rund einem Fünftel (19 %) gepostet oder geteilt. In eine ähnliche Kategorie fallen politische oder soziale Kommentare in sozialen Medien. 15 Prozent haben dies schon getan, während nur 4 Prozent schon einen «klassischen» Leserbrief verfasst haben.

Abbildung 11: Beteiligung an individuell-expressiven Partizipationsformen



© Liechtenstein-Institut

Neben diesen Partizipationsformen wurden auch weitere Tätigkeiten abgefragt, die im engeren Sinne nicht mehr zur politischen Partizipation gehören, aber natürlich genauso wertvoll oder hilfreich sein können wie Formen der politischen Beteiligung. So haben schon zwei Drittel im Alltag einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz geleistet (**Abbildung 11**). Oder sollte man eher sagen «erst»? Denn im Umkehrschluss bedeutet dies, dass ein Drittel gemäss eigenem Bekunden noch nie einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz geleistet hat. Vielleicht war einigen Befragten auch nicht klar, was unter einem «persönlichen Beitrag» zu verstehen ist. Tatsache ist, dass Frauen gemäss eigenen Angaben eher einen solchen Beitrag leisten (71 %) als Männer. FL-Sympathisantinnen im Speziellen sind besonders umweltbewusst (90 %). Indes, keinen persönlichen Beitrag zum Schutze der Umwelt zu leisten, ist – sonderbarerweise – nicht gleichbedeutend mit fehlendem Umweltproblermbewusstsein. Ein knappes Viertel (22 %) jener, die keinen Beitrag leisten, nannten den Umweltschutz und den Klimawandel als eines der drei drängendsten Probleme unserer Zeit. Dieser Befund irritiert ein wenig. Vielleicht

glaubte man, dass ein grösserer Einsatz oder ein grösseres Opfer nötig sei, damit es als «persönlicher Beitrag» für den Umweltschutz qualifiziert werden kann. Oder man hat bei der Frage nach den drängendsten Problemen Dinge genannt, welche die Gesellschaft (oder die Mehrheit), nicht aber man selbst als Problem wahrnimmt. Schliesslich ist es durchaus denkbar, dass man ein Problem zwar als solches anerkennt, aber schlicht nicht bereit ist, einen Beitrag dagegen zu leisten.

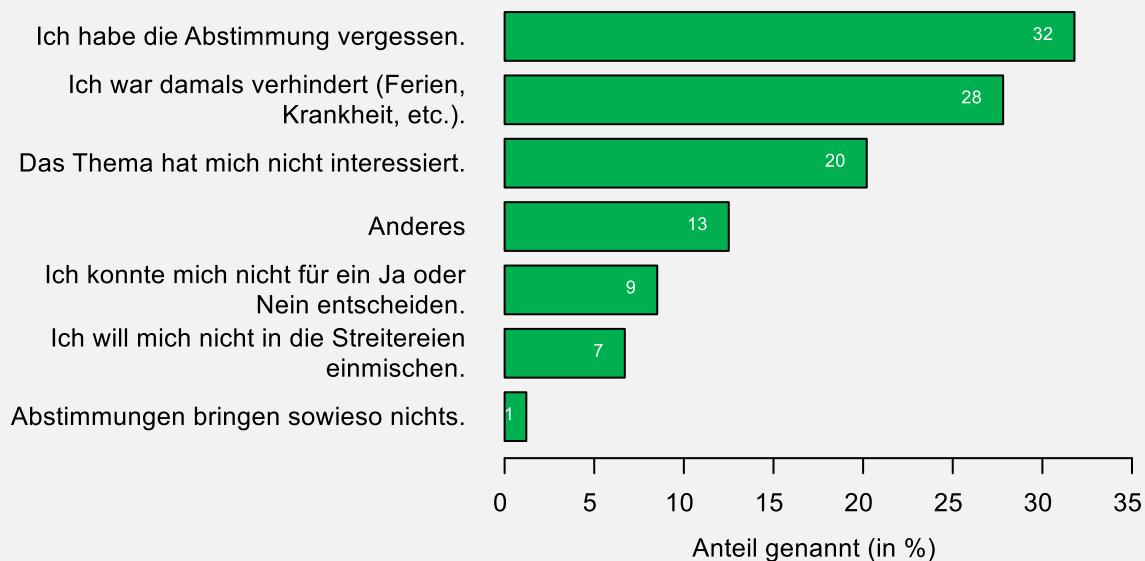
Geld an soziale, humanitäre oder wohltätige Organisationen hat rund ein Drittel (34 %) gespendet. Sich freiwillig engagiert, um anderen Menschen in der Gemeinde zu helfen, haben 17 Prozent. Gleich hoch ist der Anteil jener, die sich freiwillig in einer sozialen, humanitären oder karitativen Organisation engagiert haben.

Die Werte zeigen, dass die Jugendlichen, selbst wenn sie politisch inaktiv bleiben, durchaus am Gemeinwohl interessiert sind und vielfältige Formen der politischen, aber auch sozialen Beteiligung in Betracht ziehen.

5.4 Abstimmung vom 18. September 2022

Wie zuvor gezeigt, hat ein gewisser Anteil der Befragten noch nicht an Volksabstimmungen teilgenommen. Den Motiven für diese Nicht-Teilnahme wurde in der vorliegenden Umfrage mit zwei Anschlussfragen nachgegangen, wobei die jüngste Volksabstimmung vor dem Umfragestart im Zentrum stand. Dazu wurde zunächst gefragt, ob man an der Abstimmung über das 2G-Gesetz am 18. September 2022 teilgenommen hat. 36 Prozent haben diese Frage bejaht, während rund ein Viertel nicht teilgenommen hatte und etwas mehr als ein Drittel (noch) nicht stimmberechtigt war. Diejenigen, die nicht teilgenommen hatten, wurden daran anschliessend nach ihren Gründen für die Nicht-Teilnahme gefragt.

Ein Drittel gab an, dass sie die Abstimmung schlicht vergessen hatten, während 28 Prozent verhindert waren, beispielsweise wegen Ferien oder Krankheit (**Abbildung 12**). Beide Motive haben nicht direkt mit dem Abstimmungsgegenstand als solchem zu tun. Indes gab jede fünfte nichtteilnehmende Person an, dass sie sich nicht für das Thema interessierte. Zudem konnte sich eine Minderheit von 9 Prozent nicht für ein Ja oder ein Nein entscheiden. Die Ansichten, dass Abstimmungen sowieso nichts bringen, wird indessen von fast keinen Umfrageteilnehmenden geteilt. Letzteres ist im Hinblick auf die Nutzung direktdemokratischer Instrumente aufschlussreich: Längst nicht alle nehmen diese direktdemokratischen Instrumente wahr. Aber kaum jemand verweigert sich aus Fundamentalopposition gegen diese Instrumente («Abstimmungen bringen eh nichts»).

Abbildung 12: Gründe für Nicht-Teilnahme an 2G-Abstimmung vom 18. September 2022

© Liechtenstein-Institut

5.5 Partizipationstypen

Eine Aussage, die man in Bezug auf die Jugendpartizipation oft hört, ist, dass sich Jugendliche mehr und mehr von den klassischen Partizipationsformen abwenden und stattdessen neuen, weniger «verstaubten» Partizipationsformen zuwenden. Wahlen und Abstimmungen wären ohnehin manipuliert oder würden jene radikalen Änderungen, die zwingend nötig sind, nicht hervorbringen. Die etablierten Parteien wiederum würden nur für ihre eigene, meist ältere Klientel Politik machen und generell seien die klassischen politischen Einflusskanäle «vermachtet». Ergo seien neue, möglicherweise auch disruptive (Mit-)Bestimmungsmöglichkeiten zu nutzen. So (angeblich) denke die Jugend, wird bisweilen kolportiert.⁶⁰ Stimmt das?

Zur Beantwortung dieser Frage wurde auf der Basis von 17 (kategorialen)⁶¹ Partizipationsitems eine sogenannte Latent Class Analysis (LCA) durchgeführt. Die Latent Class Analysis dient der Klassifikation von Individuen in gleichgeartete Subgruppen (oder Klassen). Das heisst auf unsere konkrete Fragestellung bezogen: Die Befragten werden aufgrund von Ähnlichkeiten bezüglich Partizipationsaktivitäten in Gruppen mit ähnlichen Partizipationsmustern aufgeteilt. Weil zwei der analysierten Partizipationsmöglichkeiten – namentlich die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen – aus naheliegenden Gründen nur Wahl- bzw. Stimmberechtigten offenstehen, wurde die Analyse für in Liechtenstein Stimmberchtigte und in Liechtenstein Nicht-Stimmberchtigte gesondert durchgeführt. Generell ist zu solchen Klassifikationsverfahren zu sagen, dass sie probabilistisch sind und damit Subgruppen schaffen, deren Mitglieder sich ähnlich, aber nicht identisch sind. Mit anderen Worten: Diese Subpopulationen, die im Anschluss vorzustellen sind, bestehen nicht aus perfekten «statistischen Zwillingen», die alle dasselbe tun, sondern aus Individuen, die sich in ihrem Partizipationsverhalten ähnlich sind.

⁶⁰ Swissinfo (<https://www.swissinfo.ch/ger/politik/der-schweizer-klimajugend-ist-die-demokratie-zu-langsam/46055740>) schrieb beispielsweise: «Die Schweiz verfügt zwar wie kaum ein anderes Land über eine volle Toolbox an demokratischen Instrumenten, die Bürgerinnen und Bürgern die Partizipation und das politische Agenda Setting ermöglichen. Doch die Jungen gehen ihren eigenen Weg, und greifen nur in Ausnahmefällen in die Werkzeugkiste.»

⁶¹ Voraussetzung für eine LCA ist, dass die involvierten Variablen nominales oder ordinale Skalenniveau aufweisen. Das Pendant einer LCA-Analyse für kontinuierliche Variablen ist die konfirmatorische oder explorative Faktorenanalyse.

5.5.1 In Liechtenstein wahlberechtigte Jugendliche

Drei Partizipationsgruppen⁶² können zunächst unter den wahlberechtigten Jugendlichen unterschieden werden.⁶³ Die erste und zahlenmäßig weitaus grösste Gruppe engagiert sich politisch dann, wenn sie – hauptsächlich in Wahlen (58 %) und Abstimmungen (74 %) – dazu aufgefordert wird (**Abbildung 13**). Das gratis zugeschickte Stimmmaterial ist eine Art schriftliche Aufforderung zur politischen Teilnahme. Dann und wann wird auch eine Petition (21 %) oder Volksinitiative (22 %) unterzeichnet – wahrscheinlich dann, wenn man explizit (z. B. auf der Strasse) nach der eigenen Unterschrift gefragt wird. Einige konsumieren auch bewusst (27 %), aber viele nicht. Abgesehen von den genannten Partizipationsformen hält man sich vom politischen Leben weitestgehend fern. Weitere Merkmale dieser Gruppe sind ein geringes Interesse an Politik⁶⁴, politische Ungebundenheit⁶⁵ und geringe Involvierung in politischen Diskussionen⁶⁶ (**Abbildung 14**). Diese Gruppe macht rund 60 Prozent der stimmberechtigten 16- bis 24-Jährigen aus. Um die Diskussion zu vereinfachen, wollen wir sie fortan «Tarnkappen-Demokraten» nennen. Denn sie weisen viele Eigenschaften der «Stealth Democrats» («Tarnkappen-Demokraten») auf, ein vielbeachtetes demokratietheoretisches Konzept, das von Hibbing und Theiss-Morse (2002) eingeführt wurde. In einer Tarnkappen-Demokratie fliegt der Grossteil der Bevölkerung politisch gewissermassen unsichtbar für den Radar, steht anders ausgedrückt politisch auf Stand-by, wird aber bei für sie wichtige Themen politisch aktiv bzw. kann hierzu mobilisiert werden.

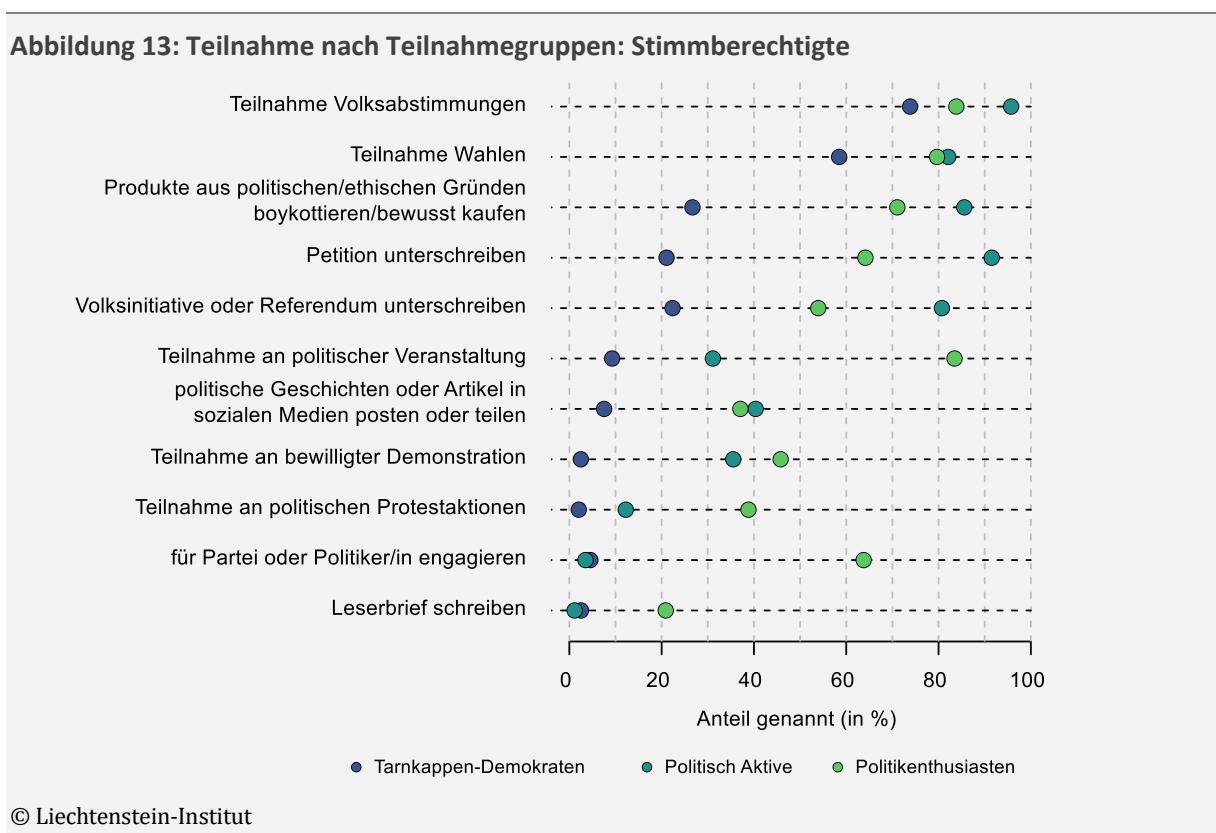
⁶² Wie wird die Anzahl der Gruppen identifiziert? Zu diesem Zweck wurden verschiedene LCA-Modelle mit varierender Anzahl latenter Gruppen geschätzt. In einem ersten Schritt war das Ergebnis des Likelihood-Ratio-Tests (Vergleich zwischen den spezifizierten und einem saturierten Modell) ausschlaggebend. Gewisse Schätzmodelle hatten eine geringe Modellgüte (die Nullhypothese konnte statistisch nicht zurückgewiesen werden) und fielen allein deswegen durch. Bei Modellen, die eine hohe Modellgüte hatten, wurde der BIC-Wert (Informationskriterium) verglichen. Je tiefer dieser Wert, desto besser das Modell. Diesen Kriterien gemäss bieten sich für Wahlberechtigte drei Klassen (bzw. Gruppen) an, während sich für Nicht-Wahlberechtigte nur zwei Gruppen anbieten.

⁶³ In der CH@YOPART-Studie (Rothenbühler et al. 2012) werden insgesamt sechs Typen unterschieden. Allerdings geht nirgendwo hervor, wie gross diese Gruppen sind. Einige Gruppen müssen aber zahlenmäßig sehr klein sein. Ein Beispiel: Nur etwas knapp über 1 Prozent aller Jugendlichen hat zwar an legalen Demonstrationen teilgenommen, aber noch nie an einer Abstimmung. Aufgrund dieser Werte ist es unserer Ansicht nach fraglich, ob man hier überhaupt von einer Gruppe sprechen kann.

⁶⁴ Die häufigste Antwort (45 %) auf die Frage nach dem politischen Interesse ist «eher nicht interessiert».

⁶⁵ In dieser Gruppe bilden solche ohne Parteibindung die mit Abstand grösste Subgruppe (51 %).

⁶⁶ Auf die Frage hin, ob im Elternhaus politische Diskussionen geführt werden, gab eine Mehrheit (60 %) die Antwort «gelegentlich». Als Vergleich: Bei den Politikenthusiasten gaben zwei Drittel die Antwort «häufig».

Abbildung 13: Teilnahme nach Teilnahmegruppen: Stimmberechtigte

© Liechtenstein-Institut

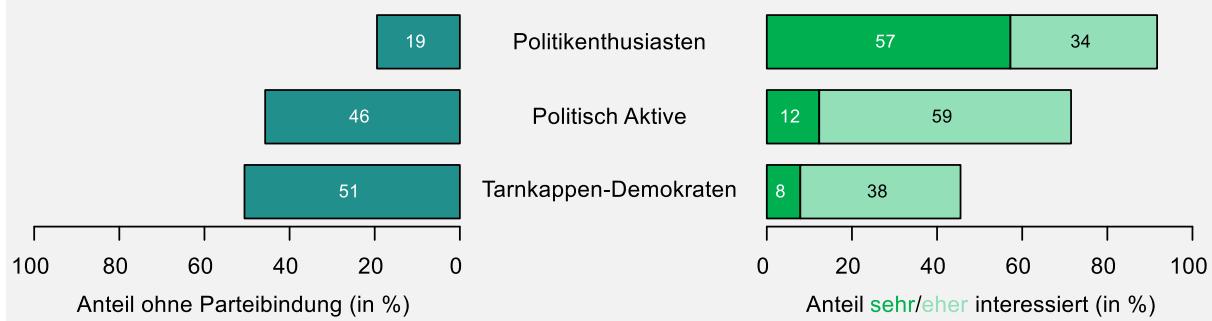
Eine zweite Gruppe nimmt regelmässig und beinahe in corpore an Wahlen und Abstimmungen teil: Fast alle aus dieser Gruppe haben sich gemäss eigenen Angaben schon einmal an einer Sachabstimmung beteiligt (96 %) und an einer Wahl teilgenommen (82 %) (**Abbildung 13**). Diese Werte sind mutmasslich überhöht. Aus der Partizipationsforschung ist hinlänglich bekannt, dass in Umfragen lieber eine Teilnahme zu viel als zu wenig angegeben wird. Aber festhalten lässt sich, dass diese Gruppe die Möglichkeit, sich in Wahlen und Abstimmungen zu äussern, in der Regel wahrnimmt.

Petitionen und Volksinitiativen werden ebenfalls regelmässig unterzeichnet (81 bzw. 92 %). Zudem ist der politische Konsum weit verbreitet (86 %) und man ist – im Gegensatz zu den Tarnkappen-Demokraten – auch im Internet politisch aktiv. Man liked und postet politische Inhalte – längst nicht immer, aber ab und an.⁶⁷ Politisches Interesse ist vorhanden⁶⁸ und – nebst politischer Ungebundenheit (46 %) (**Abbildung 14**) – vor allem eine Affinität zur FL (35 %). Diese Gruppe macht rund einen Viertel (27 %) der stimmberechtigten Jugendlichen aus. Der Vereinfachung halber soll diese Gruppe schlicht die «politisch Aktiven» genannt werden.

⁶⁷ Der Anteil jener, die Geschichten oder Beiträge in sozialen Medien posten oder teilen, beträgt 40 Prozent, jener, der in sozialen Medien Kommentare verfasst, 19 Prozent.

⁶⁸ Die häufigste Antwort (59 %) auf die Frage nach dem politischen Interesse ist «eher interessiert».

Abbildung 14: Teilnahmegruppen (Stimmberechtigte) nach politischem Interesse und Parteibindung



© Liechtenstein-Institut

Die dritte und kleinste Gruppe sind die «Politikenthusiasten»: Sie leben fast schon für die Politik. Sie engagieren sich in einer Partei (64 %), nehmen an bewilligten Demonstrationen (46 %) wie auch an (unbewilligten) politischen Protestaktionen teil (39 %), unterschreiben Petitionen (64 %), posten und liken politische Inhalte im Netz (38 %), kaufen bewusst ein (71 %), besuchen politische Veranstaltungen (83 %) und schreiben manchmal auch Leserbriefe (21 %) (Abbildung 13). Aber: Auch konventionelle Partizipationsformen werden wahrgenommen: Die meisten Politikenthusiasten gehen zur Urne, um abzustimmen (84 %) oder zu wählen (80 %). Politisch sind sie überdies hoch interessiert.⁶⁹ Sie stellen den idealtypischen «homo politicus» dar. Die meisten haben bereits eine Parteidennität: Häufig ist die FL die Identifikationspartei, aber auch VU und FBP sind schon relativ stark vertreten. Die Politikenthusiasten müssen nicht mehr zur politischen Teilnahme aufgefordert oder speziell mobilisiert werden. Sie sind bereits hochaktiv. Eher besteht hier die Gefahr, dass die mutmasslich riesigen Erwartungen in die Politik später allenfalls enttäuscht werden und sich einige als Konsequenz davon aus dem politischen Leben verabschieden. Die Politikenthusiasten machen 12 Prozent der stimmberechtigten Jugendlichen in der Stichprobe aus. Ihr realer Anteil dürfte indessen geringer sein, denn Politikenthusiasten dürften an dieser Umfrage beinahe vollzählig teilgenommen haben.

Interessant ist, dass die Politikenthusiasten nicht bei allen Partizipationsformen der «Klassenprimus» sind. Sie dominieren zwar geradezu die «high cost»-Formen der politischen Teilnahme (Engagement in einer Partei oder für Politikerinnen und Politiker, Teilnahme an Jugendsessionen, Kandidatur für politisches Amt etc.): Die politisch Aktiven und mehr noch die Tarnkappen-Demokraten meiden diese Formen der politischen Partizipation meist. Aber bei den «low cost»-Formen werden die Politikenthusiasten bisweilen von den politisch Aktiven überflügelt (Abbildung 13). Letztere beteiligen sich beispielsweise gemäss eigenen Angaben etwas häufiger an Wahlen und Abstimmungen. Diese Angaben sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Denn bei der Frage, ob man konkret an der Abstimmung vom 18. September 2022 teilgenommen hat, schwangen die Politikenthusiasten oben aus: Ihre (gewichtete) Beteiligungsquote war deutlich höher (82 %) als jene der politisch Aktiven (68 %).

Grösser sind die Unterschiede beim Unterschreiben von Petitionen und Volksinitiativen: Die Gruppe der Aktiven tut dies merklich öfter (81 bzw. 92 %) als die Politikenthusiasten (54 bzw. 64 %). Dies liegt hauptsächlich an den mit den Grossparteien Sympathisierenden in der Gruppe der Politikenthusiasten, welche diese Formen der Partizipation viel seltener nutzen als dieselben Sympathisierenden in der Gruppe der politisch Aktiven. Der empirische Befund deutet allerdings klar darauf hin, dass

⁶⁹ Die häufigste Antwort (57 %) auf die Frage nach dem politischen Interesse ist «sehr interessiert».

dies nichts mit einer Entfremdung von den klassischen Partizipationsformen zu tun hat, sondern politisch begründet ist.⁷⁰

5.5.2 In Liechtenstein nicht-wahlberechtigte Jugendliche

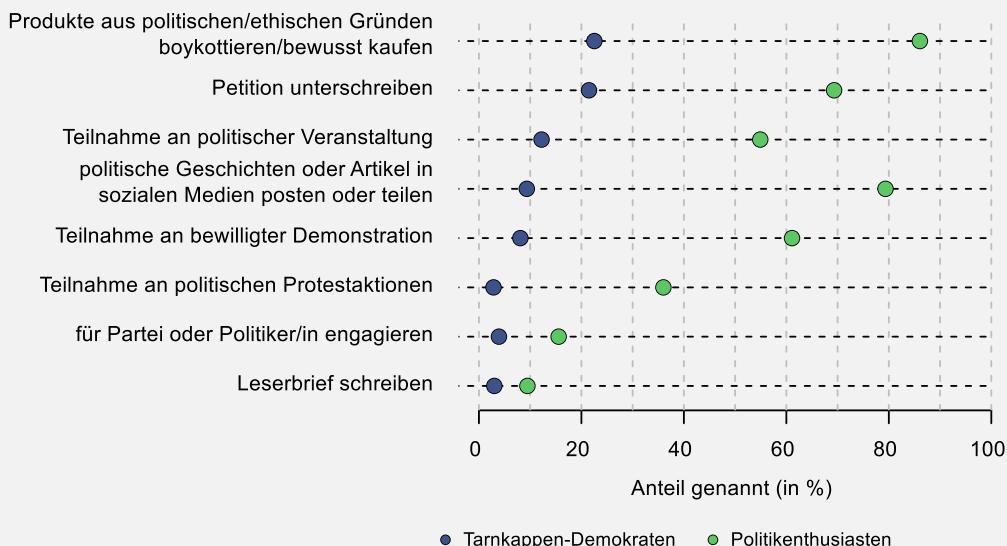
Nicht alle Befragten sind in Liechtenstein wahlberechtigt. Entweder weil sie das Stimmrechtsalter zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht erreicht hatten (16- und 17-Jährige) oder weil sie die Liechtensteiner Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Diese Befragten können demnach hierzulande⁷¹ auch (noch) nicht an Wahlen oder Abstimmungen teilgenommen haben. Bei unter 18-Jährigen ist auch die Kandidatur für ein politisches Amt auszuschliessen. Deshalb wurden diese drei Partizipationsformen in der nachfolgenden LCA-Modellschätzung ausgeschlossen. Die angepasste Schätzung für Nicht-Wahlberechtigte legt zwei Gruppen nahe:

Eine erste Gruppe ist das Äquivalent zu den Tarnkappen-Demokraten unter den Stimmberechtigten: Sie engagieren sich politisch, wenn sie dazu aufgefordert werden und/oder die Teilnahme wenig kostet. Die günstigste Form der politischen Partizipation, zu welcher man überdies auch noch institutionell aufgefordert wird, ist die Wahl- oder Abstimmungsteilnahme. Sie fällt bei den Nicht-Wahlberechtigten aber aus offensichtlichen Gründen weg. Also verbleiben noch das Unterschreiben von Petitionen und der individuelle politische Kaufentscheid (**Abbildung 15**). Und auch diese Beteiligungsformen sind in dieser Gruppe nicht allzu stark verbreitet. Kurz, man nimmt am politischen Leben kaum teil. Diese Gruppe macht rund 85 % der nicht-wahlberechtigten Jugendlichen aus.

Die zweite Gruppe bildet das Äquivalent zu den zuvor beschriebenen Politikenthusiasten: Sie nehmen so gut wie alle politischen Mitbestimmungsinstrumente wahr – natürlich in variierendem Ausmass. Petitionen werden viel öfter unterschrieben, als dass aktive Arbeit in einer Partei geleistet wird. Aber alle Mitbestimmungsmöglichkeiten werden zumindest teilweise genutzt. Viele praktizieren überdies Einflussnahme durch politischen Konsum, wobei gerade in diesem Alter (16–17 Jahre) nicht klar ist, wer genau die finanzielle Last für diesen bewussten Konsum trägt.

⁷⁰ Petitionen und Volksinitiativen sind Instrumente, die üblicherweise von politischen Aussenseitergruppen verwendet werden, um ein Thema auf die Agenda zu bringen, welches von den etablierten Akteuren nicht als prioritär erachtet wird. Darum lancieren Regierungsparteien beispielsweise selten einmal eine Volksinitiative (und noch seltener eine Petition). Denn diese Parteien bilden ja die Mehrheit in Regierung und Parlament. Sie haben deshalb andere, effektivere Möglichkeiten und Instrumentarien, politische Vorstöße einzubringen. Aus demselben Grund unterschreiben umgekehrt Sympathisierende von Oppositionsparteien Petitionen und Volksinitiativen auch öfter als Sympathisierende von Regierungsparteien. Tatsächlich unterschreiben FL-Sympathisierende – also Sympathisierende einer Oppositionspartei – Petitionen und Volksinitiativen sehr fleissig (rund 90 %). Überdies: Dies gilt sowohl für FL-Sympathisierende unter den «politisch Aktiven» wie auch unter den «Politikenthusiasten». Hingegen gibt es massive Unterschiede zwischen den FBP- und VU-Sympathisierenden in den beiden Partizipationsgruppen. Die «politisch aktiven» Sympathisierenden der beiden Grossparteien unterschreiben meist, die Politikenthusiasten selten. Zu vermuten ist, dass die in die klassische Parteipolitik deutlich stärker eingebundenen, oft auch etwas älteren Politikenthusiasten diese Unterschriftenaktionen stärker als «Oppositionsinstrument» wahrnehmen als die noch kaum parteipolitisch eingebundenen «Aktiven».

⁷¹ Unter Umständen – je nach Staatszugehörigkeit – können Ausländerinnen und Ausländer aber im Ausland wählen und/oder abstimmen. Tatsächlich haben einige Jugendliche ohne Liechtensteiner Pass angegeben, schon einmal gewählt oder abgestimmt zu haben. Vor allem Letzteres (Teilnahme an Sachabstimmungen) deutet darauf hin, dass es primär Auslandschweizer Jugendliche sind. Gleichwohl haben wir zu Analysezwecken diese Auslandschweizerinnen und -schweizer zur Gruppe der hierzulande Nicht-Wahlberechtigten hinzugezählt. Weiter liegt das Wahlrechtsalter in Österreich bei 16 Jahren. Österreichische Jugendliche mit Wohnsitz Liechtenstein können demnach bereits ab 16 Jahren an Wahlen teilgenommen haben.

Abbildung 15: Teilnahme nach Teilnahmegruppen: Nicht-Stimmberrechtigte

© Liechtenstein-Institut

Schliesslich ist anzufügen, dass es noch eine weitere, in der vorhergehenden Analyse nicht identifizierte Gruppe gibt, und zwar sowohl unter den Wahlberechtigten wie auch unter den Nicht-Wahlberechtigten: Die politisch Apathischen. Das heisst, Jugendliche, die überhaupt nichts mit Politik am Hut haben. In der Stichprobe gaben 3 Prozent der stimmberchtigten⁷² Jugendlichen an, keine einzige der politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten genutzt zu haben. Das bedeutet nicht, dass sich diese Jugendlichen auch sozial nicht engagieren. Viele von ihnen tun dies (z. B. Hilfe für andere Menschen in der Gemeinde). Aber sie sind im engeren Wortsinn nicht politisch aktiv. Diese Gruppe der politisch Desinteressierten ist real (höchstwahrscheinlich) grösser als die zuvor angegebenen 3 Prozent. Denn viele der politisch Apathischen haben an der Umfrage wohl nicht teilgenommen. Wie gross diese Gruppe ist, kann nicht genau errechnet werden. Wenn die politische Partizipationsbereitschaft als Kontinuum aufgefasst werden darf und – wie viele andere Merkmale – normal verteilt ist, dann kann vermutet werden, dass die Gruppe in etwa gleich gross ist wie das andere Extrem, die «Politikenthusiasten». Diese Vermutung wird etwa dadurch genährt, dass aus unverzerrten Schweizer Registerdaten hervorgeht, dass der Anteil derjenigen, die nie an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, etwa gleich gross ist wie jener der immer oder fast immer Teilnehmenden (Milic 2023). Auf jeden Fall darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass es politisch völlig Desinteressierte gibt, die zur politischen Beteiligung – und in gewisser Weise gehört diese Befragung auch dazu – kaum motiviert werden können.

⁷² Unter den nicht-stimmberchtigten Jugendlichen ist dieser Anteil viel höher: Er beträgt 31 Prozent. Aber weil Nicht-Stimmberchtigte die Low-Cost-Partizipationsformen in der Regel noch nicht offenstehen, ist dieser Wert, der totale Politikabstinenz ausdrückt, wohl wiederum deutlich zu hoch. Es ist davon auszugehen, dass sich ein erheblicher Teil dieser Jugendlichen dann doch zumindest an Wahlen und Abstimmungen (dann und wann) beteiligen wird, sobald sie das Wahlrechtsalter erreicht haben.

5.6 Zusammenfassung

Die Analyse der Beteiligungsmuster in Liechtenstein zeigt, dass es den Typus von Jugendlichen, die sich von den klassischen Partizipationsformen in Frustration ob ihrer Wirkungslosigkeit abgewendet und stattdessen neuen Formen zugewendet haben, kaum gibt. Empirische Indizien für eine nennenswerte «Umorientierung bei der Auswahl der Organisationsformen des Engagements» (Hurrelmann et al. 2004: 44) gibt es hierzulande keine. Es gibt kaum Jugendliche, die sich auf eine bestimmte Beteiligungsform spezialisiert haben. Beteiligung unter den Jugendlichen ist ganz selten eine Frage des Wie, sondern des Wieviel. Wer politisch hoch involviert ist, nutzt meist alle Beteiligungsmöglichkeiten – allen voran die klassischen, institutionellen Instrumente Wählen und Abstimmen (vgl. dazu Nef et al. 2022). Wer geringes politisches Interesse hat, nimmt bisweilen an Wahlen und Abstimmungen teil, bleibt sonst aber politisch abstinent. Und wer kein Interesse hat, nutzt überhaupt keine Partizipationsformen. Es ist kaum je der Fall, dass man der Wahl- oder Abstimmungsurne bewusst fernbleibt und stattdessen unkonventionelle Beteiligungsformen praktiziert. Dazu passt auch, dass politisch Hochaktive in der Mehrheit eine klare Parteiidentifikation haben, sich also innerhalb des etablierten Parteienbezugssystems verorten können und eben nicht, wie zuweilen argumentiert wird, «jenseits von links und rechts» stehen.

Das Vertrauen in die klassischen Partizipationsinstrumente ist bei den Jugendlichen also noch vorhanden. Und es sind gerade die politisch hoch Involvierten unter ihnen, die so gut wie keinen Urnengang auslassen. Das Bild des hoch politisierten jungen Menschen, der die «alte» Politik des Wählers, der Parteiarbeit und des Abstimmens für nutzlos hält und neue Formen sucht, ist zumindest in Liechtenstein unzutreffend. Auf jeden Fall ist es kein Massenphänomen, sondern im besten Fall eine Randerscheinung.

Weiter machen die Tarnkappen-Demokraten, die sich politisch gelegentlich beteiligen – insbesondere dann, wenn sie direkt hierzu aufgefordert werden –, die klare Mehrheit der Jugendlichen aus. Die politisch Aktiven sind schon geringer an der Zahl, während die Politikenthusiasten eine kleine Minderheit sind. Zuletzt gibt es die vollständig Abstinenten, also jene, die mit Politik rein gar nichts zu tun haben wollen. Ihren Anteil zu schätzen, ist schwierig, aber es ist zumindest nicht unplausibel, dass ihr Anteil etwa so hoch ist wie jener ihres «Gegenpols», der Politikenthusiasten.

6 GRÜNDE FÜR POLITISCHES ENGAGEMENT UND ABSTINENZ

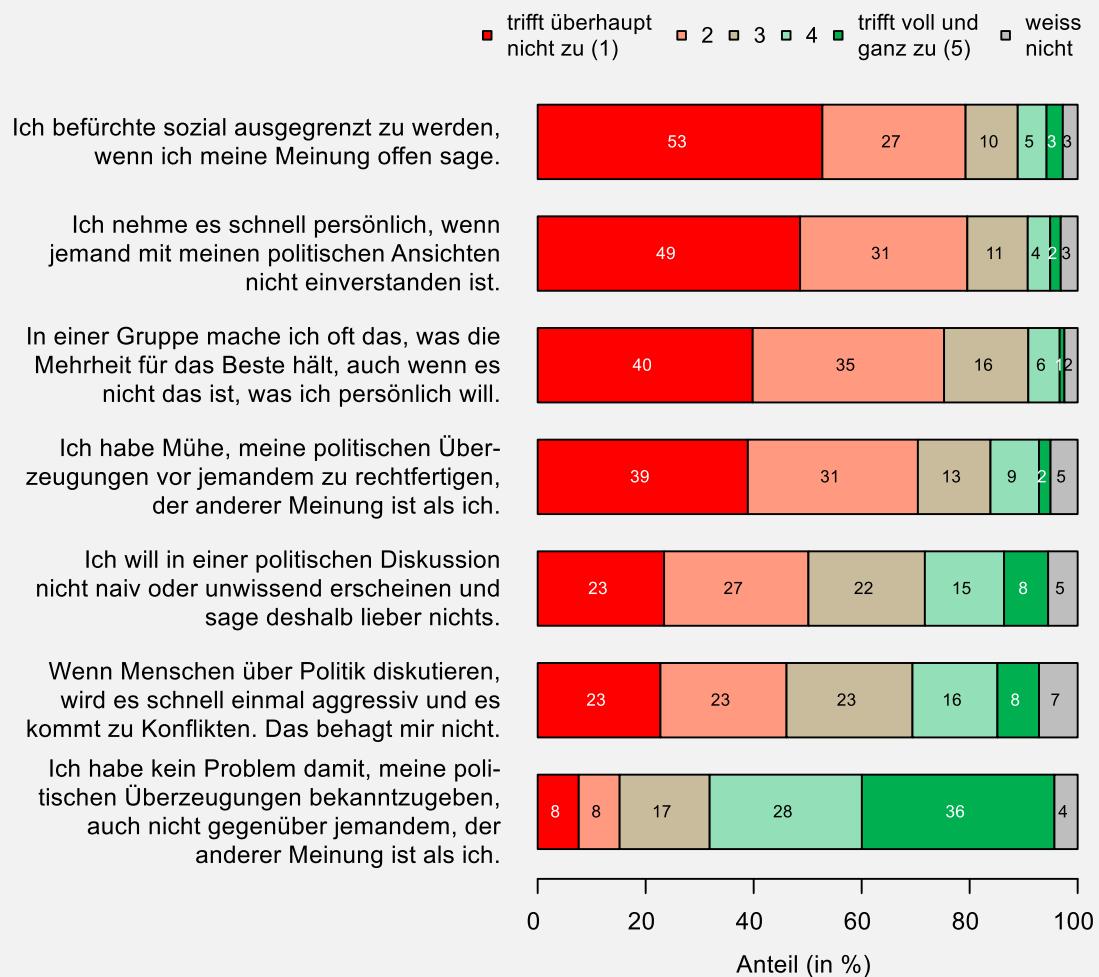
Manche Menschen engagieren sich mit Lust und Elan in der Politik, andere finden hierzu nie einen Zugang. Die Gründe dafür sind, wie so häufig, wenn es um menschliches Verhalten geht, mannigfaltig. Das Elternhaus, das berufliche Umfeld, die Erfahrungen in der Schule, die materiellen Interessen, die soziale Position, aber auch individuelle psychologische Eigenschaften, mithin das «Wesen» eines Menschen – all dies sind Faktoren, welche politisches Engagement begünstigen oder eben verhindern. Sie genau zu eruieren, würde die detaillierte Kenntnis individueller Biografien voraussetzen. Also beispielsweise, wie das einzelne Individuum aufwuchs. In einem Elternhaus, in dem oft gemeinsam über Politik gesprochen wird und allen, auch den Kindern, die Möglichkeit gegeben wird, sich frei zu äußern, selbst dann, wenn diese Meinung womöglich der herrschenden widerspricht? Oder in einem Haushalt, in welchem – aus welchen Gründen auch immer – Politik nie Thema war und eher als eine Art Naturgewalt, die man ohnehin nicht zu beeinflussen vermag, schicksalhaft hingenommen wird? Diese beiden Beispiele fragen tangieren bloss einen von vielen, für das politische Engagement relevanten Aspekten einer Biografie. Allen nachzugehen, ist ein herkulisches Unterfangen und würde viel detailliertere und zeitlich weit zurückreichende Daten voraussetzen.

Aber politisches Engagement, welches über die stumme Teilhabe an Wahlen und Abstimmungen hinausgeht, bedingt vor allem eines: Man muss über Politik reden können und wollen. Man muss sich das «zutrauen» und sich beim politischen Engagement sowie der Auseinandersetzung über politische Fragen wohl fühlen. Man muss überdies auch «einsticken» können, denn über Politik reden heißt meistens, mit anderen darüber zu reden. Diese anderen können indessen Widerrede leisten. Gewiss, in einem ideologisch homogenen Kommunikationsnetzwerk, einer «Blase», geschieht dies kaum. Aber sobald man diese «Blase» verlässt, wird man wahrscheinlich mit Gegenargumenten konfrontiert. Was uns im ersten Abschnitt dieses Kapitels primär interessiert, ist, wer nicht will, nicht kann, sich das nicht zutraut oder an solchen Diskussionen gar nicht oder nur schweigend teilnimmt.

Im zweiten Teil des vorliegenden Kapitels beschäftigen wir uns mit den generellen Motiven, sich politisch zu engagieren. Auch hier bildet das Nicht-Engagement den Ausgangspunkt der Überlegungen: Warum nehmen gewisse Menschen nicht teil an politischen Entscheidungsprozessen, die ihnen grundsätzlich offenstehen? Brady et al. (1995: 271) gaben darauf die folgende, zigfach zitierte Antwort: «Because they can't, because they don't want to; or because nobody asked.» Mit anderen Worten: Es fehlen entweder die Ressourcen (gleich welcher Art), die (intrinsische) Motivation oder ein engagiertes Umfeld. Aber woran mangelt es am ehesten und im Umkehrschluss: Was motiviert die Jugendlichen in Liechtenstein am stärksten zur politischen Teilnahme? Davon handelt der Abschnitt 6.2.

6.1 Aussagen über politische Diskussionen

Anspruchsvolle politische Teilhabe ist immer auch ein Mitreden über Politik. Längst nicht alle tun dies. Warum? Die wichtigsten Hemmgründe, an politischen Diskussionen teilzunehmen, wurden anhand von sieben Fragen («Items») erhoben. Diesen Aussagen konnte man beipflichten, wenn sie auf die eigene Person zutrafen, oder ihnen widersprechen, wenn man der Meinung war, sie treffen nicht auf die eigene Person zu.

Abbildung 16: Aussagen zu politischen Diskussionen (n=972)

© Liechtenstein-Institut

Zunächst ist Erfreuliches festzuhalten: Eine Mehrheit der Jugendlichen bekundet wenig oder keinerlei Mühen, sich politisch einzubringen. Soziale Ausgrenzung fürchten nur die wenigsten, wenn sie ihre Meinung offen kundtun. Eine Ausnahme bilden lediglich Jugendliche, die mit der FL sympathisieren. Zwar hat eine Mehrheit (70 %) von ihnen auch keine Bedenken hinsichtlich sozialer Ausgrenzung, aber 16 Prozent scheuen sich offenbar davor, ihre politische Haltung offen kundzutun. Dieser Anteil beträgt beim Rest nur 8 Prozent. Womit dies zu tun hat, ist unklar. Gewiss, wer eine Mehrheitsmeinung vertritt, läuft von vornherein kaum Gefahr, sozial ausgegrenzt zu werden. Die FL ist hierzulande aber parteipolitisch in der Minderheit. Also – so liesse sich argumentieren – sind FL-Sympathisierende in einer Diskussion viel öfter in der Minderheitsposition als VU- oder FBP-Sympathisierende. Und daher die verbreitetere Befürchtung unter FL-Sympathisierenden, sozial ausgegrenzt zu werden. Dagegen lässt sich indessen einwenden, dass Jugendliche oft unter ihresgleichen diskutieren. Unter den Jugendlichen ist die FL aber keine kleine Oppositionspartei, sondern hat eher den Rang einer «Grosspartei» (vgl. Abschnitt 7.1). Insofern müssten jugendliche FL-Sympathisierende in Diskussionen unter ihresgleichen relativ oft auf Gleichgesinnte treffen. Soziale Ausgrenzung sollte da kaum drohen.

Die wenigsten Jugendlichen (6 %) nehmen es zudem schnell persönlich, wenn jemand anderer politischer Meinung ist. Auch hier sind es die FL-Sympathisierenden, die ein wenig aus dem Rahmen fallen. Sie nehmen andere politischen Sichtweisen gemäss eigenem Bekunden etwas rascher persönlich als der Rest.⁷³ Überdies nehmen Frauen gemäss eigenen Aussagen politischen Widerspruch persönlicher als Männer.

Die wenigsten Jugendlichen (7 %) folgen in einer Gruppe auch dann der Mehrheitsmeinung, wenn sie selbst damit nicht einverstanden sind. Es ist schwer abzuschätzen, ob dies faktisch auch zutrifft oder ob es sich vielfach um ein etwas heroisches Selbstbild handelt, dem man gerne entsprechen möchte. Zur Befolgung von sozialen (Mehrheits-)Normen und der *peer pressure* etc. gibt es nämlich zahlreiche, teils höchst bekannte Studien (z. B. Asch 1951, 1956). Sie zeichnen ein anderes Bild: Menschen folgen oft einer Mehrheitsmeinung, und zwar selbst dann, wenn sie Zweifel an dieser majoritären Haltung haben. Gewiss, sozialer Konformitätsdruck entsteht ohnehin erst dann, wenn die eigene Haltung und jene, die man in der Mehrheit wahrnimmt, divergieren. In der Regel werden dominante soziale Gruppennormen aber früh im Leben internalisiert, sodass diese Dissonanz, von der oben die Rede war, sich gar nicht erst materialisiert. Kurzum, Gruppenmitglieder teilen oftmals dieselben Haltungen und Werte. Möglicherweise kommt es hierzulande selten zu solchen Konfliktsituationen in Gruppen; möglicherweise macht es den Liechtensteiner Jugendlichen aber tatsächlich nichts aus, «gegen den Strom zu schwimmen».

Auch die Verteidigung oder Rechtfertigung der eigenen politischen Überzeugungen gegenüber anderen, die anderer Meinung sind, fällt der Mehrheit leicht. Lediglich 11 Prozent bekannten, dass ihnen dies eher oder sehr schwerfalle (Werte 4 und 5). Es gibt diesbezüglich aber Unterschiede zwischen einzelnen Merkmalsgruppen. Nicht so sehr zwischen Bildungsstufen oder politischem Interesse, was an sich bereits etwas erstaunlich ist. Vielmehr gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frauen bekunden in besagtem Bereich etwas mehr Mühe als Männer.⁷⁴ Zu vergegenwärtigen ist indessen, dass unklar ist, warum man mehr Mühe hat, politische Überzeugungen zu verteidigen. Sind es psychologische Barrieren (Harmoniebedürftigkeit), argumentative Barrieren oder das subjektive Gefühl, sich nicht adäquat verteidigt zu haben, unabhängig davon, ob dies objektiv zutrifft oder nicht. Auf jeden Fall gibt es einen, wenn auch kleinen Gender-Gap.

Hemmend wirkt schon eher, dass man in einer politischen Diskussion nicht naiv oder unwissend erscheinen will. Zwar hat die Hälfte der Jugendlichen damit – also mit der Kompetenzzuschreibung («because they can't») – kein sonderliches Problem. Aber etwa ein Fünftel (22 %) wird dieses Gefühl des «Nicht-Mitreden-Könnens» schon dann und wann beschlichen haben (Wert 3), während ein knappes Viertel (23 %) wohl oft lieber schweigt, als sich dem Vorwurf der Naivität bzw. Unwissenheit auszusetzen. In der Tat korreliert die Kompetenzzuschreibung auch mit dem Grad des politischen Interesses: Die politisch stark Interessierten halten sich öfter kompetent genug, um politisch mitzureden, als solche, die der Politik wenig Interesse entgegenbringen. Von der Staatszugehörigkeit und dem Alter ist die Kompetenzzuschreibung kaum abhängig. Wohl aber vom Geschlecht. Bei den Frauen sind es 41 Prozent, die sich als kompetent genug einschätzen, während es bei den Männern 57 Prozent sind. Ob sie es auch tatsächlich sind, ist eine andere Frage. Aber allein schon das Gefühl, nicht mitreden zu können, selbst wenn es unbegründet ist, hemmt logischerweise die Bereitschaft zum Politisieren.

Ein weiterer, relevanter Bremsfaktor ist die Aggressivität, die politische Diskussionen manchmal kennzeichnet. Natürlich hält dies längst nicht alle Jugendlichen davon ab, mitzureden. 46 Prozent der Jugendlichen haben damit kein grosses Problem. Aber etwas mehr als die Hälfte will aggressiven Debatten offenbar lieber aus dem Weg gehen oder hat dies zumindest auch schon erwogen. Interessant

⁷³ Ein Drittel der FL-Sympathisierenden verneinte diese Aussage vehement, beim Rest sind es 50 Prozent.

⁷⁴ Rund 41 Prozent der Männer haben damit überhaupt kein Problem, während es bei den Frauen 29 Prozent sind.

ist überdies, dass die Konflikthaftigkeit von Politik Jugendliche aus allen Merkmalsgruppen etwa gleichermaßen abschreckt – also Frauen wie Männer, Berufsschülerinnen wie auch Maturanden etc.⁷⁵

Generell ist festzuhalten, dass alle sieben Items recht stark miteinander korrelieren. Auch eine Faktorenanalyse legt eine unterliegende, latente Dimension nahe. Anders gesagt: All die verschiedenen, zuvor detailliert behandelten Gründe – Kompetenzzuschreibung, Angst vor sozialer Ausgrenzung, eine gewisse Konfliktscheu etc. – sind auf eine dahinterliegende, generelle Eigenschaft zurückzuführen. Welche es ist, ist unbekannt. In der multivariaten Analyse der summierten politischen Diskussionsbereitschaftswerte sticht vor allem das Geschlecht hervor: Es bleibt selbst bei Konstanthalaltung anderer Faktoren hochsignifikant. Wie schon mehrfach betont wurde, haben sich die Jugendlichen bei diesen Fragen selbst eingeschätzt. Eine Selbsteinschätzung muss nicht notwendigerweise der objektiven Realität entsprechen. Der eine glaubt, er sei kompetent genug, die andere nicht – obwohl objektiv betrachtet beide möglicherweise gleich kompetent sind. Aber ungeachtet dessen ist am Ende das subjektive Empfinden ausschlaggebend für die Diskussionsbereitschaft: Wer glaubt, er/sie sei kompetent genug, wird höchstwahrscheinlich mitreden, wer daran zweifelt, hält sich lieber fern von politischen Diskussionen.

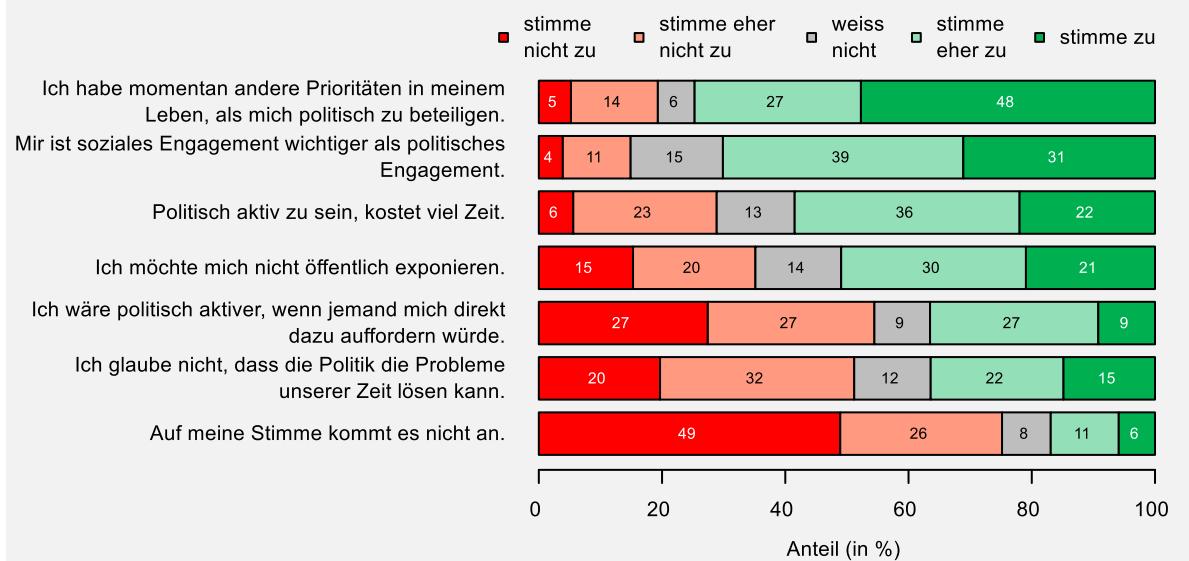
6.2 Was motiviert oder hemmt politisches Engagement?

Sodann wurden den Jugendlichen 13 Beweggründe und Hemmnisse, politisch aktiv zu sein, vorgelegt. Diese Gründe decken unterschiedliche Motivstränge ab.

Zu den Hemmnissen: Erfreulicherweise gibt es nur geringe Anzeichen für politische Verdrossenheit unter Liechtensteins Jugendlichen. Der Aussage, wonach es auf die eigene Stimme sowieso nicht ankäme, pflichtete nämlich nur eine Minderheit bei (17 %) (Abbildung 17). Ob dies an der Kleinräumigkeit Liechtensteins liegt – hierzulande können einzelne Stimmen tatsächlich den Ausschlag geben – oder eher abstrakt zu verstehen ist (man findet als Einzelner Gehör bzw. kann etwas bewirken), ist unklar. Von der politischen Haltung ist der Glaube an die eigene politische Wirksamkeit auf jeden Fall nicht abhängig.

Dass die Politik die Probleme unserer Zeit lösen kann, wird hingegen angezweifelt (Abbildung 17). Eine Mehrheit (52 %) bejaht dies zwar, aber eine starke Minderheit von 37 Prozent traut der Politik die Lösung unserer Probleme nicht zu. Das führt allerdings noch nicht automatisch zu politischer Apathie. Eine nicht unerhebliche Anzahl derer, die der Politik die Problemlösungsfähigkeit absprechen, engagiert sich dann und wann gleichwohl für Politik und nimmt auch konventionelle Beteiligungsformen wahr. Aber letztlich beteiligen sie sich signifikant seltener als jene, die der Politik die Lösung unserer Probleme zutrauen. Um welche Probleme handelt es sich dabei? Wir können dies untersuchen, weil in der Umfrage auch nach den drängendsten politischen Problemen gefragt wurde (vgl. Kapitel 7.3). Etwas überraschend sind es nicht etwa die «Klimabewegten», die der Politik die Problemlösungskompetenz absprechen, sondern vornehmlich Jugendliche, denen Arbeitslosigkeit, Armut und Lebenshaltungskosten Sorgen machen. Dazu passt, dass Jugendliche, die sich selbst als links bezeichnen, mehr Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeiten der Politik haben als Jugendliche aus dem rechten Spektrum. Kurz, obwohl Jugendliche vornehmlich für das Klima protestieren, traut eine Mehrheit von ihnen der Politik offenbar die Lösung dieses Problems zu. Proteste gegen Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit sind hingegen rar bzw. nicht-existent. Aber diese Sorgen gibt es und die Besorgten sind wenig zuversichtlich, dass die Politik diese Probleme lösen kann.

⁷⁵ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass international betrachtet Jugendliche in der Politik oft durch provokante Themen auftreten und durchaus die Konfrontation mit etablierten Akteuren, Prozessen und Ideologien suchen. Die Umfrage deutet nun darauf hin, dass dies nicht alle Jugendlichen begrüßen. Anderseits ist Provokation nicht mit Aggression gleichzusetzen. Traditionell ist die politische Kultur in Liechtenstein stark durch Konsens und Mäßigung geprägt, was offenbar auch von einem substanziellen Teil der Jugendlichen gutgeheißen wird.

Abbildung 17: Aussagen zu Motiven für politisches Engagement (1/2) (n=942)

© Liechtenstein-Institut

Eine starke Minderheit von 36 Prozent würde sich des Weiteren politisch stärker engagieren, würde man sie dazu direkt auffordern (vgl. «because nobody asked them»). Von wem genau diese Aufforderung ausgehen soll, ist unklar. Aber ein Anstoss ist offenbar nötig. Erwartet wird dieser Anstoss vornehmlich von denen, die prinzipiell Mühe haben, ihre politischen Überzeugungen vor Andersdenkenden zu rechtfertigen.⁷⁶ Überraschenderweise haben die im Kapitel 5.5 eingeführten Tarnkappen-Demokraten dieser Aussage seltener zugestimmt (33 %) als die «Politikenthusiasten» (38 %). Am stärksten stimmte vielmehr die «mittlere» Partizipationsgruppe zu (47 %), also jene, die sich politisch durchaus beteiligen, aber – salopp formuliert – auch noch andere Freizeitaktivitäten kennen. Die soeben genannten Werte beziehen sich lediglich auf die wahlberechtigten Jugendlichen. Unter den nicht-wahlberechtigten Jugendlichen verhält es sich aber ähnlich. Es erwarten vor allem jene Anstösse zur politischen Aktivität, die sich ohnehin schon beteiligen. Offenbar würden diese Jugendlichen politisch gar noch mehr tun, würde man sie dazu persönlich auch anspornen. Etwas überspitzt formuliert, liesse sich also sagen: Indem man Jugendliche verstärkt zur politischen Aktivität anspornt, motiviert man jene, die sich bereits beteiligen, dazu, dies noch stärker zu tun – wogegen sich schwerlich etwas einwenden lässt. Aber jene, die «keinen Bock» auf Politik haben, erreicht man auch mit solchen Aktionen kaum.

Stärker noch hemmt die Jugendlichen der Umstand, dass man sich als politisch engagierte Person öffentlich exponiert (Abbildung 17). Eine Mehrheit (51 %) der Jugendlichen gab an, sich dies nicht antun zu wollen – vielleicht, weil sie fürchten, blossgestellt oder angefeindet zu werden.⁷⁷ Interessanterweise nimmt diese «Öffentlichkeitsscheu» mit dem Alter – wohlgemerkt, es werden blass 16- bis 24-Jährige betrachtet – nicht ab, sondern tendenziell zu. Die Jüngsten in unserer Stichprobe fürchten sich vor einer Exponierung in der Öffentlichkeit weniger, gaben hierzu aber auch häufiger «Weiss nicht» zur Antwort. Im Prinzip wäre auch denkbar, dass ältere Jugendliche (> 20 Jahre) aus Erfahrung eher wissen, welche Konsequenzen es haben kann, öffentlich exponiert zu sein.

⁷⁶ 52 Prozent derjenigen, die diesbezüglich grosse Mühen kolportierten, gaben an, politisch aktiver zu sein, wenn man sie direkt dazu auffordern würde.

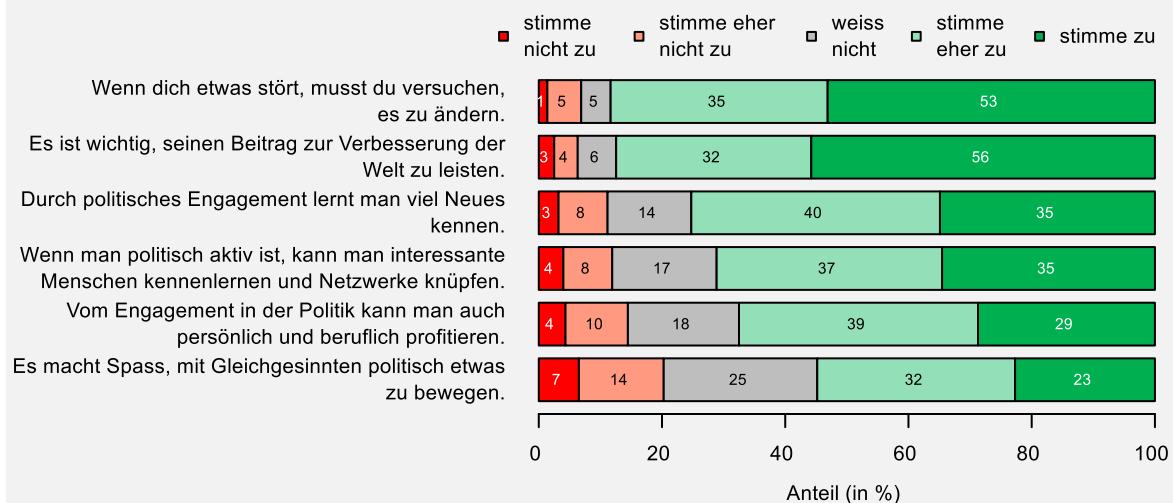
⁷⁷ 37 Prozent jener, die sich auf keinen Fall öffentlich exponieren wollen, gaben ebenfalls an, in einer politischen Diskussion nicht naiv oder unwissend erscheinen zu wollen. Demgegenüber äusserten sich nur 11 Prozent derer, die sich eine öffentliche Exponierung problemlos vorstellen können, in dieser Weise.

Vielen Jugendlichen fehlt überdies die Zeit, sich politisch stärker zu engagieren. 58 Prozent gaben an, dass politischer Aktivismus viel Zeit verschlinge – Zeit, die sie offenbar nicht (immer) haben oder vielleicht auch nicht aufbringen wollen. Es gibt aber kaum eine Korrelation zwischen Beschäftigungssituation und fehlender Zeit für politische Aktivitäten. Das heisst, Vollzeitbeschäftigte fehlt die Zeit ebenso wie Teilzeitbeschäftigte oder Schülerinnen und Schülern. Allerdings gibt es beispielsweise Unterschiede zwischen solchen, die Instagram intensiv nutzen (> 120 Minuten pro Tag) und solchen, die es kaum nutzen. Erstere erachten Politik als zeitintensiver als Letztere.⁷⁸ Dieses Beispiel ist zumindest ein Indiz dafür, dass das Abwagen zwischen politischem Engagement und sonstiger Freizeitgestaltung oft ein zeitliches Nullsummenspiel ist – häufig zuungunsten eines politischen Engagements.

Eine klare Mehrheit (70 %) ist ausserdem der Ansicht, soziales Engagement sei wichtiger als politisches Engagement. Das schliesst ein politisches Engagement jedoch nicht zwingend aus. Interessant ist hierbei, dass Tarnkappen-Demokraten dieser Aussage erheblich öfter zustimmten als Politikenthusiasten. Erneut ist die kausale Richtung unklar. Stimmt man dieser Aussage zu bzw. nicht zu, um das, was man tut (bzw. nicht tut), im Nachhinein zu rechtfertigen, oder ist diese Überzeugung der Grund für das, was man effektiv tut?

Der häufigste Grund, von einem politischen Engagement abzusehen, sind andere Prioritäten im Leben. Auf 75 Prozent der Jugendlichen trifft dies zu. Noch viel stärker trifft dies auf die politisch Uninteressierten zu, wobei zum wiederholten Male die Richtung der Kausalität unklar ist. Aber selbst politisch sehr interessierte Jugendliche (37 %) geben an, dass ihre Prioritätensetzung momentan kein stärkeres politisches Engagement zulasse. Daran lässt sich wohl nur schwerlich etwas ändern. Die Prioritätensetzung sieht in der Jugend nun einmal anders aus als im fortgeschrittenen Alter.

Abbildung 18: Aussagen zu Motiven für politisches Engagement (2/2) (n=942)



© Liechtenstein-Institut

Es gibt indessen nicht nur Gründe, die das Engagement bremsen, sondern auch solche, die es fördern (**Abbildung 18**). Konsens herrscht unter den Jugendlichen darüber, dass man etwas ändern muss, wenn Dinge stören. Fast alle sind dieser Ansicht. Diese Aussage ist allerdings derart generell, dass sie wohl keine allzu starke Motivation für ein politisches Engagement darstellt. Es ist überdies generell zu hinterfragen, wie viele, gleich ob erwachsen oder jugendlich, wirklich eine Änderung vornehmen oder anzustossen versuchen, wenn sie etwas stört.

⁷⁸ 35 Prozent jener, die Instagram intensiv nutzen, stimmten der Aussage, wonach Politik zeitintensiv sei, zu, während es bei jenen, die Instagram kaum oder nie nutzen, lediglich 22 Prozent sind.

Auch die Aussage, wonach man einen Beitrag leisten muss, um die Welt zu verbessern, ist ein Allgemeinplatz. Fast alle stimmen diesem Statement zu, aber längst nicht immer führt dies auch zu einem politischen Engagement. Dass man dank einem politischen Engagement viel Neues lernen kann, ist ebenfalls eine weit verbreitete Überzeugung. Dass Politik hilft, Netzwerke zu knüpfen und interessante Menschen kennenzulernen, glaubt ebenfalls eine Mehrheit der Jugendlichen – auch solche, die sich kaum beteiligen. In eine ähnliche Stossrichtung geht die Aussage, wonach man von einem politischen Engagement persönlich und beruflich profitieren könne. Etwas mehr als zwei Drittel der Befragten gehen mit dieser Aussage einig.

Der Beweggrund mit der geringsten Zustimmung ist der Spass an der Politik (Abbildung 18). Aber auch hier ist es nach wie vor eine Mehrheit (55 %), die der Aussage beipflichtete, wonach es Spass macht, mit Gleichgesinnten politisch etwas zu bewegen. Auffallend sind die grossen Differenzen zwischen den Partizipationstypen: Bei den Politikenthusiasten beträgt der Anteil jener, die Politik (auch) mit Spass verbinden, 92 (Wahlberechtigte) bzw. 76 Prozent (Nicht-Wahlberechtigte), bei den Tarnkappen-Demokraten 49 Prozent. Wer politisch kaum aktiv ist, antwortete überdies deutlich häufiger mit «Weiss nicht». Der Eindruck entsteht, dass, wenn man bei den politisch Inaktiven bloss eine Initiazündung auslösen könnte, sich der Spass an der Politik von alleine einstellen würde.⁷⁹

6.3 Zusammenfassung

Auffallend ist, dass in der Regel grosse Mehrheiten der Jugendlichen den Gründen, weshalb sich politische Beteiligung lohnt, zustimmen: Man könnte Neues lernen, aktiv etwas ändern, eine Verbesserung der Welt anstreben und interessante, neue Netzwerke knüpfen. Dennoch engagiert sich nur eine Minderheit der Jugendlichen politisch. Warum ist dies so? Die Gründe sind unterschiedlich. Den meisten fehlt gemäss eigenen Angaben die Zeit. Viele haben derzeit überdies andere Prioritäten. Wer vor dem Schulabschluss steht, den Einstieg ins Berufsleben unternimmt, mit einem Partner/Partnerin zum ersten Mal in eine eigene Wohnung zieht etc., kann sich mit Politik wohl nicht gleich intensiv auseinandersetzen wie saturierte oder arrivierte, ältere Menschen. Das ist wohl richtig, daran lässt sich indessen kaum etwas ändern. Diese lebenszyklischen Phänomene zu ändern, ist kaum möglich. Interessant sind deshalb die Faktoren, die politische Beteiligung jenseits von Zeit und Prioritäten verhindern. Zu nennen sind vor allem drei: Erstens, die Angst davor, sich öffentlich zu exponieren und dabei eine (vermeintlich) «schlechte» Figur zu machen. Zweitens, das Unbehagen vor der bisweilen aggressiven politischen Diskussionskultur. Hinzu kommt, drittens, der Umstand, dass Jugendliche sich durchaus einen Anstoss oder eine Aufforderung zur politischen Teilnahme wünschen. Letzteres bedeutet für die politischen Parteien, aber auch für andere politische und gesellschaftliche Akteure in Liechtenstein, dass durch den direkten Kontakt mit jungen Personen ein gewisses Potenzial zur Rekrutierung von neuem Personal besteht.

⁷⁹ Dies ist vorderhand ein Eindruck und nicht mehr. Denn auch hier ist die Richtung der Kausalität schwierig zu bestimmen.

7 EINSTELLUNGEN UND HALTUNGEN DER LIECHTENSTEINER JUGENDLICHEN

In diesem Abschnitt geht es um die politischen Haltungen und Orientierungen der Jugendlichen. Haben sie bereits feste Parteibindungen? Wie stark ist ihr Vertrauen in die Institutionen? Und was halten Liechtensteiner Jugendliche vom politischen System hierzulande? Ist es gewappnet für jene Herausforderungen, die inskünftig nach Ansicht der Jugendlichen anstehen?

7.1 Parteisympathien und Links-Rechts-Selbsteinstufung

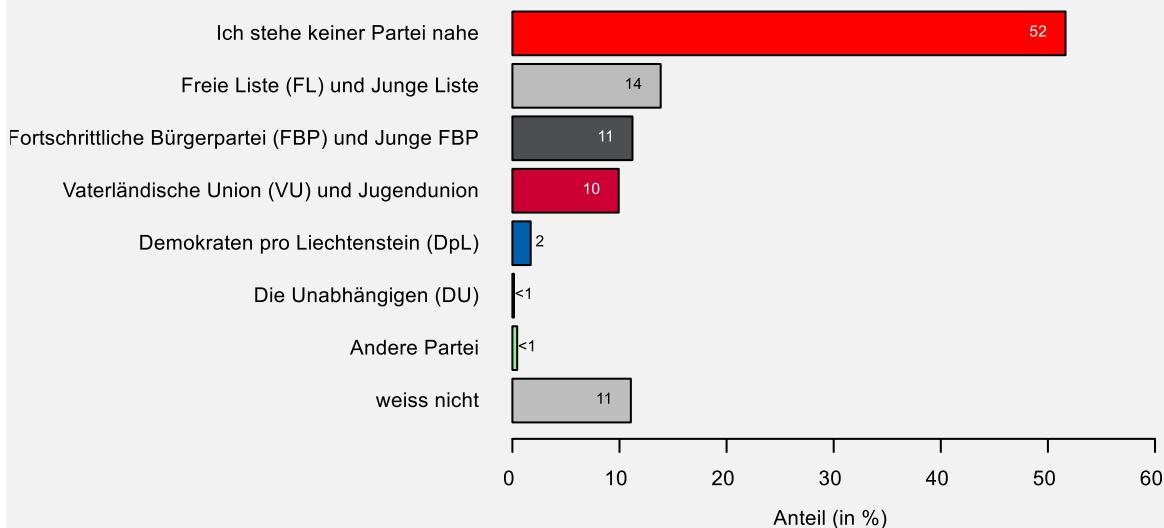
Parteien sind ein integraler Bestandteil demokratisch verfasster politischer Systeme. In der Regel werden in Wahlen Parteien gewählt. Und wenn Personen statt Parteien gewählt werden, dann werden sie oft wegen ihrer Parteizugehörigkeit gewählt. Gewiss, nicht überall auf der Welt trifft dies gleichermaßen zu. Je kleiner eine Gebietskörperschaft, desto weniger Bedeutung hat die Parteizugehörigkeit. Aber auch in einem Kleinstaat wie Liechtenstein spielen Parteien eine zentrale Rolle im politischen Entscheidungsprozess. Die Parteiwahl wiederum ist nicht immer, aber oft von der Parteiidentifikation abhängig. Das Elternhaus kann ein zentraler Prägefaktor beim Erwerb der Parteiidentifikation sein, sie wird von ihm aber nicht vollständig determiniert. Kinder entwickeln bisweilen andere Parteisympathien als ihre Eltern. Auf jeden Fall entwickelt sich eine stabile, bewusste Parteiidentifikation meist erst in den formativen Jugendjahren. Insofern ist zunächst zu fragen: Wie viele Jugendliche im Alter zwischen 16 und 24 Jahren haben bereits eine Parteiidentifikation?

Rund die Hälfte (52 %) der Jugendlichen hat (noch) keine Bindung zu einer Partei (Abbildung 19). Zählt man auch noch jene hinzu, die nicht wussten, was sie auf die Frage nach der Parteinähe antworten sollten (11 %), kommt man auf rund 63 Prozent Parteiungebundener. Dieser Wert ist signifikant höher als unter den Erwachsenen Liechtensteins. Dort oszilliert der Anteil Parteiungebundener zwischen 30 und 40 Prozent. Innerhalb der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen ist aber kein klarer Zusammenhang zwischen dem Alter und dem Vorhandensein einer Parteibindung zu erkennen. Hingegen identifizieren sich Ausländerinnen und Ausländer deutlich seltener (19 %) mit einer (Liechtensteiner) Partei als Jugendliche mit einem Liechtensteiner Pass. Die Parteisympathie korreliert überdies in gewohnter Weise mit der Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Das deutet darauf hin, dass die politischen Begriffe «links», «Mitte» und «rechts» von den Jungen bereits mit den entsprechenden ideologischen Inhalten und den Parteien verknüpft werden. Das klingt trivial, ist aber gerade bei Jugendlichen nicht selbstverständlich. Die Links-Rechts-Selbsteinschätzung wird nicht in die Wiege gelegt, sondern muss zuerst «erlernt» werden.

Beliebteste Partei unter den Jugendlichen ist die FL (14 %), gefolgt von FBP (11 %) und VU (10 %). DU und DpL hingegen liegen in der Wählergunst der Jugendlichen klar dahinter. Die Parteisympathien der Jungen werden hin und wieder als Indikator dafür verwendet, wie die politischen Verhältnisse in der Zukunft generell aussehen könnten. Im vorliegenden Fall würde man aufgrund der Beliebtheitswerte unter den Jugendlichen also mittelfristig den Aufstieg der FL zur Grosspartei prognostizieren. Tatsächlich verhält es sich aber selten so. Die Schweizer Wahlforschung⁸⁰ hat beispielsweise gezeigt, dass Jugendliche seit Jahrzehnten stärker links wählen als die Erwachsenen. Aber die Wähleranteile haben sich über all diese Jahrzehnte hinweg nicht stärker in Richtung links verschoben. Woran dies genau liegt, ist aufgrund der häufig fehlenden Paneldaten schwer zu sagen (Geys et al. 2022). Möglich ist, dass politisch selten aktive Jugendliche ohne Parteibindung – und sie sind, wie gezeigt, eine zahlenmäßig grosse Gruppe – später eher bürgerlich-konservativ wählen. Außerdem ist ein Wechsel der Parteifarben im Verlaufe des Lebens zwar eher die Ausnahme als die Regel, aber möglich (Green et al. 2002). Mit steigendem Alter dürfte man aber eher nach rechts als nach links tendieren (Tilley und Evans 2014).

⁸⁰ https://forscenter.ch/wp-content/uploads/2020/06/selects-studie-2019_de_fin.pdf (abgerufen am 24.05.2023).

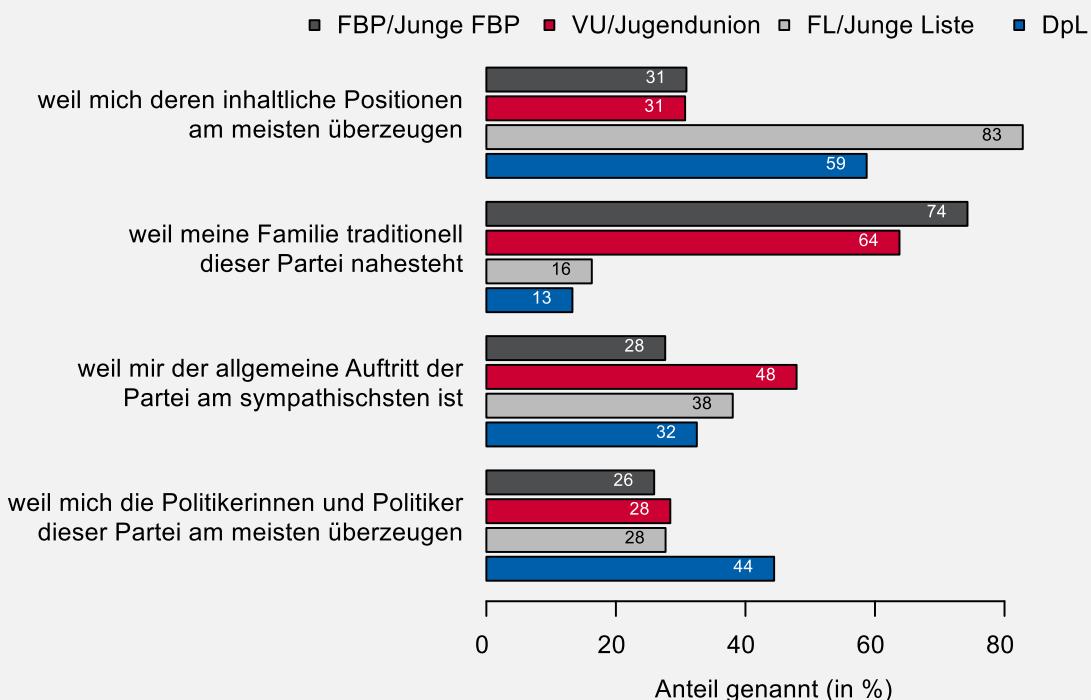
Abbildung 19: Parteisympathie (n=939)



© Liechtenstein-Institut

Jene, die sich einer Partei nahe fühlen (n=372), wurden zusätzlich nach den Gründen für diese Wahl gefragt. Die (Familien-)Tradition spielt bei den beiden grossen Traditionsparteien erwartungsgemäss eine deutlich wichtigere Rolle beim Erwerb der Parteibindung als bei den «jungen» Oppositionsparteien. Bei der FL ist die inhaltliche Position am wichtigsten, während das Parteimage der VU am ehesten überzeugt (Sympathie für die Partei). Bei der DpL sind es einzelne Persönlichkeiten der Partei, die Strahlkraft haben.

Abbildung 20: Gründe für Parteinähe (nur jene, die zuvor eine Parteibindung angegeben haben; n=372)

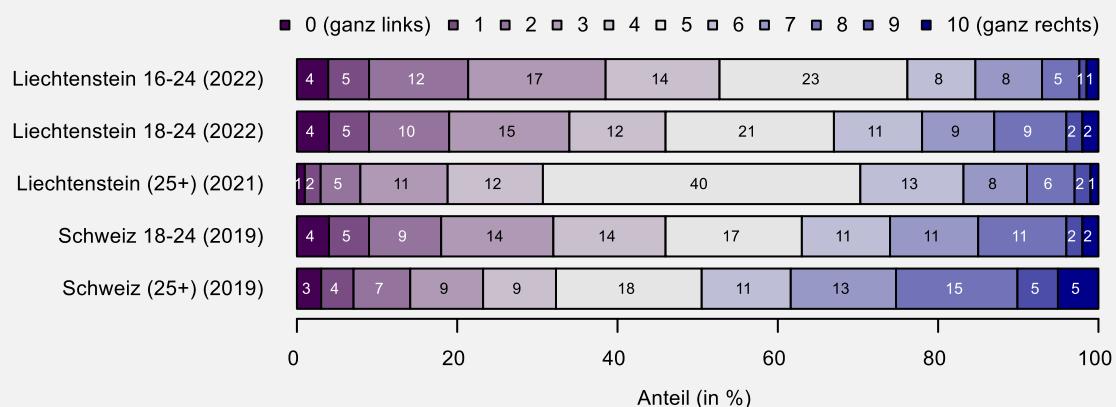


© Liechtenstein-Institut

Links, Mitte und rechts sind politische Begriffe, die den meisten Politikinteressierten geläufig sind. Sie bezeichnen politische Grundüberzeugungen. Solche politischen Überzeugungssysteme können aber nicht bei allen vorausgesetzt werden. Jugendliche, die neu «im politischen Geschäft» sind, dürften die meisten Mühe bekunden, sich auf dieser Links-Rechts-Skala einzuführen. Einige können mit den Termini «links», «Mitte» oder «rechts» möglicherweise gar nichts anfangen. Tatsächlich vermochte sich ein Fünftel der 16- bis 24-Jährigen nicht auf dem Links-Rechts-Kontinuum zu verorten. Wenn die Auswertung zu Vergleichszwecken bloss auf die an der Abstimmung über das 2G-Gesetz Teilnehmenden beschränkt wird, reduziert sich der «Weiss nicht»-Anteil auf 15 Prozent. Bei den Liechtensteiner Erwachsenen (in diesem Kontext die über 24-Jährigen) mit Stimmberichtigung im Land beträgt der Anteil der Parteiungebundenen noch rund 10 Prozent, etwa gleich viel wie in der Schweiz.

Wenn wir nun zu Vergleichszwecken nur jene Jugendlichen berücksichtigen, die sich auf der Links-Rechts-Skala lokalisieren konnten, so sehen wir in Abbildung 21 deutliche Parallelen zu den Schweizer Jugendlichen⁸¹. Am besten lassen sich die beiden Kolonnen 2 und 4 vergleichen (beides Wählende an der jeweiligen Wahl bzw. Abstimmung). Die Werte sind sich auf beiden Seiten des Rheins sehr ähnlich. Überdies haben sowohl die Liechtensteiner wie auch die Schweizer Stimmberichtigten zwischen 18 und 24 Jahren einen deutlich stärkeren «Linksdrall» als die Erwachsenen⁸² im jeweiligen Land. In Liechtenstein sind allerdings die Erwachsenen, die sich genau in der Mitte einstufen, wesentlich zahlreicher als in der Schweiz. Die Links-Rechts-Präferenzen der Schweizerinnen und Schweizer sind deutlich polarisierter als jene der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner.

Abbildung 21: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Alter (n=variierend)



© Liechtenstein-Institut. Quelle Schweizer Daten: Selects 2019; Quelle Liechtensteiner Daten: Umfrage Landtagswahlen 2021 und Jugendbefragung 2022.

7.2 Vertrauen in Institutionen

Wichtig für das Funktionieren eines politischen Systems ist das Vertrauen in zentrale politische Institutionen. Erodiert dieses Vertrauen, kollabieren Regime und Systeme. Davon ist Liechtenstein natürlich weit entfernt. Aber nicht alle Institutionen geniessen dasselbe Vertrauen. Überdies gibt es Vertrauensunterschiede zwischen den Generationen. Dem Landtag und der Regierung wird ein ähnlich grosses Vertrauen entgegengebracht. Auch die liechtensteinischen Medien, die bei den Erwachsenen

⁸¹ Gemeint sind hier Schweizer Jugendliche in der Schweiz.

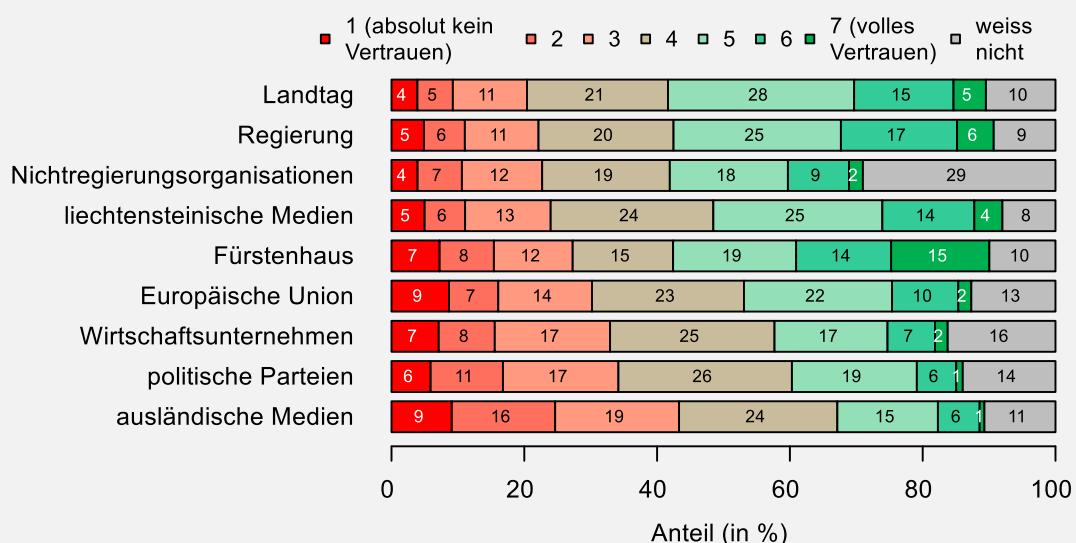
⁸² Wenn in dieser Studie von «Erwachsenen» die Rede ist, sind damit die über 24-Jährigen gemeint. Damit sei nicht gesagt, dass die unter 25-Jährigen (noch) nicht «erwachsen» sind oder umgekehrt alle über 24-Jährigen die Jugend bereits hinter sich gelassen haben. Die beiden Begriffszuweisungen – 16- bis 24-Jährige = Jugendliche und >24-Jährige = Erwachsene – wurden aus rein praktischen Gründen der einfachen Unterscheidung verwendet.

und Älteren auf deutlich mehr Misstrauen stossen, werden mehrheitlich als vertrauenswürdig eingestuft (**Abbildung 22**).

Das Fürstenhaus steht, wenn der Vertrauensmittelwert als Gradmesser gilt, zuoberst auf der Vertrauensrangliste der Jugendlichen (**Abbildung 23**). Auch in der Vertrauensrangliste der Erwachsenen rangiert das Fürstenhaus zumeist ganz oben – vor Regierung, Landtag und Medien. Das Fürstenhaus löst indessen gegenteilige Reaktionen in den politischen Lagern aus: Jugendliche mit politisch linken Sympathien drückten heftiges Misstrauen aus,⁸³ während in der Mitte und im rechten Spektrum grösstes Vertrauen zum Ausdruck gebracht wurde. Das Fürstenhaus polarisiert (auch) unter den Jugendlichen.

Zu Nichtregierungsorganisationen haben viele Jugendliche (noch) keine Meinung. 29 Prozent antworteten auf die Frage, wie sehr sie diesen Organisationen vertrauen, mit «Weiss nicht». In der Tat ist dies auch eine heterogene Kategorie von Organisationen. Deshalb fällt es wohl schwer, eine für alle NGOs geltende Haltung anzugeben. Jugendliche aus dem linken Spektrum vertrauen diesen Organisationen aber deutlich stärker als solche aus dem rechten Spektrum. Dies ist ein Indiz, dass mit NGOs primär «linke Themen» gedanklich verknüpft werden.

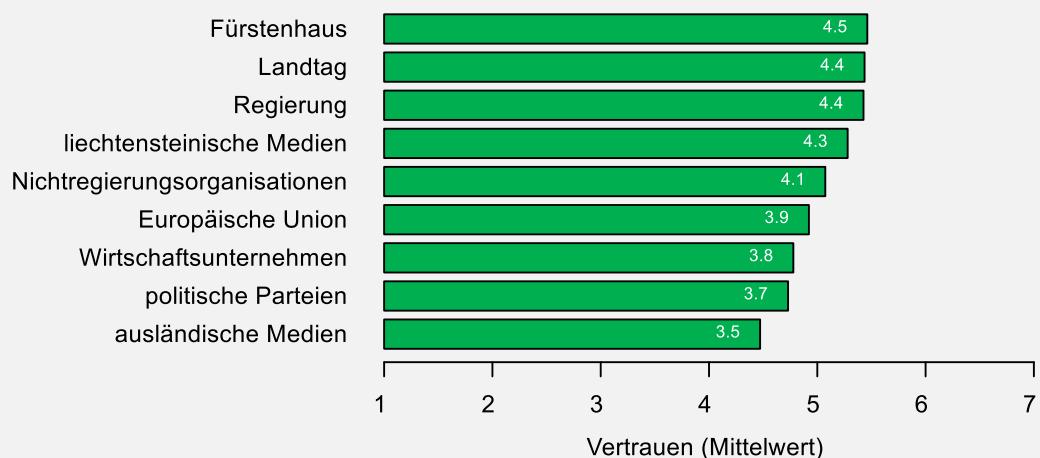
Abbildung 22: Vertrauen in Institutionen (n=928)



© Liechtenstein-Institut

Die Europäische Union geniesst mittleres Vertrauen, gefolgt von den Wirtschaftsunternehmen und den politischen Parteien. Ausländische Medien schliesslich rangieren in der Vertrauensrangliste zuunterst.

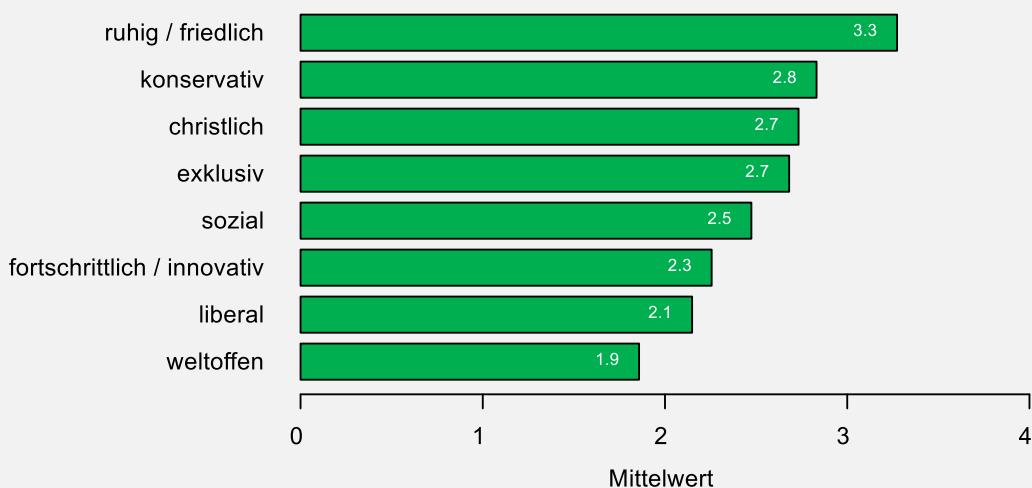
⁸³ 26 Prozent der FL-Sympathisierenden haben «absolut kein Vertrauen» in das Fürstenhaus, während 30 Prozent der VU- und 23 Prozent der FBP-Sympathisierenden «volles Vertrauen» hegen.

Abbildung 23: Vertrauen in Institutionen, Mittelwert (n=variierend)

© Liechtenstein-Institut

Die Jugendlichen wurden zudem gefragt, inwieweit unterschiedliche Charakterisierungen Liechtensteins ihrer Ansicht nach zutreffen. **Abbildung 24** weist den Mittelwert auf einer Skala zwischen 0 (trifft überhaupt nicht zu) und 4 (trifft sehr stark zu) aus. Dabei ging es nicht um Wunschvorstellungen, sondern vielmehr darum, wie das Land wahrgenommen wird.

Als Erstes ist festzuhalten, dass gewisse Charakteristiken schwieriger einzuschätzen sind als andere. Ob Liechtenstein exklusiv oder inklusiv sei, konnte rund ein Fünftel der Jugendlichen nicht sagen, womöglich auch deshalb, weil ihnen nicht klar war, was mit den Begriffen überhaupt gemeint ist. Ähnliches gilt für die Charakterisierungen «liberal» und «konservativ»: Vergleichsweise viele (14–20 %) antworteten diesbezüglich mit «Weiss nicht». Für die nachstehende Abbildung wurden diese «Weiss nicht»-Antworten nicht berücksichtigt.

Abbildung 24: Charakterisierung Liechtensteins (n=898)

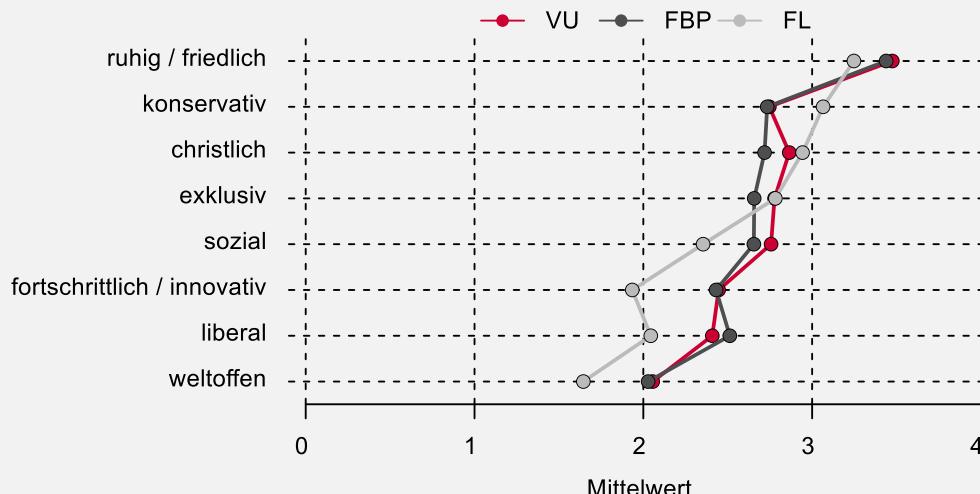
© Liechtenstein-Institut

Beinahe Konsens herrscht darüber, dass Liechtenstein ein ruhiges und friedliches Land ist. Auf einer Skala von 0 bis 4 erzielte das Item «ruhig / friedlich» einen Mittelwert von 3.3. Mit anderen Worten: Eine grosse Mehrheit der Jugendlichen verortete Liechtenstein entweder beim Höchstwert (4) oder nur knapp darunter (3). Viele Jugendliche nehmen Liechtenstein überdies als konservatives Land wahr (Mittelwert: 2.8). Dazu gehören insbesondere FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten (**Abbildung 25**): Erstens antwortete fast niemand von ihnen mit «Weiss nicht» (Rest: 14 %) und, zweitens, sind rund 45 Prozent von ihnen davon überzeugt, in einem konservativen Land zu leben («trifft sehr zu»). Bei den restlichen Jugendlichen beträgt letzterer Anteil rund 25 Prozent. Das soll nicht heissen, dass der Rest diesbezüglich anders über Liechtenstein denkt. Auch in «bürgerlichen» Kreisen (FBP und VU) wird Liechtenstein vorwiegend als konservatives Land wahrgenommen. Allerdings sehen dies Letztere (FBP und VU) wohl vornehmlich als positive, Erstere (FL) hingegen eher als negative Qualität an. Ähnliches gilt auch für die Beschreibung Liechtensteins als «christliches» Land. In der Mehrheit nehmen Jugendliche Liechtenstein so wahr, insbesondere die FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten. Letztere betrachten dies wahrscheinlich eher skeptisch, während der Rest dies wahrscheinlich neutral sieht oder allenfalls stolz darauf ist.

Ist Liechtenstein «exklusiv»? Wie gesagt, hatten viele verständlicherweise etwas Mühe mit dem Begriff – allen voran die Jüngeren unter den Jungen (16- bis 17-Jährige). Ist «exklusiv» als Gegenteil von inklusiv zu verstehen, im Sinne einer alle integrierenden Politik, was im Übrigen auch schon schwer genug zu bewerten ist? Oder ist «exklusiv» als Qualitätssiegel zu verstehen analog zu einem exklusiven Automobil? Das Antwortmuster deutet darauf hin, dass die Jugendlichen unterschiedliche Interpretationen anwendeten. Wenn «exklusiv» im Sinne von «andere, nicht Dazugehörige ausschliessend» zu verstehen ist, wäre eigentlich zu erwarten, dass FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten dies besonders stark befürworten würden. Das ist aber bloss tendenziell so, weshalb auszugehen ist, dass Jugendliche allerlei unterschiedliche Dinge mit dem Adjektiv «exklusiv» assoziierten.

Eine Mehrheit nimmt Liechtenstein als soziales Land wahr (**Abbildung 24**). Wiederum hatten Jüngere Mühe, dies einzuschätzen (> 25 % «Weiss nicht»-Antworten). Der ideologische Graben ist bei dieser Einschätzung nicht sonderlich tief. FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten nehmen Liechtenstein zwar als etwas unsozialer wahr als andere, aber nur eine Minderheit spricht dem Land das Soziale rundweg ab.

Eine Mehrheit der Jugendlichen ist zudem der Ansicht, Liechtenstein sei fortschrittlich/innovativ. Wiederum sind es FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten, die dies stärker als andere in Abrede stellen. Man hält Liechtenstein tendenziell auch für liberal. Unklar ist, ob man damit eine Wirtschaftsordnung oder gesellschaftliche Werte verband. Gerade die Jüngeren hatten wohl Mühe, überhaupt etwas damit gedanklich zu verknüpfen. Sie antworteten vielfach mit «Weiss nicht». Das Prädikat «welt offen» vermochten die Liechtensteiner Jugendlichen ihrem Land nur zögerlich zu verleihen. Auf jeden Fall erzielte es den tiefsten Mittelwert (1.9).

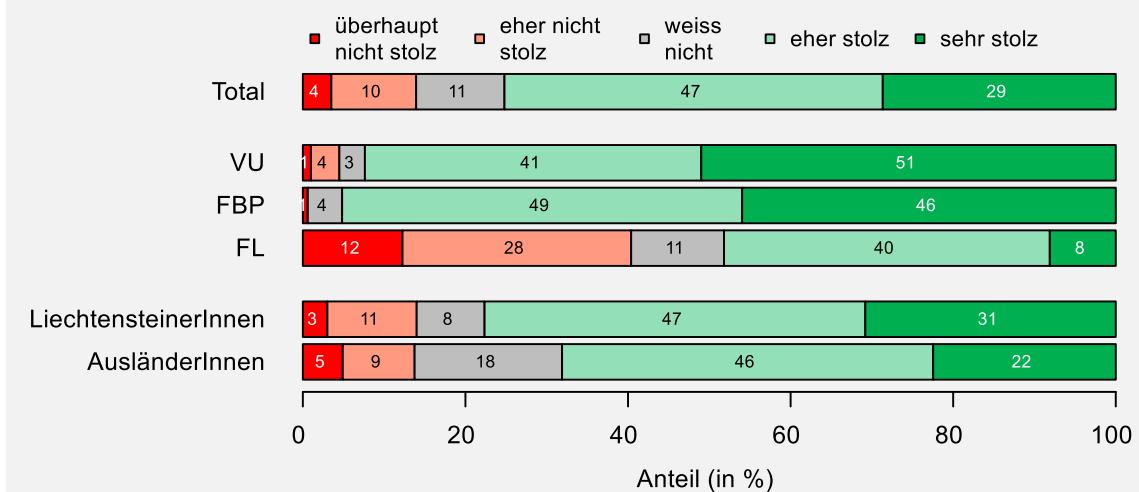
Abbildung 25: Charakterisierung Liechtensteins nach Parteisympathie (n=112–127)

© Liechtenstein-Institut

Eng mit der Wahrnehmung des Landes ist der Patriotismus verknüpft. Stolz auf ihr Land sind jene, die es vorwiegend positiv wahrnehmen. Insgesamt ist die grosse Mehrheit stolz auf Liechtenstein (Abbildung 26). Ein knappes Drittel (29 %) sehr, knapp die Hälfte (47 %) eher. 11 Prozent wussten es nicht und 14 Prozent sind eigenen Angaben gemäss nicht bzw. überhaupt nicht stolz auf Liechtenstein. Zu diesen gehören in erster Linie die FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten, welche, wie oben gezeigt, auch eine andere Wahrnehmung des Landes haben als der Rest. 40 Prozent von ihnen gaben auf die Frage, wie stolz sie auf Liechtenstein seien, «eher nicht» oder «überhaupt nicht» zur Antwort. Als Vergleich: Derselbe Wert beträgt für den Rest weniger als 14 Prozent. Vielleicht spielt hier auch ein wenig der Umstand mit, dass Nationalstolz in linken Überzeugungssystemen generell als verpönt gilt. Mit anderen Worten: Die geringen Patriotismusgefühle unter linken Jugendlichen bedeuten nicht zwingend, dass die Koffer gewissermassen gepackt zur Auswanderung sind, sondern sind dem Umstand geschuldet, dass Nationalstolz im linken Lager grundsätzlich ein Tabu ist. Das zeigt sich auch darin, dass FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten selten einmal politisch apathisch sind, sondern im Gegenteil politisch rege partizipieren. Sie wollen das Land ändern, nicht verlassen.

Bemerkenswert ist aber, dass es zwischen Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern und Ausländerinnen und Ausländern vergleichsweise wenig Differenzen gibt – zumindest, wenn man blass die materiellen Antworten berücksichtigt. Liechtensteiner/innen bezeichnen sich etwas häufiger als «sehr stolz», aber ansonsten gibt es kaum Unterschiede – ausser, dass Ausländer/innen viel öfter mit «Weiss nicht» antworteten.

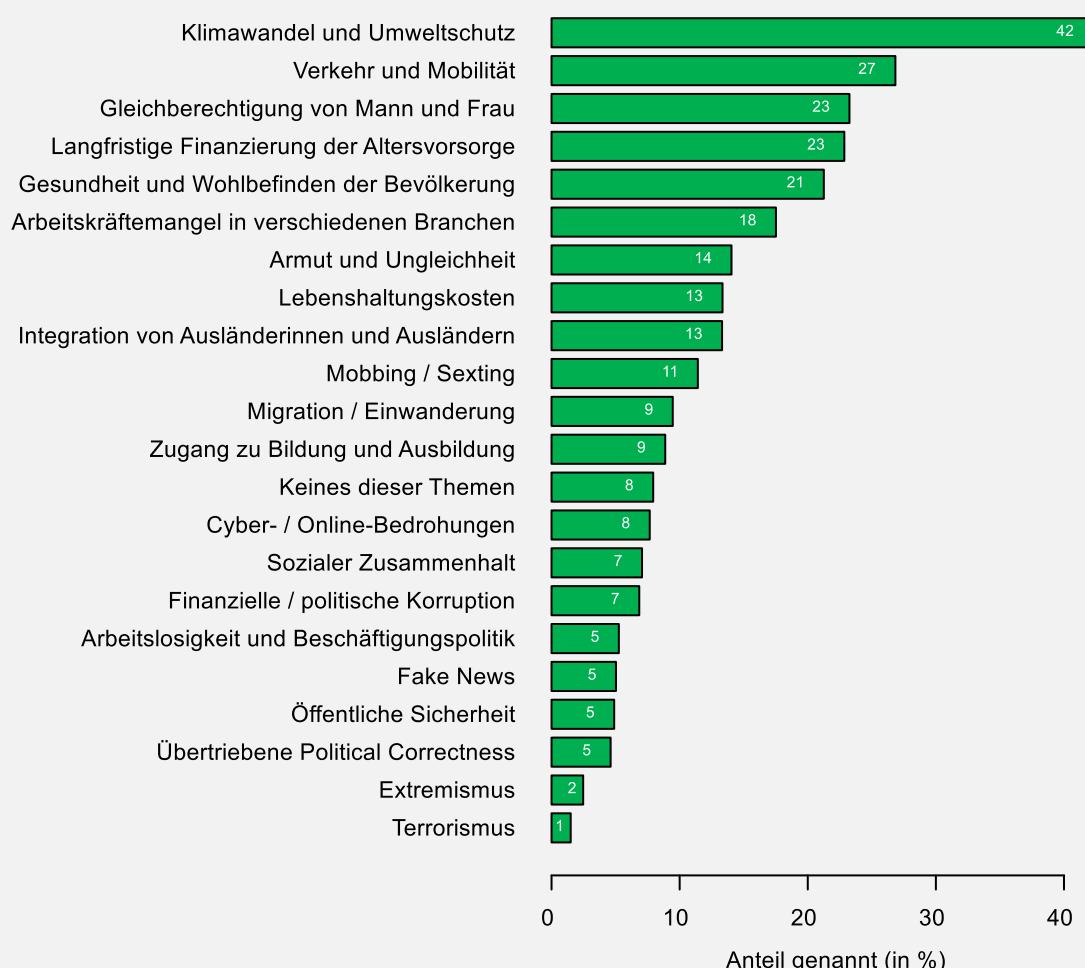
Abbildung 26: Stolz auf Liechtenstein (n=898)



© Liechtenstein-Institut

7.3 Politische Sorgenagenda der Jugendlichen

Politik stellt verbindlich geltende Regeln für die Gemeinschaft auf. Dieser Regeln dienen meist dazu, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Nun können nicht alle Probleme gleichzeitig und mit gleicher Verve gelöst werden. Und überdies nehmen nicht alle etwas als Problem wahr, was andere als vordringliches Problem erkennen. Deshalb wird eine Art Problemabwägung vorgenommen, abhängig von der eigenen Interessenlage, dem sozialen Umfeld und gesellschaftlichen Wunschvorstellungen. Die Jugendlichen wurden gefragt, welche Problemfelder ihrer Meinung nach in Liechtenstein vorrangig behandelt werden sollten. 21 Problemfelder wurden vorgegeben, man konnte aber auch von sich aus weitere Problemfelder nennen. Maximal drei Problemfelder konnten dabei angegeben werden.

Abbildung 27: Vorrangig zu lösende Problemfelder (n=928)

© Liechtenstein-Institut

Mit Abstand am häufigsten wurden der Klimawandel und der Umweltschutz genannt. Für rund vier von zehn Jugendlichen (42 %) sind dies die drängendsten aktuellen Probleme. Kein anderes Problemfeld wurde auch nur annähernd so oft genannt. Doch reicht dies aus, um auch hierzulande von der «Klimajugend» zu sprechen? Denn bei mehr als der Hälfte (58 %) der Jugendlichen schafften es Klimawandel und Umweltschutz nicht unter die Top 3. In Anbetracht dessen, dass gänzlich apolitische Jugendliche in der Stichprobe unterrepräsentiert sein dürften, sind es faktisch wohl noch mehr als die oben angegebenen 58 Prozent. Kurz, der Klimawandel dominiert die politische Sorgenagenda der Jugendlichen, aber längst nicht alle beschäftigt es intensiv.⁸⁴ Überdies gibt es markante Unterschiede zwischen Merkmalsgruppen: Das Klima ist vor allem ein Thema bei den FL-Sympathisantinnen und -Sympathisanten (71 %), den politisch sehr Interessierten (54 %) und Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden, die noch nicht im Erwerbsleben sind (53 %). Für vollzeiterwerbstätige Jugendliche

⁸⁴ Das Problem dieser Betrachtungen ist der Umstand, dass sie die Klimaprotestierenden mit «der Jugend» als Ganzes zahlenmäßig gleichsetzen. Die Umfrage- und Registerdaten zeigen trotz anhaltender Klimaproteste geringe Beteiligungsquoten der Jugendlichen – selbst bei Abstimmungen, wo es um Klimafragen geht. Weil Klimaprotestierende und Jugendliche gleichgesetzt werden, schliessen diese Beobachter, dass Klimaprotestierende die klassischen Beteiligungsformen verschmähen. Viel plausibler ist aber die Annahme, dass es eine erhebliche Zahl Jugendlicher gibt, die weder an den Klimaprotesten noch an Abstimmungen und Wahlen teilnimmt. Viele Klimaprotestierenden tun hingegen beides.

(26 %), ausländische Staatsangehörige (34 %) und solche, die mit einer der beiden Grossparteien sympathisieren (VU: 33 %; FBP: 28 %), steht das Thema etwas weniger im Vordergrund.

Auf Platz 2 der Sorgen- oder Problemrangliste der Jugendlichen folgen Verkehr und Mobilität. Es beschäftigt vor allem die Männer (38 %), weniger die Frauen (16 %). Genau umgekehrt verhält es sich mit dem Thema Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann: Frauen nannten es oft (38 %), Männer selten (9 %). Bereits auf Platz vier folgt ein Thema, das für Jugendliche erst in ferner Zukunft relevant wird, aber offenbar jetzt schon beschäftigt: Die langfristige Finanzierung der Altersvorsorge. Das mag erstaunen, denn üblicherweise fällt es schwer, Jugendliche für Themen wie AHV oder Pensionskasse zu mobilisieren. An der Abstimmung über die Franchisenbefreiung für Rentnerinnen und Rentner vom 26. Juni 2022 nahmen gerade einmal 45 Prozent der 18- bis 24-Jährigen teil. Aber obschon die finanzielle Sicherung der AHV auf Platz 4 der Problemrangliste ist, wurde sie am Ende «bloss» von 23 Prozent der Jugendlichen genannt. Die, die es nannten, haben – so sie denn stimmberechtigt sind – höchstwahrscheinlich auch an besagter Franchisen-Abstimmung teilgenommen.⁸⁵ Mehr als ein Fünftel (21 %) der Jugendlichen macht sich ausserdem Sorgen um Gesundheit und Wohlbefinden der Gesamtbevölkerung.

Im Mittelfeld rangieren Themen wie Arbeitskräftemangel (18 %), Armut und Ungleichheit (14 %), Lebenshaltungskosten (13 %), die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (13 %) sowie Mobbing/Sexting (11 %). Allerdings gibt es bisweilen deutliche Unterschiede zwischen Merkmalsgruppen. Von Mobbing und Sexting sind Frauen stärker betroffen (Nennung: 18 %) als Männer (5 %), Ausländerinnen und Ausländer kümmert, wenn man so will, ihre Integration stärker (21 %) als Jugendliche, die ausschliesslich eine Liechtensteiner Staatszugehörigkeit haben (9 %).

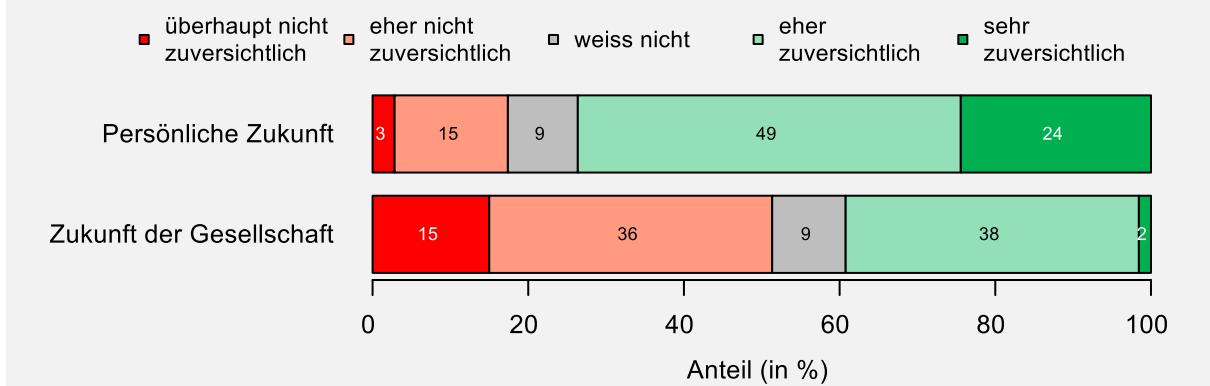
Seltener genannt wurden Migration/Einwanderung, Zugang zu Bildung und Ausbildung, Cyber-/Onlinebedrohungen und der soziale Zusammenhalt. Kaum beschäftigt die Liechtensteiner Jugendlichen das Thema Arbeitslosigkeit, Fake News, öffentliche Sicherheit (z. B. auch im Ausgang) oder übertriebene Political Correctness.

Sodann haben 70 Jugendliche auch das Kommentarfeld genutzt, um ein eigenes, aus ihrer Sicht nicht vorgelegtes Problemfeld zu nennen. Genannt wurde einiges, darunter die doppelte Staatsbürgerschaft bzw. die Einbürgerung, LGBTQ+-Rechte (Ehe für alle etc.), die Legalisierung der Abtreibung und viele weitere Einzelnennungen. Die Repräsentativität von solchen Angaben ist schwierig abzuschätzen.⁸⁶ Aber gerade die Passvergabe in Liechtenstein scheint für jugendliche Ausländerinnen und Ausländer ein Thema zu sein, das beschäftigt.

Gefragt wurde, wie man zum einen die persönliche Zukunft, zum anderen die Zukunft der Gesellschaft sieht (**Abbildung 28**). Die Beurteilungen gehen dabei weit auseinander. Fast drei Viertel (73 %) der Jugendlichen blicken zuversichtlich in die persönliche Zukunft. Aber mehr als die Hälfte (51 %) der Jugendlichen sorgt sich um die Zukunft der Gesellschaft im Allgemeinen. Wenn man nur die materiellen Antworten berücksichtigt, so geben fast 40 Prozent der Jugendlichen an, sich um die eigene Zukunft keine (allzu grossen) Sorgen zu machen, aber um jene der Gesellschaft schon. Mit anderen Worten: Das gesellschaftliche und das persönliche Wohlergehen werden getrennt betrachtet.

⁸⁵ 95 Prozent der Stimmberechtigten, die das Thema nannten, haben gemäss eigenem Bekunden schon an Volksabstimmungen teilgenommen.

⁸⁶ Wie gesagt, «nur» 70 (von fast 1'000 Jugendlichen) nutzen dieses Eingabefeld. Aber wie aus der Forschung bekannt ist, bedeutet dies noch nicht, dass nicht auch andere diese Ansicht teilen, aber aus Zeitgründen oder Convenience dies nicht angeben wollten.

Abbildung 28: Wahrnehmung der Zukunft (n=928)

© Liechtenstein-Institut

Wer sorgt sich um die eigene persönliche Zukunft? Es sind, wie gesagt, von vornherein nur wenige. Des Weiteren sind diese Sorgen offenbar nicht von soziodemografischen Merkmalen abhängig. Weder das Alter noch das Geschlecht oder die Erwerbssituation und die Staatsbürgerschaft korrelieren mit diesen Zukunftsängsten. Auffallend ist einzig, dass Männer signifikant öfter «sehr zuversichtlich» (31 %) in die eigene Zukunft blicken als Frauen (19 %). Der Anteil Besorgter ist indessen zwischen den Geschlechtern in etwa gleich verteilt.

Wer macht sich Sorgen um die Zukunft der Gesellschaft? Vor allem eine Gruppe fällt auf: Jugendliche, die sich einerseits um Gesundheit und Wohlbefinden oder um das Klima sorgen und andererseits auch aktiv an Demonstrationen und Protestaktionen teilnehmen. Bei ihnen, den «Klimabewegten», ist der Anteil um die Zukunft der Gesellschaft ernsthaft Besorgter besonders hoch⁸⁷. Interessanterweise sehen diese «Klimabewegten» die eigene Zukunft aber ebenso wie der Rest grossmehrheitlich zuversichtlich. In gewisser Weise sieht man die eigene Zukunft unabhängig von der gesellschaftlichen Zukunft.

Vergleicht man die Liechtensteiner Werte mit solchen aus dem Ausland, so fällt sofort auf, dass die Liechtensteiner Jugendlichen deutlich optimistischer in die Zukunft blicken. Der Anteil «sehr» und «eher» zuversichtlicher Jugendlicher beträgt, wenn es um die eigene Zukunft geht, in Liechtenstein 73 Prozent. Die Zukunft der Gesellschaft wird in Liechtenstein von 40 Prozent optimistisch betrachtet. Schweizer Jugendliche sind deutlich pessimistischer: Die entsprechenden Werte betragen in der Schweiz etwas über 40 Prozent (eigene Zukunft) und weniger als 20 Prozent (Zukunft der Gesellschaft).⁸⁸ Es ist unklar, weshalb die Unterschiede zwischen Liechtenstein und der Schweiz derart gross sind oder konkreter: weshalb die Schweizer Jugendlichen derart pessimistisch in die Zukunft blicken.⁸⁹ Sicherheits- und Wohlstands niveau sind in beiden Ländern vergleichbar ebenso wie viele weitere Parameter des Lebens. Möglicherweise hat es mit der Erhebungsmethode oder den Antwortkategorien zu tun. Möglicherweise sind aber die Zukunftsaussichten in Liechtenstein tatsächlich rosiger als in der Schweiz oder werden als rosiger empfunden.

⁸⁷ Beispiel: 35 Prozent der «Klimabewegten» (d. h., um das Klima Besorgte, die schon an Protestaktionen teilgenommen haben) blicken «überhaupt nicht» zuversichtlich in die Zukunft der Gesellschaft. Dieser Wert liegt rund 20 Prozentpunkte über dem Anteil für den Rest der Jugendlichen.

⁸⁸ CS-Jugendbarometer 2022: 6, 7.

⁸⁹ Tatsächlich blicken die Schweizer Jugendlichen etwa gleich pessimistisch in die eigene Zukunft wie ihre Altersgenossen in den USA und Singapur und pessimistischer als jene in Brasilien (CS-Jugendbarometer 2022). Es ist nicht auf Anhieb klar, weshalb, objektiv betrachtet, die Zukunftsaussichten in der Schweiz schlechter sein sollten als etwa in Brasilien.

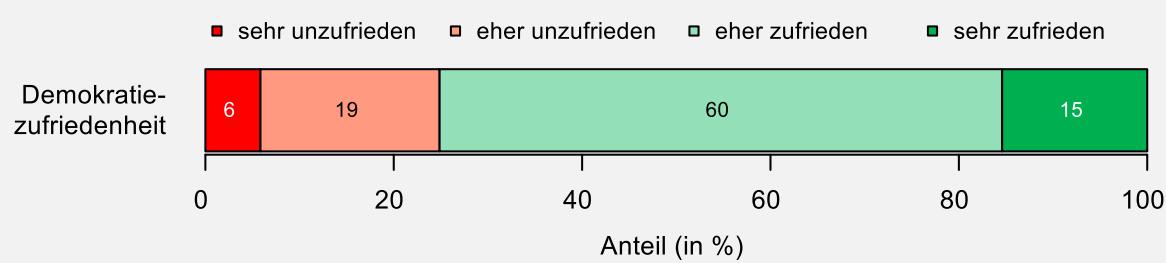
7.4 Haltungen zur Demokratie in Liechtenstein

Wie zufrieden sind die Liechtensteiner Jugendlichen mit der Funktionsweise des politischen Systems in Liechtenstein? Zunächst ist zu klären, wie zufrieden man mit der Demokratie in Liechtenstein generell ist. Die meisten Jugendlichen sind damit zufrieden: 15 Prozent sind sehr zufrieden, 60 Prozent eher zufrieden (Abbildung 29). Ein Viertel hat hingegen Bedenken. Damit unterscheiden sich Jugendliche nicht allzu sehr von älteren Altersgruppen. Die Werte für Liechtenstein als Ganzes sind im langjährigen Durchschnitt (1997–2022) ganz ähnlich. Die Werte sind überdies etwas höher als beispielsweise für Österreicher Jugendlichen (SORA 2020: 14).

Die Unzufriedenen konzentrieren sich nicht in einer bestimmten Merkmalsgruppe – zumindest nicht in einer, die in der vorliegenden Befragung auch erhoben wurde. Vielmehr sind Zufriedene und Unzufriedene quer über alle soziodemografischen oder politischen Gruppen zu finden. Allerdings sind beispielsweise junge Frauen etwas unzufriedener als junge Männer. FL-Sympathisierende wiederum sind selten sehr zufrieden (im Vergleich zu Jugendlichen, die der VU oder der FBP nahestehen, und Parteigebundenen), aber auch selten sehr unzufrieden.

Interessant ist des Weiteren, dass die Demokratiezufriedenheit unter den politisch Aktiven⁹⁰ etwas geringer (71 %) ist als unter den Tarnkappen-Demokraten (78 %). Diese Differenz ist, wie gesagt, gering und soll aufgrund der Befragungen innewohnenden Unschärfe nicht dramatisiert werden. Interessant ist indessen, dass es sich nicht umgekehrt verhält: Die politisch Aktiven, so könnte man erwarten, sollten mit der Demokratie zufriedener sein als jene, die politisch auf Stand-by-Modus sind. Diese Erwartung könnte man hegen, weil politische Inaktivität mutmasslich mit einer gewissen Verdrossenheit mit dem politischen System zu tun hat, während jene, die politisch aktiv sind, von der Demokratie, die sie aktiv mitgestalten, doch überzeugter sein sollten. Dies scheint in Liechtenstein nicht der Fall zu sein. Vielmehr scheint es eher so zu sein, dass man der Politik fernbleibt, weil man grundsätzlich zufrieden ist, wie die politischen Dinge laufen, und es ergo keinen Grund gibt, aktiv einzutreten. Im Prinzip beschreibt dieses freiwillige Fernbleiben von Politik das Tarnkappen-Konzept (Hibbing und Theiss-Morse 2002) ziemlich genau, weshalb die Bezeichnung Tarnkappen-Demokraten eine zusätzliche Berechtigung erhält. Ein weiteres, von Michael Schudson (1998) eingeführtes Konzept, das Konzept des «monitorial citizen», trifft es möglicherweise noch besser: Diese «monitorial citizens» halten sich politisch meist vornehm zurück, zumindest so lange, als die Dinge ihren normalen Lauf nehmen. Sie intervenieren erst, wenn es nötig ist – alarmiert beispielsweise durch die Medien oder durch wirtschaftlich negative Entwicklungen. Die These des kontinuierlich überwachenden, aber ansonsten inaktiven Bürgers («monitorial citizen») scheint auf die hier als Tarnkappen-Demokraten bezeichnete Gruppe eher zuzutreffen als die Verdrossenheits-Hypothese: Ein erheblicher Teil der Liechtensteiner Jugendlichen hält sich von Politik nicht deshalb fern, weil sie von ihr enttäuscht und verdrossen sind, sondern, weil sie mit ihr grundsätzlich zufrieden sind.

Abbildung 29: Demokratiezufriedenheit (n=829)

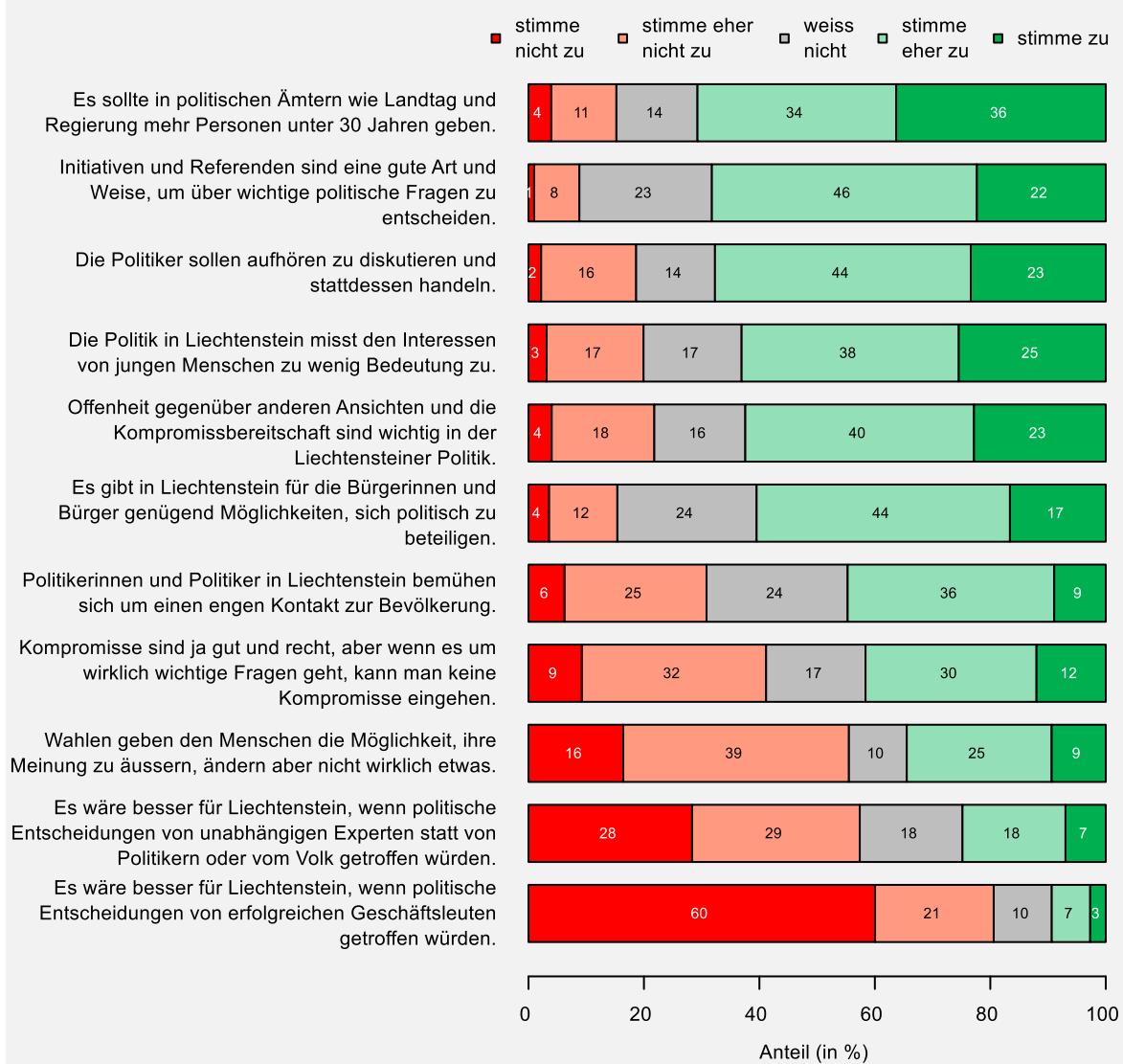


⁹⁰ Diese Werte beziehen sich nur auf die wahlberechtigten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner. Bei den Nicht-Wahlberechtigten verhält es sich indessen nicht viel anders.

Man mag mit dem Funktionieren der Demokratie, gesamthaft gesehen, zufrieden sein, aber mit einzelnen Aspekten nicht. Deshalb wurden elf einzelne Aspekte der demokratischen Funktionsweise den Befragten zur Bewertung vorgelegt.

Viele Jugendliche (70 %) stimmen darin überein, dass es in politischen Ämtern wie Landtag und Regierung mehr Personen unter 30 Jahren geben soll (Abbildung 30). Unter den FL-Sympathisierenden ist dies gar nahezu Konsens (95 %). Ebenso umstritten sind die Instrumente Referendum und Volksinitiative: 68 Prozent der Jugendlichen sind der Ansicht, diese seien eine gute Art und Weise, um über wichtige politische Fragen zu entscheiden. Nur 9 Prozent widersprechen dieser Aussage explizit.⁹¹ Dieser Befund bestätigt den Befund aus Kapitel 5.6, wonach die klassischen politischen Beteiligungsformen keineswegs aus der Mode sind. Vielmehr sind sie breit akzeptiert.

Abbildung 30: Aussagen zum Funktionieren der Demokratie (n=917)



⁹¹ Vor allem Jugendliche ohne Liechtensteiner Pass haben bei dieser Frage oft mit «Weiss nicht» geantwortet.

Auch der Aussage, wonach Politiker zu diskutieren aufhören und stattdessen handeln sollen, findet eine Mehrheit von rund zwei Dritteln. Die Aufforderung zur Tat erschallt dabei in allen Merkmalsgruppen: links wie rechts, aber auch in der Mitte des politischen Spektrums. Auch sollte die Liechtensteiner Politik den Interessen der Jugend mehr Bedeutung zumessen, befinden 63 Prozent der Jugendlichen. Was damit genau gemeint ist, bleibt offen. Aus Erfahrung weiß man zudem, dass eigentlich alle Gruppen (seien es Rentner, Mittelständler etc.) der Ansicht sind, ihrer Gruppe werde vonseiten der Politik zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dass es sich dabei (Gefühl der Vernachlässigung) zumindest teilweise um eine menschliche Grundeigenschaft handelt, ist auch daran zu erkennen, dass der umgekehrte Fall, also die Ansicht, die Politik schenke den eigenen Interessen zu viel Aufmerksamkeit, so gut wie nie vorkommt.

Sodann wurden zwei Aussagen getestet, die sich antagonistisch zueinander verhalten. Dabei geht es um Kompromisse in der Demokratie. Die eine Aussage lautete, dass die Offenheit gegenüber anderen Ansichten und die Kompromissbereitschaft wichtig seien in der Liechtensteiner Politik. Die andere Aussage lautete hingegen, dass Kompromisse zwar gut und recht seien, aber dass man keine Kompromisse eingehen könne, wenn es um wirklich wichtige Fragen gehe. Zunächst: Die Antworten zu beiden Aussagen verhalten sich nicht spiegelverkehrt zueinander, sondern es gibt vermeintliche oder tatsächliche Inkonsistenzen. Beispielsweise ist fast die Hälfte (44 %) jener, die bei wichtigen Fragen keine Kompromisse eingehen wollen, der Ansicht, Kompromisse seien wichtig in der Liechtensteiner Politik. Das muss kein Widerspruch sein, ist aber erkläruungsbedürftig. Insgesamt ist die Zustimmung zur generellen Kompromissbereitschaft höher (63 %) als für die Kompromisslosigkeit bei wichtigen Fragen (42 %). Wer sind die «Kompromisslosen» und bei welchen Fragen gibt es keine Kompromisse? Keine Kompromisse bei wichtigen Fragen wollen jene eingehen, die sich an den Polen des politischen Spektrums verorten. Dabei spielt es keine Rolle, ob links oder rechts aussen. An beiden Enden des politischen Kontinuums ist man zu Kompromissen weniger bereit als dazwischen. Welches diese wichtigen Fragen sind, ist bereits weniger klar. Auf jeden Fall scheint dies – angesichts von Bewegungen wie Extinction Rebellion etc. doch etwas überraschend – nicht der Klimawandel zu sein. Wer den Klimawandel und den Umweltschutz als vorrangig zu lösendes politisches Problem bezeichnete, ist nicht kompromissloser als andere.

Grundsätzlich, so eine Mehrheit der Jugendlichen (61 %) weiter, gebe es in Liechtenstein genügend Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. Dieser Ansicht sind vor allem jene, die sich politisch auch stark beteiligen.⁹² Dass sich die Politikerinnen und Politiker in Liechtenstein um engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen, bejahten 45 Prozent, während 31 Prozent dies bestritten. Ein knappes Drittel (34 %) ist der Ansicht, dass Wahlen den Menschen zwar die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu äußern, aber nicht wirklich etwas ändern. Umgekehrt bestreiten 55 Prozent diese Aussagen, sind also von der Wirksamkeit der Wahlen überzeugt. Wir erinnern uns: Die Akzeptanz der direktdemokratischen Instrumente war höher. Eine Mehrheit von 68 Prozent stimmte der Aussage zu, wonach Referenden und Initiativen gute Instrumente seien, um über wichtige politische Fragen zu entscheiden.

Schliesslich wurden zwei Aussagen vorgelegt, die eine Technokratie anstelle der Demokratie fordern. Beide Aussagen stoßen auf heftigen Widerspruch. Nahezu einig (81 %) sind sich die Jugendlichen, dass es nicht besser für Liechtenstein wäre, wenn politische Entscheidungen von erfolgreichen Geschäftsleuten getroffen würden. Eine Art platonisches Philosophenkönigtum («Es wäre besser für Liechtenstein, wenn politische Entscheidungen von unabhängigen Experten anstatt von Politikern oder vom Volk getroffen würde») wird von 57 Prozent der Jugendlichen abgelehnt. 18 Prozent haben hierzu keine Meinung, aber 25 Prozent lassen durchblicken, dass sie sich mit dieser Idee anfreunden

⁹² Die Politikenthusiasten unter den Wahlberechtigten stimmten dieser Aussage deutlich stärker zu (88 %).

könnten. Eine Experten-Technokratie kommt links etwas besser an als in der Mitte oder im rechten Spektrum, findet aber auch im linken Lager keine Mehrheit.

In welchem Zusammenhang stehen diese Haltungen zur Funktionsweise der Liechtensteiner Demokratie zur politischen Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen? Wie oben bereits angedeutet, wollen die Tarnkappen-Demokraten oftmals gar nicht mehr Teilhabe an der Politik. Zwei Beispiele: Während etwa die politisch Hochaktiven der Aussage, wonach es in politischen Ämtern mehr Junge geben soll, zu 55 Prozent (voll und ganz) zustimmten, waren nur 30 Prozent der Tarnkappen-Demokraten damit (voll und ganz) einverstanden. Ebenso sind die weitgehend politisch Inaktiven selten der Ansicht (18 %), die Liechtensteiner Politik messe den Interessen der Jungen zu wenig Bedeutung zu, während die Aktiven viel öfter (44 %) so denken.⁹³ Kurz, die Passivität der Tarnkappen-Demokraten entstammt nicht einer Frustration und Verdrossenheit mit Politik, sondern ist (teilweise) gewollt. Es ist, wenn schon, eher umgekehrt: Wer unzufrieden mit der Politik ist, bringt sich deshalb auch höchst aktiv mit ein.

Die Mühlen der Demokratie mahnen bekanntermassen langsam. Mahlen sie allenfalls zu langsam? Gerade der Klimajugend sei die Demokratie zu langsam, wird vielfach behauptet.⁹⁴ Gefragt wurden die Jugendlichen deshalb, ob man die demokratischen Prozesse zwecks Bekämpfung des Klimawandels einschränken dürfe (**Abbildung 31**). 16 Prozent der Befragten hatten hierzu keine Meinung («Weiss nicht»). Weitere 11 Prozent sind der Ansicht, dass der Klimawandel ohnehin nicht bekämpft werden könne, während eine kleine Minderheit den (menschengemachten) Klimawandel abstreitet. 10 Prozent wollen keinerlei Einschränkungen des demokratischen Rechtsstaates in Kauf nehmen. Eine relative Mehrheit von 28 Prozent würde demokratische Prozesse in Ausnahmefällen aussetzen. Ein weiteres Viertel (25 %) würde noch etwas weiter gehen («manchmal einschränken») und 8 Prozent sind im Prinzip für eine Art Klima-Notstandsregime⁹⁵ («ohne Weiteres einschränken»).

Es ist schwierig zu sagen, was sich die einzelnen Jugendlichen unter «Einschränkungen» oder auch «Ausnahmefällen» etc. vorstellen. Während der Corona-Krise wurden bestimmte Grundrechte eingeschränkt, etwa die Versammlungsfreiheit, die Fortbewegungsfreiheit u.a. Jugendliche werden dies auch am eigenen Leib gespürt haben. Vielleicht hatten einige Befragte solche Einschränkungen im Sinn, möglicherweise aber auch andere. Fakt ist aber, dass demokratische Prozesse für eine Mehrheit der Jugendlichen nicht sakrosankt sind, also eingeschränkt werden dürfen – zumindest zwecks Bekämpfung des Klimawandels. Diese Haltung resultiert möglicherweise auch aus den Erfahrungen mit dem Notrechtsregime⁹⁶ während der Corona-Krise. Das Notrecht wurde von gewissen Klimaaktivisten zwar schon vor der Corona-Krise ins Gespräch gebracht, aber während jener Zeit wurde der Vergleich immer wieder gebracht. In einem offenen Brief⁹⁷ an europäische Regierungen haben beispielsweise Greta Thunberg und Luisa Neubauer (als Unterzeichnende) im Prinzip eine Abkehr vom bisherigen demokratisch-marktwirtschaftlichen System («today's system») gefordert.

⁹³ Dazu passt überdies, dass politisch Inaktive gegen die Vorstellung, dass Liechtenstein entweder von Technokraten oder Wirtschaftsweisen regiert werden soll, auch weniger scharf opponieren als Aktive. Dies ist ein weiteres Indiz für die Benennung dieser Gruppe als Tarnkappen-Demokraten, denn die Übertragung politischer Entscheidungsmacht an nicht-gewählte Expertinnen und Experten sowie Geschäftsleute ist ein zentraler Bestandteil des Tarnkappen-Konzepts nach Hibbing und Theiss-Morse (2002). Um Missverständnissen vorzubeugen, ist aber klar festzuhalten, dass die politisch Inaktiven solchen Vorstellungen in der grossen Mehrzahl skeptisch gegenüberstehen. Aber eine nicht unerhebliche Zahl hat hierzu keine Meinung oder stuft sich irgendwo zwischen den Polen ein.

⁹⁴ <https://www.swissinfo.ch/ger/politik/der-schweizer-klimajugend-ist-die-demokratie-zu-langsam/46055740> (abgerufen am 24.5.2023).

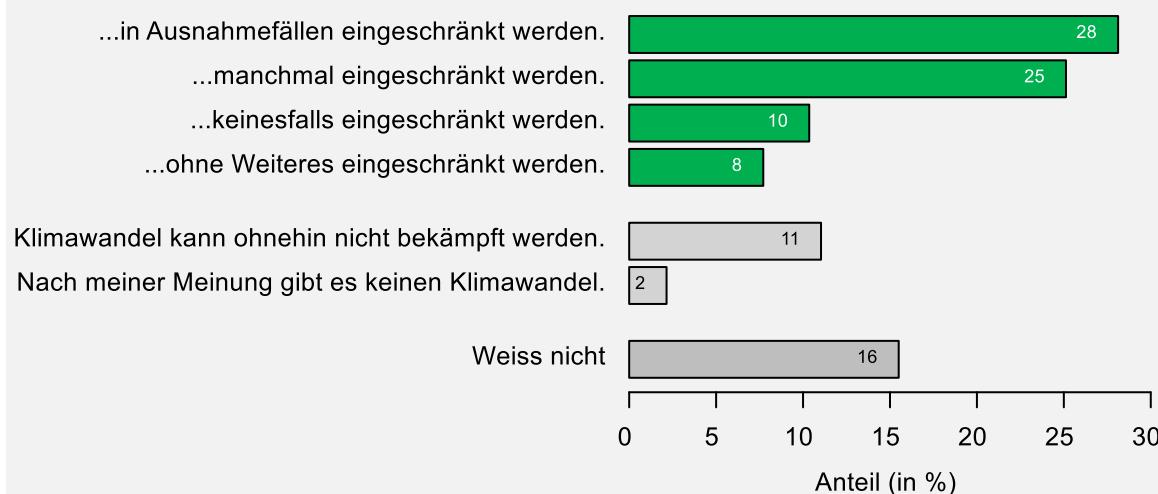
⁹⁵ Tatsächlich haben beispielsweise verschiedene Schweizer Städte offiziell den Klimanotstand ausgerufen, was aber meist einen symbolischen Charakter aufwies und keine Normänderungen oder Reformen umfasste.

⁹⁶ https://www.swissinfo.ch/ger/politik/demokratie-schweiz_die-sprengkraft-der--diktatur--polemik/46413966 (abgerufen am 24.5.2023).

⁹⁷ <https://climateemergencyeu.org/#letter> (abgerufen am 24.5.2023).

Abbildung 31: Einschränkung demokratischer Prozesse zum Zwecke der Bekämpfung des Klimawandels (n=917)

Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, dürfen demokratische Prozesse...



© Liechtenstein-Institut

Jene, die demokratische Prozesse «ohne Weiteres» einschränken würden, sind auffallend oft im äusseren linken Spektrum anzusiedeln (was wohl auch am Zweck, also dem Klimaschutz, liegt), haben sich schon auffallend oft (22 %) an politischen Protestaktionen beteiligt, nehmen es schnell persönlich, wenn jemand anderer Meinung ist, und empfinden politische Diskussionen auffallend oft als aggressiv.

7.5 Zusammenfassung

Ein erheblicher Teil der Jugendlichen hat bereits gefestigte politische Ansichten. Wie anderswo in Westeuropa ist auch die Liechtensteiner Jugend stärker links als die Erwachsenen. Das Vertrauen in die Institutionen ist aber hoch, teilweise höher als bei den Erwachsenen. Die direkte Demokratie ist breit akzeptiert. Eine breite Skepsis gegenüber den Instrumenten der direkten Demokratie ist unter den Jugendlichen nicht zu erkennen. Auch die Wahlen sind als Mittel der politischen Mitbestimmung akzeptiert.

Klimawandel und Umweltschutz beschäftigen die Jugendlichen hierzulande am stärksten. Kein anderes Problemfeld wurde auch nur annähernd so häufig genannt. Gleichwohl landete der Klimawandel bei mehr als der Hälfte der jugendlichen Befragten (58 %) nicht in den Top Drei der Probleme. Der Verkehr und die Gleichberechtigung beschäftigen die Jugendlichen ebenfalls, Ersteres primär die Männer, Letzteres vor allem die Frauen.

Mit der Demokratie und dem politischen System sind die Jugendlichen weitestgehend zufrieden. Gewünscht ist eine stärkere Vertretung der Jugend in politischen Ämtern und eine stärkere Ausrichtung an den Interessen der Jugendlichen. Es soll in der Politik zudem mehr gehandelt und weniger debattiert werden, meinen die Jugendlichen. Abgelehnt werden jedoch alternative Herrschaftsmodelle wie eine Technokratie (Experten-Regierung) oder ein von der Wirtschaft gesteuerter Staat. Demokratische Prozesse sind in den Augen der Jugendlichen indessen nicht sakrosankt – zumindest, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels geht. Nur 10 Prozent sind der Ansicht, demokratische Prozesse dürfen unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Rund ein Viertel hat hierzu keine Meinung oder eine resignative Sicht («Klimawandel kann ohnehin nicht bekämpft werden»). Aber rund 60 Prozent sieht in der Einschränkung demokratischer Prozesse kein Tabu. Die meisten von ihnen würden demokratische Prozesse nur «manchmal» oder «in Ausnahmefällen» einschränken. 8 Prozent sieht indessen kein Problem, Demokratie zum Zwecke der Bekämpfung des Klimawandels «ohne Weiteres» einzuschränken.

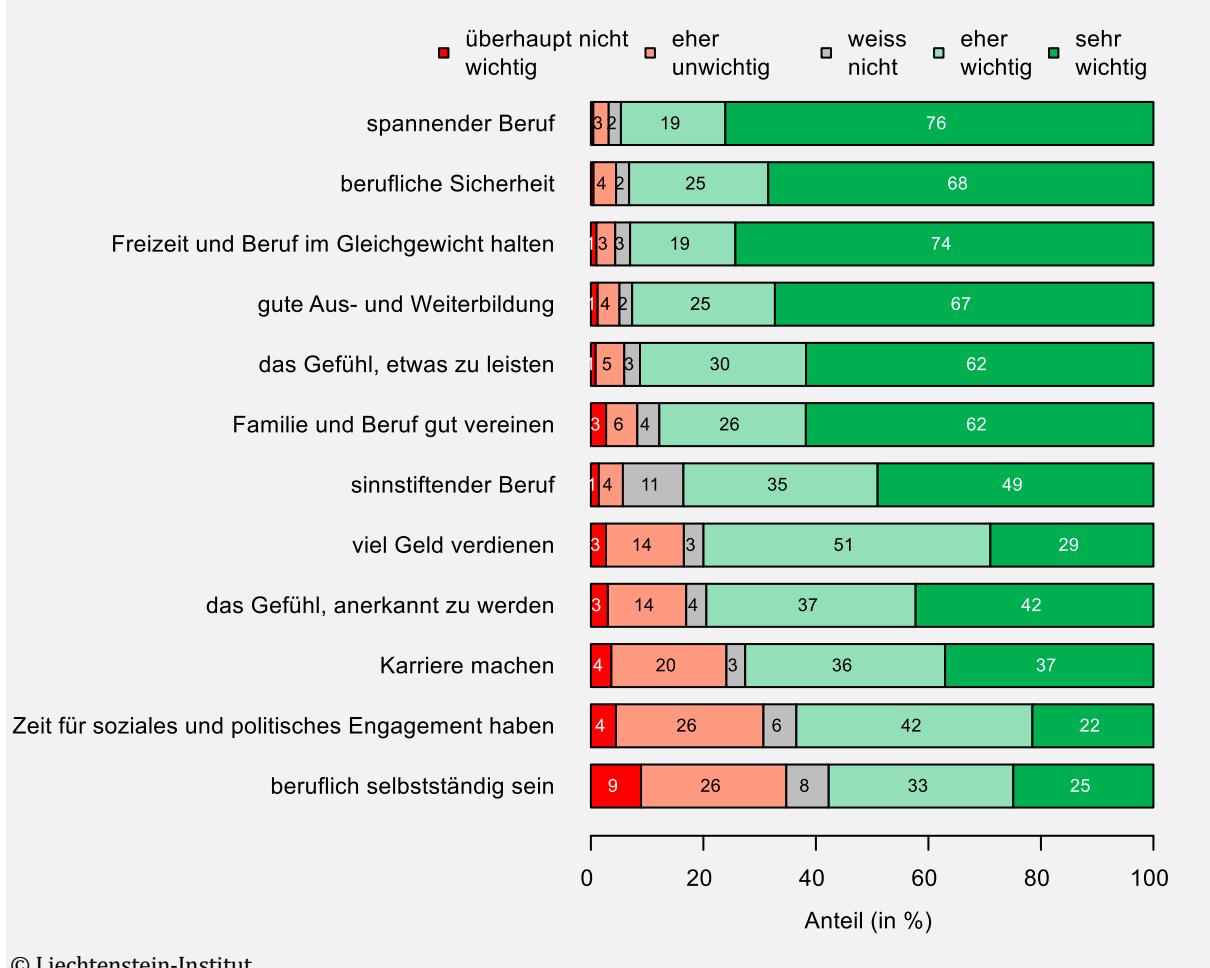
8 BERUF UND AUSBILDUNG

Wenn in der Öffentlichkeit über die Generation Z diskutiert wird, wird oft kolportiert, dass diese Generation andere Vorstellungen über den Beruf mit sich bringt – insbesondere hinsichtlich der Work-Life-Balance. Doch wie blicken die Liechtensteiner Jugendlichen tatsächlich in ihre berufliche Zukunft? Um diese Frage zu beantworten, wurden den Jugendlichen zum Schluss der Befragung noch verschiedene Fragen zu ihren persönlichen Berufsvorstellungen gestellt.

8.1 Vorstellungen über den Beruf

Im Alter zwischen 16 und 24 Jahren machen sich Menschen naturgemäß Gedanken über ihre berufliche Zukunft. Sie wurden deshalb gefragt, welche beruflichen Aspekte ihnen wichtig bzw. nicht wichtig sind. Zunächst ist zu vermerken, dass im Prinzip alles wichtig und erstrebenswert ist: Sicherheit, Erfüllung, Work-Life-Balance, Salär, aber auch Karriere (**Abbildung 32**). Indes, es gibt doch einige Unterschiede. Spannend soll der Beruf, den sie ausüben, für die allermeisten sein (Anteile «eher» und «sehr wichtig»: 95 %). Auch eine gewisse Jobsicherheit wünschen sich die meisten (93 %). Die Work-Life-Balance soll ferner ebenso gegeben sein (93 %) und zudem sollen gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gewährleistet sein (92 %). Eine gewisse Erfüllung («das Gefühl, etwas zu leisten») soll mit dem Beruf ebenfalls einhergehen (92 %) und überdies soll das Familienleben nicht arg unter der Berufsausübung leiden (88 %). Der Beruf soll zudem nicht zur «Entfremdung» führen, sondern einen gewissen Sinn im Leben stiften (84 %). Letzteres ist vor allem für Maturierende und Studierende von hoher Bedeutung.

Geld schadet meist nicht, werden sich wohl viele sagen, denn für 80 Prozent ist es eher oder sehr wichtig, «viel Geld zu verdienen». Interessant ist, dass jene, die sich Sorgen um Arbeitslosigkeit machen, diesen Wunsch besonders dezidiert äußerten (53 % «sehr wichtig»; Rest: 28 %). Vielleicht ist dieser Wunsch also ein nur allzu verständlicher Reflex auf die mutmasslich schwierige, individuelle finanzielle Situation. Weiter scheint die Bedeutung des Geldes von der ideologischen Gesinnung abhängig zu sein. FL-Sympathisierenden ist das Geld zwar nicht egal, aber sie kreuzten deutlich seltener als der Rest die Option «sehr wichtig» an (14 %). Natürlich sind alle Angaben zum Geld stets mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Die Liebe zum Geld gilt mancherorts als etwas Verpöntes, weshalb hier einige Zurückhaltung geübt haben könnten. Überdies ist es leichter, das Geld als Nebensache zu betrachten, wenn man es sozusagen «von Haus aus» hat. Aber die Werte zeigen doch, dass der Lohn in den Vorstellungen der Jugendlichen über den Beruf eine wichtige Rolle spielt. Auch ein Nicht-Zusammenhang ist manchmal eine Erkenntnis: Diesbezüglich ist zu konstatieren, dass es zwischen den Geschlechtern keine Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung des Geldes gibt. Hingegen gaben Studierende und Maturierende erheblicher seltener (21 %) als Jugendliche mit Lehre (40 %) an, viel Geld zu machen, sei «sehr wichtig». Möglicherweise aus den oben bereits genannten Gründen. Auf jeden Fall aber ist es mit einem Hochschulabschluss zwar längst nicht garantiert, aber erfahrungsgemäß gewiss wahrscheinlicher, viel Geld zu machen als mit einem Lehrabschluss. Vielleicht ist aber genau diese mit einem Hochschulabschluss verbundene finanzielle Zukunftsgarantie die Ursache dafür, dass man sich um Geld keine Sorgen und entsprechend weniger Gedanken machen muss.

Abbildung 32: Lebensziele im Zusammenhang mit dem Beruf (n=898)

© Liechtenstein-Institut

Anerkennung und Wertschätzung sind ebenfalls oft erwünscht, aber insgesamt offenbar nicht wichtiger als das Geld. Die Jugendlichen Liechtensteins wollen in der Mehrheit überdies Karriere machen (73 %). Auffallend ist allerdings der Umstand, dass Studierende und Maturierende weniger erpicht sind, Karriere zu machen, als Jugendliche, die eine Lehre machen (oder absolviert haben).⁹⁸

Zwei Aspekte sind für die Liechtensteiner Jugendlichen im Vergleich mit den anderen abgefragten Aspekten indessen nicht so wichtig: Zeit für politisches und soziales Engagement ist rund zwei Dritteln (64 %) der Jugendlichen «eher» oder «sehr wichtig». Dieser Wert ist immer noch gleichbedeutend mit einer komfortablen Mehrheit. Aber der Umstand, dass viele andere Aspekte wichtiger sind und man im Leben in aller Regel nicht alles gleichzeitig haben kann, deutet darauf hin, dass Zeit für soziales und politisches Engagement lediglich «nice to have» sind, aber im Zweifelsfall – und das dürfte relativ rasch der Fall sein – zugunsten anderer Ziele geopfert wird. Berufliche Selbstständigkeit ist für 25 Prozent «sehr wichtig» und für weitere 33 Prozent «eher wichtig». Auch hier ist zunächst zu vermerken, dass für mehr als die Hälfte der Jugendlichen dies ein wichtiges Anliegen ist. Aber auch hier ist anzunehmen, dass dieser Aspekt im «Wettstreit» mit anderen Zielen unter Umständen hintangestellt wird.

Vergleicht man Jugendliche mit Lehre (Berufslehre, Lehre, Diplommittelschule, Eidgenössisches Berufsattest) und Gymnasiasten und Studierende (Universität, Fachschule, Fachhochschule), so geht

⁹⁸ Hinzu kommt, dass Maturierende und Studierende die Lehre weitaus seltener als *garantierten* Türöffner («stimme voll und ganz zu») für eine Karriere betrachten (29 %) als Jugendliche in der Lehre (52 %). In diesem Zusammenhang ist aber gleichzeitig zu vermerken, dass die Lehre unter jenen mit Lehre ein gutes Image hat: die betroffenen Jugendlichen die Chancen und Vorteile des dualen Bildungswegs also erkennen und schätzen.

es, grob zusammengefasst, den Letzteren stärker um die Verwirklichung postmaterieller Ziele (Sinn, Anerkennung, Spannung, Work-Life-Balance), während bei den Ersteren stärker die materiellen Ziele im Vordergrund stehen (Geld, Karriere, Selbstständigkeit). Dies ist, wie gesagt, eine grobe Vereinfachung der Analyse beruflicher Ziele und Wunschvorstellungen nach Ausbildung.⁹⁹ In der Regel werden in allen Gruppen alle Ziele bis zu einem gewissen Grad angestrebt, aber es gibt doch Unterschiede, vor allem auch hinsichtlich der Intensität, mit welcher diese Ziele angestrebt werden. Dabei ist unklar, ob die postmaterielle Orientierung von Maturanden und Studierenden Ausdruck genuiner Überzeugungen oder sozialer Erwünschtheit ist – oder darauf zurückzuführen ist, dass die materiellen Ziele schon erreicht oder garantiert sind.

Im internationalen Vergleich sind die Liechtensteiner Werte praktisch durchweg hoch, teilweise erheblich höher als anderswo. Gemäss dem CS-Jugendbarometer 2022 möchten nur 29 Prozent der 16- bis 25-jährigen Schweizerinnen und Schweizer im Beruf explizit viel Geld verdienen, während dieser Anteil in Liechtenstein beinahe drei Mal so hoch ist und 80 Prozent beträgt. Ähnlich, wenn vielleicht auch nicht derart konträr, verhält es sich mit anderen Berufszielen. Karriere machen wollen Schweizer Jugendliche in deutlich geringerem Ausmass als Liechtensteiner Jugendliche und selbst das Gegenprogramm dazu – nämlich Freizeit und Beruf im Gleichgewicht zu halten – wird in der Schweiz seltener angestrebt als in Liechtenstein. Überspitzt formuliert wollen die Liechtensteiner Jugendlichen beruflich am liebsten alles – Work-Life-Balance, Karriere, Spannung, Erfüllung und Geld –, während die Schweizer Jugendlichen eher das Ideelle dem Materiellen vorziehen, aber selbst Ersteres nicht derart stark betonen wie Liechtensteiner Jugendliche. Es ist unklar, weshalb die Unterschiede zwischen den beiden so ähnlichen Nachbarländern bei den Berufszielen derart gross sind, insbesondere wenn man bedenkt, dass es ansonsten nur geringfügige Unterschiede zwischen Liechtensteiner und Schweizer Jugendlichen gibt.

Was denken Jugendliche über das Arbeits- und Berufsleben? Dazu wurden den Jugendlichen 14 Aussagen vorgelegt, denen sie zustimmen konnten oder die sie ablehnen konnten (**Abbildung 33**). Drei Aussagen stiessen auf überwältigende Zustimmung: Erstens, berufliche Misserfolge gehören zum Leben (Zustimmung: 86 %). Das wird von den Jugendlichen gewissermassen prophylaktisch einkalkuliert. Zweitens ist der Glaube daran, dass man durch harte Arbeit und vollen Einsatz gute Chancen habe im Berufsleben, (beinahe) ungebrochen (83 %). Auch die ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind davon überzeugt. Überdies sind die Unterschiede zwischen den Ausbildungsstufen eher gering, während Frauen diese Ansicht gar stärker teilen als Männer. Das ist insofern bemerkenswert, als sich Frauen geringere Erfolgsaussichten ausrechnen als Männer (siehe unten). Drittens, die Lehre wird als Türöffner für Weiterbildung und Karriere breit akzeptiert (82 %).

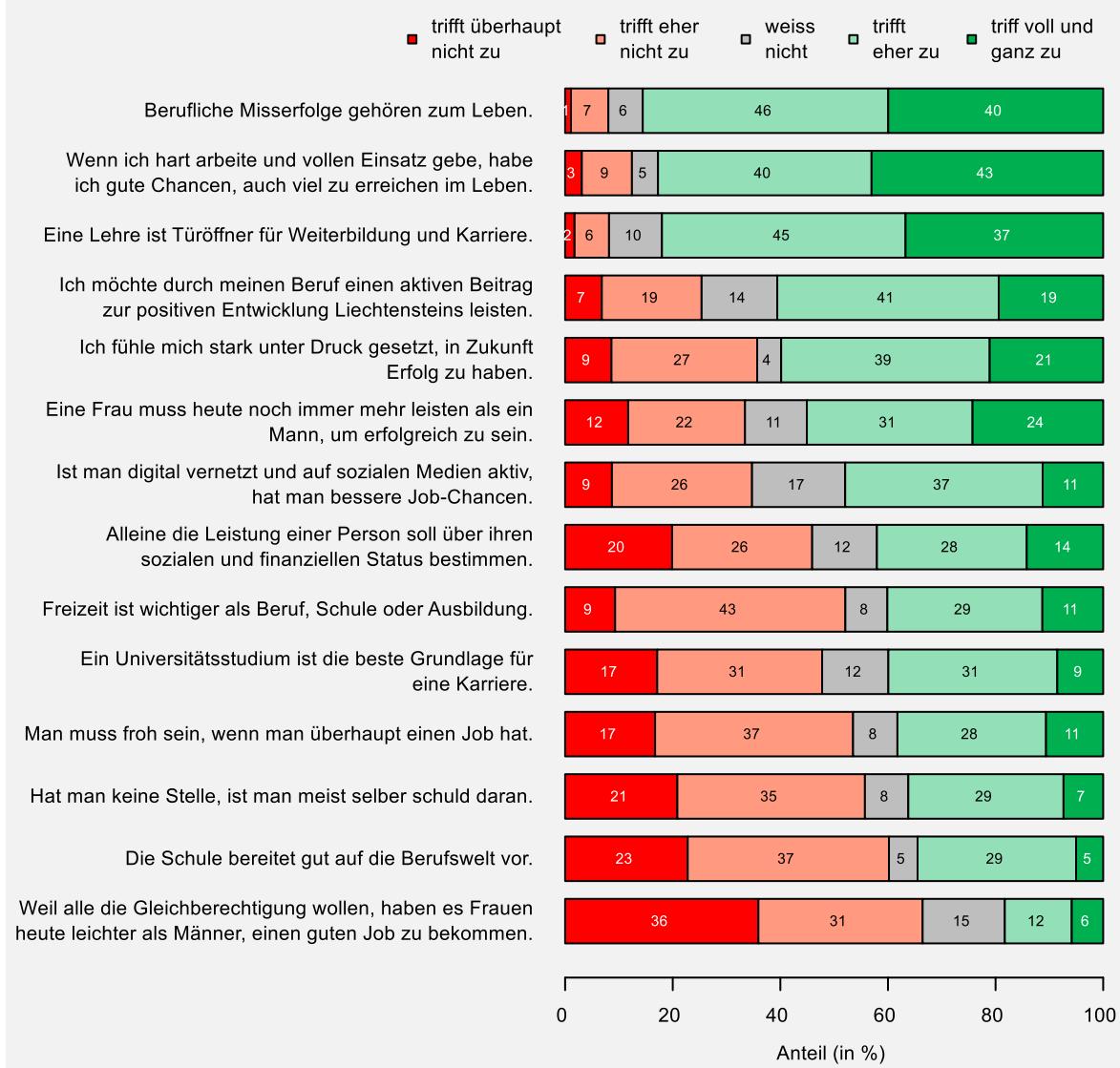
Vier weitere Aspekte erzielen absolute bzw. relative Mehrheiten unter den Liechtensteiner Jugendlichen, sind aber nicht Konsens. Einen aktiven Beitrag zur positiven Entwicklung Liechtensteins wollen 60 Prozent mit ihrem Beruf leisten. Dies korreliert vor allem mit dem Stolz auf Liechtenstein. Wo dieser nicht vorhanden ist, ist auch der Wunsch, etwas zur positiven Entwicklung Liechtensteins beizutragen, limitiert. Sodann fühlen sich 60 Prozent der Jugendlichen «stark» unter Druck gesetzt, in Zukunft Erfolg zu haben. Woher dieser Druck genau kommt, ist unklar: Familie, Gesellschaft, das «System» oder am Ende vielleicht man selbst. Interessant ist indessen, dass junge Frauen diesen Druck stärker verspüren (Anteil «voll und ganz einverstanden»: 27 %) als junge Männer (15 %). Noch stärker verspüren diesen Druck jene Frauen, die Karriere machen wollen (35 %).

⁹⁹ Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass das Ausbildungsniveau in diesem Alter noch nicht fix ist, sondern eine gewisse Dynamik aufweist. Gerade bei den jüngsten Befragten ist davon auszugehen, dass sich das aktuelle Ausbildungsniveau verändern wird.

Einen noch weitaus grösseren Gender-Gap gibt es indessen bei der Aussage, wonach Frauen noch immer mehr leisten müssen als Männer, um erfolgreich zu sein. Insgesamt pflichteten 55 Prozent dieser Aussage bei, während ein Drittel sie in Abrede stellte. Aber bei den Frauen sind es 80 Prozent, bei den Männern sind es blass 31 Prozent, die diese Sichtweise teilen. Noch kontrastreicher wird es, wenn für Geschlecht und politische Ausrichtung gleichzeitig kontrolliert wird. Frauen sind sich unabhängig von der Parteicolour im Grossen und Ganzen einig, dass es Frauen immer noch schwerer haben im Berufsleben. Aber bei den Männern gibt es ideologische Gräben: Junge Männer ohne Parteibindung oder mit Sympathien zu den beiden Grossparteien sehen grossmehrheitlich (60+ %) keine Benachteiligung der Frauen im Berufsleben. FL-Sympathisanten (Männer) hingegen schon (63 %).

Die digitale Vernetzung und Versiertheit mit sozialen Medien werden von knapp der Hälfte (48 %) aller Jugendlichen als Erfolgsgaranten im Berufsleben betrachtet. 17 Prozent hatten hierzu keine Meinung.

Abbildung 33: Aussagen über Beruf und Ausbildung (n=898)



Das Leistungsprinzip – «allein die Leistung einer Person soll über ihren sozialen und finanziellen Status bestimmen» – ist umstritten. 42 Prozent stehen hinter diesem Prinzip, 46 Prozent lehnen es ab. Dabei ist schwierig zu sagen, weshalb genau Unterschiede sind wiederum vor allem in Kombination von Geschlecht und politischer Haltung zu erkennen: FL-Sympathisantinnen lehnen dieses Prinzip am deutlichsten ab (Anteil «überhaupt nicht einverstanden»: 39 %), FBP-Sympathisanten bejahen es am stärksten (Anteil «voll und ganz einverstanden»: 25 %).

Was ist wichtiger – Freizeit oder Beruf, Schule bzw. Ausbildung? 40 Prozent geben der Freizeit den Vorrang, 52 Prozent nicht. Von der Ausbildung oder Beschäftigungssituation scheint diese Haltung nur marginal beeinflusst zu sein. Wer in Ausbildung oder Lehre ist, betont jene auch etwas stärker als die Freizeit, aber die Unterschiede zu anderen Merkmalsgruppen sind gering. Die Balance zwischen Freizeit und Beruf bzw. Schule/Ausbildung ist offenbar von individuellen Eigenschaften abhängig, die in der Umfrage nicht erhoben worden sind.

Ein Universitätsstudium betrachten 40 Prozent als beste Grundlage für eine Karriere, während 48 Prozent dies anders sehen. Ein Stück weit ist dies – wie erwartet – davon abhängig, ob man selbst studiert oder wahrscheinlich vorhat, dies zu tun (Matura). Jugendliche mit Berufslehre stellten dies um einiges deutlicher in Abrede (63 %) als Studierende der Universität oder Fachhochschule (41 %). Aber die Unterschiede zwischen den Bildungsstufen sind nicht übermäßig gross.

Sorgen bezüglich Beschäftigungssituation machen sich 39 Prozent der Jugendlichen. Auf jeden Fall pflichteten sie der Aussage bei, wonach man froh sein muss, wenn man überhaupt einen Job hat. Jugendliche mit obligatorischem Schulabschluss sind erwartungsgemäss eher dieser Ansicht (59 %) als Studierende (24 %). Gering sind die Unterschiede indessen zwischen den Geschlechtern oder solchen mit und ohne Liechtensteiner Pass.

Wen trifft die «Schuld», wenn man keine Arbeitsstelle hat? Etwas mehr als ein Drittel (36 %) ist der Ansicht, dass man daran meistens selbst Schuld trägt. 56 Prozent sehen andere, von der eigenen Person losgelöste Ursachen. Teils ist dies davon abhängig, ob man selbst eine Vollzeitbeschäftigung innehat oder nicht. Teils zeigen sich wiederholt ideologische Muster. FL-Sympathisantinnen im Speziellen bestreiten eine Eigenverantwortung des Individuums in dieser Situation (Erwerbslosigkeit) vehement (86 %), während etwa bei FBP-Sympathisanten dieser Anteil nur knapp über 50 Prozent liegt.

Kritisch betrachten die Liechtensteiner Jugendlichen die Schule als Vorbereitung für das berufliche Leben. Nur etwa ein Drittel (34 %) hält die Schule für eine gute Vorbereitung auf das Berufsleben, eine Mehrheit von 60 Prozent bestreitet dies. Dass es Frauen wegen der Gleichberechtigung heute leichter haben als Männer, einen guten Job zu bekommen, verneinen rund zwei Drittel (67 %) aller Liechtensteiner Jugendlichen. Zwar gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern, aber selbst die Mehrheit der Männer sieht Frauen nicht als bevorteilt an.

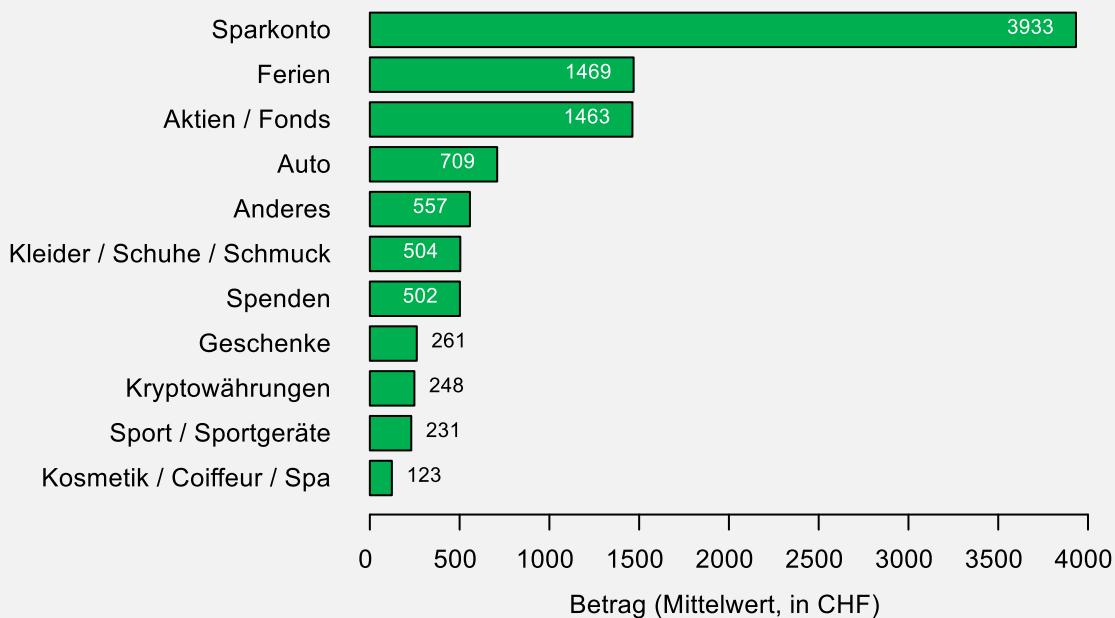
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Jugendlichen eher hohe Erwartungen an ihren Beruf haben. Dass sich gewisse Erwartungen widersprechen, überrascht dabei nicht. Im Rahmen einer Folgebefragung wäre es von Interesse, jeweils zu erfahren, für welche Option sich Jugendliche im Falle eines Zielkonflikts entscheiden würden. Allerdings lassen sich solche Entscheidungssituatlonen im Rahmen einer Befragung kaum glaubwürdig simulieren, weshalb in der vorliegenden Befragung bewusst darauf verzichtet wurde.

8.2 Umgang mit Geld

Die Jugendlichen wurden sodann gefragt, wie sie das Geld verteilen würden, würden sie 10'000 CHF geschenkt erhalten ([Abbildung 34](#)). Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass hypothetisches Verhalten abgefragt wird, die Antworten somit nicht gleichzusetzen sind mit der Kolportierung tatsächlichen Verhaltens. Überdies sind die 10'000 CHF geschenktes Geld. Mit einer unerwarteten Segnung in Form von 10'000 CHF geht man möglicherweise anders um als mit selbst verdientem Geld, welches ja zu

(weiten) Teilen für Notwendigkeiten des täglichen Lebens ausgegeben werden muss. Im Schnitt würden die Liechtensteiner Jugendlichen knapp 4'000 CHF auf ein Sparkonto anlegen. Ein beträchtlicher Teil (rund 1'500 CHF) würde man für Ferien ausgeben wollen und ein etwa gleich hoher Teil in Aktien/Fonds anlegen. Das Auto folgt auf Platz 4 und auf Platz 5 folgen bereits andere Ausgaben, die im Fragebogen nicht vorgegeben waren und die man stattdessen von sich aus nennen konnte. Kleider/Schuhe und Schmuck kommen auf rund 500 CHF, ebenso wie Spenden.

Abbildung 34: Verteilung von 10'000 (geschenkten) CHF (n=897)



© Liechtenstein-Institut

Die Budgetverteilung unterscheidet sich zwischen verschiedenen Merkmalsgruppen. Erwartungsgemäss geben etwa Männer mehr für das Auto aus, Frauen hingegen für Kleider und Kosmetik. Trivial ist zudem die Feststellung, dass 16- und 17-Jährige kaum in ein Auto investieren.

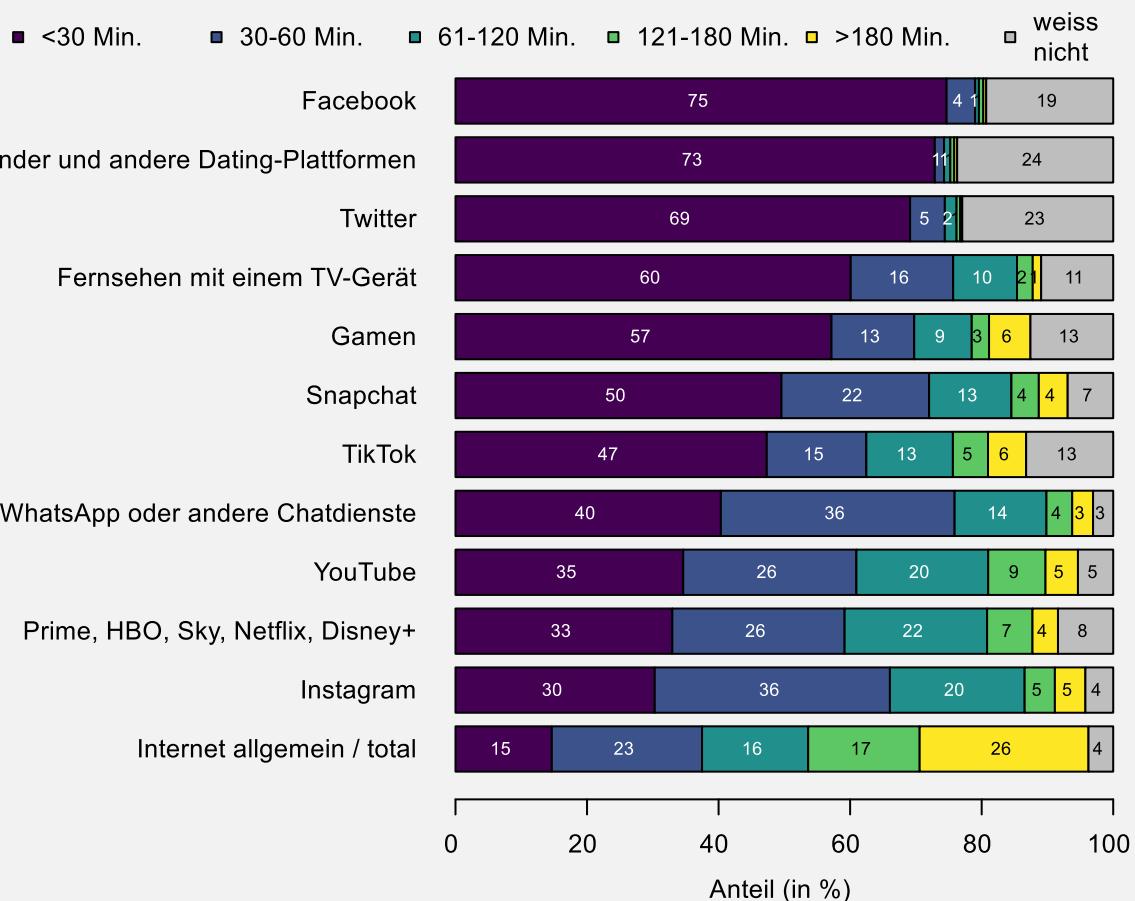
8.3 Mediennutzung

Auf welchen Medienkanälen verbringen die Jugendlichen ihre Zeit? Zunächst ist festzuhalten, dass die Liechtensteiner Jugendlichen oft im Internet sind ([Abbildung 35](#)). Rund ein Viertel (26 %) surft über drei Stunden täglich im Internet, weitere 17 Prozent verbringen zwei bis drei Stunden in der virtuellen Welt. 15 Prozent gaben an, sich weniger als 30 Minuten im Internet aufzuhalten – vielleicht ist ein Teil davon überhaupt nicht im World Wide Web. Wo genau halten sich die Jugendlichen im Internet auf? Auf Instagram. 5 Prozent der Jugendlichen sind in ihrer Freizeit – angesichts der Tatsache, dass die Freizeit wegen schulischen oder beruflichen Verpflichtungen in der Regel zeitlich begrenzt ist – fast schon permanent (> 180 Minuten) auf Instagram. Weitere 5 Prozent halten sich zwei bis drei Stunden täglich dort auf. Etwas mehr als die Hälfte (56 %) taucht immerhin zwischen 30 und 120 Minuten in die reich bebilderte Welt von Instagram ab. Etwas weniger als ein Drittel (30 %) verbringt hingegen wenig oder gar keine Zeit darin. Altersabhängig scheint die Nutzung von Instagram nicht zu sein, wobei zu bedenken ist, dass in der vorliegenden Untersuchung ohnehin nur die Mediengewohnheiten der 16- bis 24-Jährigen analysiert wurden. Frauen verbringen auf Instagram etwas mehr Zeit als Männer; die Unterschiede sind aber nicht sonderlich gross.

Populär sind auch Streamingdienste wie Prime, HBO, Sky, Netflix oder Disney+. Ein Drittel nutzt diese Streamingdienste überhaupt nicht oder nur sporadisch, der Rest konsumiert mehrheitlich zwischen 30 und 120 Minuten täglich deren Inhalte. Die Werte für YouTube im Speziellen sind ganz ähnlich. Rund die Hälfte (46 %) der Jugendlichen schaut sich während 30 bis 120 Minuten täglich Video-clips auf YouTube an. Dabei – und dies gilt für alle hier abgefragten Medienkanäle – ist ungewiss, welche Inhalte konkret konsumiert wurden. Man findet beispielsweise auf YouTube wissenschaftliche Inhalte, aber auch seichte Unterhaltung. Wer was genau nutzt, geht aus den Mediennutzungsfragen nicht hervor. Interessant ist überdies, dass Streamingdienste wie Netflix von Frauen, YouTube hingegen von Männern häufiger bzw. intensiver genutzt werden.

(Reine) Messengerdienste wie WhatsApp werden oft genutzt, aber rund 40 Prozent der Jugendlichen sind weniger als 30 Minuten damit beschäftigt. Im Ergebnis bietet die Analyse der Mediennutzung junger Menschen einen spannenden Einblick darüber, wie diese jungen Menschen erreicht werden können. Angesichts der hohen Dynamik in der Medienlandschaft sowie der fehlenden Kenntnis darüber, welche Inhalte über welche Medien genutzt werden, ist aber noch weitere Forschung nötig. Dies gilt insbesondere für die Frage, inwieweit auf sozialen Medien wie TikTok oder Instagram auch Medienangebote von etablierten Akteuren und Institutionen – also Staat, politische Parteien oder bekannte Medienhäuser – als Informationsquelle genutzt werden.

Abbildung 35: Mediennutzung in Minuten pro Tag (n=898)



9 BEWERTUNG

In diesem Schlusskapitel versuchen wir die Befunde in einen demokratietheoretischen Kontext zu stellen. Wohlgemerkt geht es in diesem Abschnitt nicht darum, konkrete Massnahmen zu formulieren, beispielsweise zum Zwecke der Förderung der politischen Bildung oder Partizipation. Ebenso wenig geht es darum, die Befunde in ein normatives Licht zu stellen, wenngleich gewisse Wertungen oftmals unweigerlich in eine demokratietheoretische Betrachtung einfließen. Vielmehr geht es darum, die empirischen Befunde in bestehende demokratietheoretische Diskussionen einzuordnen.

Das politische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist zentral für das Funktionieren einer Demokratie. Nur wenn die Interessen, Meinungen und Ansichten verschiedenster Bevölkerungsgruppen in den freiheitlichen Prozess der politischen Entscheidungsfindung einfließen, entsteht mehr als die Summe seiner Teile. Eine besondere Rolle kommt dabei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu, denn die heute getroffenen Entscheidungen können ihr Leben auf lange Zeit hinaus prägen.

Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass die grosse Mehrheit der Liechtensteiner Jugendlichen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist und sich grundsätzlich einbringt. Dabei ist ein nicht unbedeutender Anteil der Jugendlichen – etwa eine von acht Personen – durchaus zu aktiven Formen der politischen Teilnahme bereit, die ein überdurchschnittliches persönliches Engagement und den Einsatz eigener Ressourcen erfordern. Sie beschränken sich nicht nur auf die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, sondern besuchen zusätzlich politische Veranstaltungen, engagieren sich in Parteien, setzen sich für Politikerinnen und Politiker ein, geben ihrer Meinung an Demonstrationen Ausdruck, beteiligen sich an Protestveranstaltungen etc.

Neben dieser Gruppe junger Politikenthusiasten steht ein weiteres politisch aktives Viertel der Befragten. Die Personen dieser Gruppe engagieren sich zwar weniger in den niederschwülligen Formen der politischen Meinungsbildung, nutzen die etablierten Gefässe der politischen Mitbestimmungen aber rege. Ihr Fokus liegt weniger im Engagement für Parteien oder im Besuch politischer Veranstaltungen, sondern eher in der regelmässigen Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen oder dem Unterzeichnen von Volksinitiativen und Petitionen. Darüber hinaus sind sie hin und wieder im Internet politisch aktiv, indem sie politische Inhalte posten und liken.

Die Mehrheit der Jugendlichen – etwa drei von fünf – partizipiert schliesslich selektiv. Man nimmt dann und wann an Wahlen und Abstimmungen teil, unterschreibt bisweilen auch eine Petition oder ein Volksbegehren, hält sich ansonsten aber politisch eher zurück. Wir haben diese Gruppe in Anlehnung an einen politikwissenschaftlichen Bestseller von Hibbing und Theiss-Morse (2002) Tarnkappen-Demokraten genannt. Was bedeutet deren Dominanz unter den Jugendlichen? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich das politische Engagement im Laufe eines Lebens ändern kann und oft auch ändert. Generell nimmt das politische Interesse im Verlauf eines Lebens zu und damit auch die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren (Erkulwater 2012). Mit anderen Worten: Einige der heute noch politisch weitgehend Inaktiven werden sich inskünftig, mit stärkerer Verwurzelung im beruflichen und öffentlichen Leben aktiver in die Politik einbringen. Sodann verhält es sich nicht nur bei den Jugendlichen und auch nicht nur in Liechtenstein so, dass eine Mehrheit politisch die meiste Zeit inaktiv ist und nur sporadisch in den Aktivmodus wechselt. Anderswo verhält es sich prinzipiell ähnlich. Die Forschung von Hibbing und Theiss-Morse (2002), wenngleich nicht unumstritten, hat vor allem eines gezeigt: Eine grosse Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner möchte gar nicht stärker in die Politik involviert sein müssen. Solange die politischen Eliten ihre Sache aus der Sicht dieser Menschen ordentlich macht, also ein gewisses Wohlstandsniveau, gewisse Umgangsregeln, Recht und Fairness sowie eine gewisse Sicherheit garantiert sind, sehen diese Bürgerinnen und Bürger keinen Anlass, politisch aktiver zu werden. Auch die vorliegende Untersuchung zeigte, dass gerade die Mehrheit der Tarnkappen-Demokraten oftmals gar nicht mehr Teilhabe an der Politik wünscht. Zwei Beispiele zur

Wiederholung: Nur 30 Prozent der Tarnkappen-Demokraten stimmten der Aussage, wonach es in politischen Ämtern mehr Junge geben soll, (voll und ganz) zu. Auch sind die mehrheitlich Passiven selten der Ansicht, die Liechtensteiner Politik messe den Interessen der Jungen zu wenig Bedeutung zu – auf jeden Fall viel seltener als die politisch Aktiven. Kurzum, eine Mehrheit dieser weitgehend politischen passiven Jugendlichen ist mit ihrer Interessenvertretung mehr oder minder zufrieden und will gar nicht mehr Involvierung junger in die Politik.

Gesellschaften oder Staaten, die sich primär aus solchen Tarnkappen-Demokraten zusammensetzen («stealth democracies»), sind nicht per se dysfunktional. Im Gegenteil: In normalen Zeiten laufen sie in aller Regel gut. Und in Krisenzeiten werden die Tarnkappen-Demokraten durchaus aktiv; sie greifen ein, sorgen mitunter für Regierungswechsel u.a. Solche Systeme haben also eine gewisse Flexibilität. Ja, im Prinzip liesse sich argumentieren, dass eine zu hohe Zahl politisch hoch involvierter Bürgerinnen und Bürger gar schädlich sein könnte für das Funktionieren einer Demokratie. Zu viel Involviering kann in einer heterogenen Meinungskultur unter bestimmten Bedingungen zu heftiger Polarisierung, im Extremfall gar zu Gewalt führen (vgl. Klingemann 1985). Damit sei natürlich nicht gesagt, dass ein höheres politisches Engagement unerwünscht sei. Im Gegenteil: Mehr politisches Wissen und Kompetenz können *nie* schaden. Aber Demokratien funktionieren auch ohne, dass sich all ihre Bürgerinnen und Bürger *permanent* politisch engagieren. Die hohe Demokratiezufriedenheit und das relativ hohe Institutionenvertrauen der Tarnkappen-Demokraten sind ein Indiz dafür, dass viele Jugendliche mit ihrer politischen Rolle im Staat im Grossen und Ganzen zufrieden sind. Die Studie zeigt ja, dass – wenn überhaupt – eher die Unzufriedenen politisch etwas bewegen wollen. Die Passivität der Tarnkappen-Demokraten entstammt umgekehrt meist nicht grundsätzlicher Verdrossenheit oder Unzufriedenheit mit der Politik, sondern ist eher Ausdruck grundsätzlicher Zufriedenheit oder schlimmstenfalls einer gewissen Indifferenz. Ein Eingreifen wird eher als unnötig empfunden und nicht etwa als aussichtslos. Insofern ist der Umstand, dass eine Mehrheit der Jugendlichen selektiv partizipiert, noch kein Grund zur Besorgnis.

Zugleich zeigt die Studie aber auch die Wichtigkeit der Einbindung junger Menschen in die Politik auf. So ist beispielsweise mehr als die Hälfte (51 %) der Jugendlichen besorgt um die Zukunft der Gesellschaft im Allgemeinen. Aus Sicht der Politik ist es wichtig, diese Sorgen ernst zu nehmen. Zwar ist die Rangliste der grössten Sorgen von jungen Menschen in Liechtenstein ähnlich wie jene der Gesamtbevölkerung, sie ist aber nicht deckungsgleich. Und vor allem heisst eine ähnliche Problemwahrnehmung auch längst nicht, dass Jugendlichen und älteren Menschen ähnliche Lösungsvorschläge zu diesen Problemen vorschweben. Dies könnte insbesondere für Themen wie die Finanzierung der Altersvorsorge gelten, wo die Art der Betroffenheit der politisch diskutierten und beschlossenen Massnahmen sich zwischen den Generationen stark unterscheiden kann. Schliesslich ist eine Einbindung junger Menschen in die Politik wichtig, weil diese unterschiedliche Kommunikationskanäle nutzen und zu einem gewissen Grad auch einen anderen Politikstil pflegen möchten. Entgegen der klischeehaften Vorstellung des politisch engagierten Jugendlichen als Klimademonstrant ist dieser Stil eben nicht zwingend auf Provokation und Protest aus. Vielmehr wünscht sich eine Mehrheit der Jugendlichen von der Politik, dass diese konstruktiv und konsensorientiert ist.

Um Jugendliche in die Politik einzubinden bzw. mit Politik zu sozialisieren, sind vor allem Wahlen und Abstimmungen wichtig. Gerade mit Blick auf Wahlen und den wachsenden Rekrutierungsproblemen der bestehenden politischen Parteien könnte dabei eine verbesserte Einbindung junger Menschen in die Politik zu einer Win-Win-Situation führen: Einerseits gewinnen die Parteien neues politisches Personal und die Jugendlichen andererseits eine bessere politische Vertretung. Die Erfolge junger Kandidierenden bei den jüngsten Gemeindewahlen stimmen in diesem Zusammenhang sehr zuversichtlich.

10 METHODISCHES

10.1 Die Befragung

Das Liechtenstein-Institut führte vom 15. November 2022 bis zum 8. Januar 2023 eine Befragung der Jugendlichen in Liechtenstein durch. Grundgesamtheit bildete dabei die ständige Wohnbevölkerung Liechtensteins mit den Jahrgängen 1998 bis 2006. Die Erhebung ist auf der ersten Ziehungsstufe eine Vollerhebung. Sämtliche in Liechtenstein wohnhaften 16- bis 24-Jährigen wurden postalisch angeschrieben. Die Adressdaten stammen von Amt für Statistik. Die Befragung selbst wurde online erhoben. Die Jugendlichen hatten die Möglichkeit, sich mit QR-Code oder per Eingabe der Internetadresse in die Befragung einzuloggen und sie auszufüllen.

Am 17. Dezember 2022 wurde all jenen, die die Umfrage bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgefüllt hatten, ein Erinnerungsschreiben zugesandt. Außerdem wurden zwecks Erhöhung der Ausschöpfungsquote 10 mal 100 CHF verlost.

Insgesamt nahmen 1'002 der 3'608 Zielpersonen teil. Das entspricht einer Ausschöpfungsquote von rund 28 Prozent.

10.2 Die Stichprobe

In der Umfrage wurden einige wenige soziodemografische Merkmale erhoben. Die Verteilung einiger dieser Merkmale ist in der Grundgesamtheit bekannt (Tabelle 2). Sie erlauben eine Einschätzung der Repräsentativität des Samples. Zudem ermöglichen sie auch eine Kalibrierung der Stichprobe anhand der besagten Stichprobenmerkmale. Generell ist festzuhalten, dass die ungewichtete Stichprobe bereits hochrepräsentativ ist. Die Differenzen zwischen ungewichteten Stichprobenwerten und den Werten in der Grundgesamtheit sind gering. Frauen haben sich etwas häufiger (55 %) beteiligt als Männer (44 %), ebenso Jüngere eher als Ältere. Die Differenzen zu den Soll-Werten in der Gesamtbevölkerung zwischen 16 und 24 Jahren sind aber, wie gesagt, gering. Jugendliche mit einer Liechtensteiner Staatszugehörigkeit sind etwas übervertreten (+6 Prozentpunkte) zulasten der ausländischen Jugendlichen (-7 Prozentpunkte). Diese Verzerrung wurde mit der entsprechenden Gewichtung indessen korrigiert.

Sodann wohnt die überwiegende Mehrheit der Befragten zuhause bei den Eltern (78 %). Weiter wurde nach der aktuell höchsten Berufsbildung oder dem aktuell höchsten Schulabschluss gefragt. Aufgrund dessen, dass viele Jugendliche zum damaligen Zeitpunkt noch mitten in der (beruflichen oder schulischen) Ausbildung waren, sind die entsprechenden Bildungswerte als provisorisch zu betrachten: Mehr als ein Viertel (28 %) hat einen obligatorischen Schulabschluss oder besucht aktuell eine obligatorische Schule. Ein Viertel gab eine Berufslehre an, 28 Prozent die Maturität. Ein Zehntel befindet sich derzeit im Studium (Universität oder Fachhochschule).

Rund die Hälfte (51 %) der Befragten ist derzeit in Ausbildung und übt daneben keine Erwerbstätigkeit aus. 17 Prozent sind in Ausbildung und üben eine (Neben-)Erwerbstätigkeit aus, während 22 Prozent ihre Ausbildung (vorläufig) abgeschlossen haben und erwerbstätig sind.

Die Stichprobendaten wurden in der Folge nach bekannten Bevölkerungsparametern gewichtet. Zu diesen Parametern gehören das Geschlecht, die Staatszugehörigkeit(en), der Jahrgang und die Beteiligung an der Abstimmung über das 2G-Gesetz vom 18.9.2022.¹⁰⁰

¹⁰⁰ Für die Abstimmung über das 2G-Gesetz liegen die Beteiligungsdaten der 18- bis 24-Jährigen vor, während für die Staatszugehörigkeit und das Geschlecht die Werte für alle 15- bis 29-Jährigen verwendet werden mussten.

Tabelle 2: Merkmale der Umfrageteilnehmenden (in % und Anzahl)

	Stichprobe	Grundgesamtheit
Geschlecht		
Männlich	44 % (439)	50 % (1'807)
Weiblich	55 % (549)	50 % (1'800)
Anderes	1 % (7)	
Jahrgang		
1998	10 % (101)	11 % (403)
1999	11 % (107)	12 % (422)
2000	10 % (101)	12 % (418)
2001	10 % (98)	11 % (399)
2002	10 % (99)	11 % (404)
2003	10 % (99)	10 % (369)
2004	12 % (123)	11 % (403)
2005	13 % (132)	11 % (399)
2006	14 % (135)	11 % (390)
(aktueller) Schulabschluss		
kein Abschluss/obligatorische Schule	28 % (277)	
Lehre EBA, Vorlehre, Diplommittelschule	3 % (29)	
Berufslehre EFZ	25 % (253)	
Maturitätsschule, Berufsmatura	28 % (281)	
Pädagogische Hochschule	1 % (8)	
Höhere Fach- und Berufsausbildung	1 % (14)	
Höhere Fachschule	2 % (16)	
Universität, Fachhochschule	10 % (98)	
Andere Ausbildung	2 % (19)	
Wohnsituation		
Alleine	6 % (57)	
mit den Eltern/einem Elternteil	77 % (771)	
mit Freunden/Freundinnen in einer WG	10 % (104)	
mit Partner/Partnerin	5 % (45)	
Anderes	2 % (18)	
Staatszugehörigkeit		
Liechtenstein	52 % (516)	46 % (2'599)
Liechtenstein und andere	29 % (290)	29 % (1'679)
Andere	19 % (189)	26 % (1'417)
Beschäftigungssituation		
Erwerbstätigkeit, Vollzeit	22 % (198)	
Erwerbstätigkeit, Teilzeit	3 % (26)	
Mitarbeit im Familienbetrieb	2 % (16)	
Ausbildung/Lehre (keine Erwerbstätigkeit)	51 % (450)	
Ausbildung und (Neben-)Erwerbstätigkeit	17 % (150)	
Anderes	6 % (51)	

11 LITERATUR

- Albert, Matthias, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel, Ulrich Schneekloth, Ingo Leven, Hilde Utzmann und Sabine Wolfert (2019). Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie. Eine Generation meldet sich zu Wort. Beltz Verlag.
- Arnold, Tobias (2014). Stimmregisterdaten der Stadt St. Gallen als Rettung? Arbeitsbericht zur Möglichkeit der Verwendung von Referenzdaten für eine Stimmbe teiligungsgewichtung der Vox-Daten nach Altersgruppen. Universität Bern.
- Asch, Solomon E. (1951). Effects of group pressure upon the modification and distortion of judgment. In H. Guetzkow (Hrsg.), Groups, leadership, and men. Pittsburgh, PA: Carnegie Press.
- Asch, Solomon E. (1956). Studies of independence and conformity: I. A minority of one against a unanimous majority. Psychological monographs: General and applied, 70(9): 1–70.
- Biedermann, Horst und Fritz Oser (2011). «In Liechtenstein wird man in eine Partei geboren.» Ein Vergleich zur Wirksamkeit von politischer Bildung in Liechtenstein mit 37 anderen Ländern. ICCS 2009. Universitas Friburgensis.
- Brady, Henry E., Sidney Verba und Kay Lehman Schlozman (1995). Beyond Ses: A resource Model of Political Participation. The American Political Science Review 89(2): 271–294.
- Easyvote-Politikmonitor (2022). Jugendbewegungen verlieren an Beliebtheit. gfs.bern.
- Erkulwater, Jennifer L. (2012). Political Participation over the Life Cycle. In: Kay L. Schlozman, Sidney Verba, and Henry E. Brady, The Unheavenly Chorus: Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy. Princeton: Princeton University Press, S. 199–231.
- Gärtner, Lea und Alexander Wuttke (2019). Politische Kommunikationsnetzwerke im Wahlkampf. In: Sigrid Rossteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Wessels und Christof Wolf, Die Bundestagswahl 2017, Baden-Baden: Nomos, S. 101–112.
- Gaiser, Wolfgang und Johann de Rijke (2016). Politisches Engagement junger Menschen in Europa. In: Wolfgang Gaiser, Stefanie Hanke und Kerstin Ott (Hrsg.), Jung – Politisch – Aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Bonn: Dietz, S. 131–169.
- Gerdes, Jürgen und Uwe H. Bittlingmayer (2016). Jugend und Politik. Soziologische Aspekte. In: Aydin Gürlevik, Klaus Hurrelmann, Christian Palentien (Hrsg.), Jugend und Politik. Wiesbaden: Springer VS, S. 45–67.
- German, Daniel B. (2014). Political Socialization Defined: Setting the Context. In: Christ'l De Landsheer, Russell Farnen, Daniel B. German (Hrsg.), E-Political Socialization, the Press and Politics, Berlin: Peter Lang Verlag, S. 17–26.
- Geys, Benny, Tom-Reiel Heggedal und Rune Sorensen (2022). Age and vote choice: Is there a conservative shift among older voters? Electoral Studies 78. 102485.
- Gille, Martina (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. In: DJI-Impulse. Demokratie lernen. Wie sich politische Bildung in Zeiten von Digitalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung wandeln muss. Nr. 1, S. 16–19.
- Green, Donald P., Bradley Palmquist und Eric Schickler (2002). Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters. New Haven, CT: Yale University Press.
- Hibbing, John R. und Elizabeth Theiss-Morse (2002). Stealth Democracy: Americans' Beliefs About How Government Should Work (Cambridge Studies in Public Opinion and Political Psychology). Cambridge: Cambridge University Press.
- Hurrelmann, Klaus, Ruth Linssen, Matthias Albert und Holger Quellenberg (2004). Eine Generation von Egotaktikern? Ergebnisse der bisherigen Jugendforschung. In: Deutsche Shell, Jugend 2002. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 31–51.

- Jakobs, Simon (2021). Die Neumitgliederwerbung von SPD und CDU im Vergleich: Strategielose Mitgliederpartei oder überfordertes Ehrenamt? (Parteien in Theorie und Empirie, 8). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Jans, Cloé, Lukas Golder, Adriana Pepe, Thomas Burgunder, Daniel Bohn und Roland Rey (2022). CS-Jugendbarometer 2022. Unsicher statt unbeschwert: Die Jugend in Zeiten der Krise. Bern: gfs bern.
- Jugendrat Liechtenstein (2014). Evaluation zur Schulumfrage zur Politischen Bildung.
- Kaase, Max (1997). Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel, (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Uni-Taschenbücher, 1391. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159–174.
- Kendall, Willmoore und George W. Carey (1968). The «Intensity» Problem and Democratic Theory. *The American Political Science Review* 62(1): 5–24.
- Kersting, Norbert (2013). Online participation: from «invited» to «invented» spaces. In: *International Journal for Electronic Governance* 4/2013: 260–270.
- Kersting, Norbert (2016). Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung? In: Jörg Tremmel, Markus Rutsche (Hrsg.), Politische Beteiligung junger Menschen. Wiesbaden: Springer VS, S. 169–180.
- Klingemann, Hans-Dieter (1985). Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung: ein Forschungsbericht, Informationen aus Lehre und Forschung, No. 6/1985, Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin, Berlin.
- Litscher, Monika und Thomas Mazzurana (2017). Jung sein in Liechtenstein. Universität Liechtenstein.
- Mazzoleni, Oscar und Maurizio Masulin (2005). Jeunes, participation politique et participation sociale en Suisse. Une étude de cas. *Swiss Political Science Review* 11: 55–81.
- Mischler, Marianne, Sandro Cattacin und Isabella Lussi (2022). Politische Partizipation in der Schweiz. In: Stephan Gerhard Huber (Hrsg.), *Young Adult Survey Switzerland*, Band 3, Bern: BBL/OFCL/UFCL, S. 125–133.
- Nef, Susanne, Jasmin Gisiger, Olivia Frigo Charles, Ethan Gertel, Michele Pizzera, Anna Suppa und Peter Streckeisen (2022). Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren. Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Forschungsbericht Nr. 15/22. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV.
- Rothenbühler, Martina, Franziska Ehrler und Kathrin Kissau (2012). CH@YOUTPART. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz. Bern: Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF.
- Schnetzer, Simon, Kilian Hampel und Klaus Hurrelmann (2023). Jugend in Deutschland – 2023 mit Generationenvergleich. Kempten: Datajockey Verlag.
- Schudson, Michael (1999). *The Good Citizen*. Cambridge: Harvard University Press
- Tilley, James, Geoffrey Evans (2014). Ageing and generational effects on vote choice: combining cross-sectional and panel data to estimate APC effects. *Electoral Studies* 33 (1), 19–27.
- Van Deth, Jan W. (2009). Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmel (Hrsg.), Politische Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- Van Deth, Jan W. (2016). Partizipation in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer und Gert Pickel (Hrsg.), Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 169–180.



Liechtenstein-Institut · St. Luziweg 2 · 9487 Gamprin-Bendern · Liechtenstein
T +423 / 320 33 00 · info@liechtenstein-institut.li · www.liechtenstein-institut.li

ISBN 978-3-9525740-1-0